

VORN BLEIBEN.

Erfolgsmodell Baden-Württemberg

 **FDP** WEIL BADEN-WÜRTEMBERG
VORN BLEIBEN MUSS.

Regierungsprogramm

2011 -2016

Motor:

FDP

Die Liberalen

Starker Standort Baden-Württemberg

Libérale Wirtschaftspolitik

1 Politik für den Mittelstand

2 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind nicht nur die Garanten für das
3 Gedeihen unseres Wirtschaftsstandorts, sie sind die Wohlstandsquelle unserer
4 Gesellschaft. Sie sorgen für die Ausbildung unserer jungen Menschen und geben
5 ihnen damit sowohl wirtschaftlich, als auch in einem umfassenderen Sinne „Zu-
6 kunft“. Sie zahlen hier Steuern, investieren im Land, beschäftigen einen Großteil
7 der Menschen und sorgen nicht zuletzt mit ihrem sprichwörtlichen Fleiß für das
8 Ansehen, das Baden-Württemberg weltweit genießt.

9

10 Wir werden:

- 11 • unsere Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik weiterhin konsequent an
12 den Bedürfnissen kleiner und mittlerer Unternehmen ausrichten.
- 13 • die Sicherstellung einer angemessenen Unternehmensfinanzierung un-
14 terstützen. Das Bürgschaftsprogramm des Landes, abgewickelt von der
15 Bürgschaftsbank, der L-Bank und dem Wirtschaftsausschuss des Land-
16 tags von Baden-Württemberg, ist dabei unverzichtbar.
- 17 • das Geschäftsmodell der LBBW neben der Funktion als Dachorganisati-
18 on der baden-württembergischen Sparkassen zeitnah auf die Unterstüt-
19 zung der Finanzierung mittelständischer Unternehmen und die Förde-
20 rung baden-württembergischer Exportfinanzierung sowie die Finanzie-
21 rung von In- und Auslandsinvestitionen des Mittelstands fokussieren.
- 22 • Die Landesbeteiligungen unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten
23 kritisch prüfen und in geeigneten Fällen privatisieren, um hierdurch
24 staatliches Engagement (Stichwort: Aufgabenabbau) zu reduzieren und
25 die Erlöse für die Konsolidierung des Haushalts einsetzen. Hierbei sind
26 beispielsweise die LBBW sowie die Universitätsklinika zu nennen.
- 27 • Mikrokredite als wichtiges Finanzierungsinstrument stärken.
- 28 • zur Vermeidung künftiger Liquiditätsengpässe für den Aufbau von Ei-
29 genkapital und die Bereitschaft für Beteiligungen werben.
- 30 • die Rahmenbedingungen verbessern. Hierzu zählen wir insbesondere
31 ein einfaches und transparentes Steuerrecht.
- 32 • die Senkung der Lohnnebenkosten, die Flexibilisierung des Arbeits-
33 markts, die Sicherung der Beschäftigung, den Abbau von Bürokratie,
34 den Ausbau der Infrastruktur, eine KMU-freundliche Vergabe öffentli-
35 cher Aufträge und konsequente Freihaltung des Vergaberechts von ver-
36 gabefremden Aspekten, wettbewerbsfähige Energiepreise und die Un-
37 terstützung des Small Business Act für Europa.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Starker Standort Baden-Württemberg

Liberaler Wirtschaftspolitik

- 1 • das Angebot von Fach- und Führungskräften sichern. Hierbei sind un-
2 sere Arbeitsfelder insbesondere die Fachkräfteinitiative, die Qualifizie-
3 rungsoffensive, die Modernisierung und Weiterentwicklung der Berufli-
4 chen Bildungszentren, die Stärkung und Weiterentwicklung der Schulen
5 im Kooperationsfeld Schule und Wirtschaft, die Hochschulausbildung,
6 die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Innovative
7 Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum sowie die Stärkung einer
8 Kultur der Selbstständigkeit.
- 9 • das Zukunftsprogramm Mittelstand fortschreiben, um durch flexible
10 Initiativen und Unterstützungen die Zukunftsfähigkeit kleiner und mitt-
11 lerer Unternehmen gezielt zu stärken.
- 12 • die Erfahrungen mit dem Gesetz zur Mittelstandsförderung auswerten
13 und dieses entsprechend an die veränderten Gegebenheiten anpassen.
- 14 • das Ladenöffnungsgesetz um die Möglichkeit ergänzen, in geeigneten
15 und bedarfsgerechten Einzelfällen (z.B. bei Videotheken, Autowaschan-
16 lagen oder Waschsalons) die Öffnung an Sonntagen unter Rücksicht auf
17 die kirchlichen Feiertage ermöglichen.
- 18 • die Innovationsfähigkeit stärken, indem wir die Empfehlungen des In-
19 novationsrats umsetzen, das Instrument der Innovationsgutscheine
20 weiterhin unterstützen, den Innovationstransfer beschleunigen und
21 Cluster (Netzwerke von eng zusammenarbeitenden Unternehmen) in
22 ihrer Entwicklung weiter im vorwettbewerblichen Bereich fördern.
- 23 • den Bereich der Landesplanung weiterentwickeln und es hierbei den
24 wesentlichen Akteuren ermöglichen, bei Entscheidungsprozessen, z.B.
25 bei Fragen der Ansiedlungspolitik, wirtschaftlichen Erwägungen eine
26 größere Bedeutung beizumessen, um insgesamt die Effizienz zu stei-
27 gern.
- 28 • die Unternehmensbetreuung optimieren. Eine KMU-freundliche Ver-
29 waltung, die Ausweitung und Neuordnung der Beratungsförderung, die
30 Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen, die
31 Initiative für mehr Kooperationen im Mittelstand und genossenschaftli-
32 che Existenzgründungen sind hierbei unverzichtbare Bestandteile.
- 33 • das Gaststättengesetz modernisieren und hierbei unter Sicherstellung
34 eines hohen Gesundheitsschutzes der Gäste größtmöglichen Bürokrati-
35 eabbau und Verfahrenseffizienz realisieren.
- 36 • die Internationalisierung intensivieren. Die Außenwirtschaftsinitiative
37 sowie die Standortinitiative erhalten wir aufrecht und entwickeln sie
38 sachgerecht weiter.

Starker Standort Baden-Württemberg

Libérale Wirtschaftspolitik

- 1
 - 2
 - 3
- im Gemeindefirtschaftsrecht den Vorrang privater Leistungserbringung präzisieren, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen privaten und öffentlichen Anbietern zu verhindern.

1 Für eine Kultur der Selbständigkeit

2 Die Förderung einer Kultur der Selbständigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft
3 ist eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und
4 Wohlstand. Dafür soll jeder in einem Mehr an Verantwortung auch ein Mehr an
5 Freiheit und Chancen entdecken können. Wir streben ein gesellschaftliches
6 Klima an, das freiberufliche und unternehmerische Tätigkeiten und Erfolge
7 anerkennt und die Entwicklung hin zu einer Neidgesellschaft umkehrt. Leistung
8 und Eigeninitiative müssen sich nicht nur lohnen, sondern auch gewürdigt wer-
9 den.

10

11 Wir werden:

- 12 • möglichst alle Schülerinnen und Schüler sowie alle Studierende mittels
13 praxisnaher Lehrmethoden, wie beispielsweise Planspielen, Projektwo-
14 chen, Schüler- und Juniorunternehmen, Studentenunternehmen oder
15 Business-Plan-Wettbewerben, an das Thema „berufliche Selbstständig-
16 keit“ heranführen und die Projektträger weiter unterstützen.
- 17 • die Gründungsdynamik erhöhen und die Instrumente zur Förderung
18 der Selbständigkeit stärken. Die Finanzierungsmöglichkeiten (z.B.
19 Kredite, Bürgschaften, Seed-Fonds, High-Tech-Gründerfonds)
20 einschließlich der Mikrofinanzierung sind hierbei von besonderer
21 Bedeutung.
- 22 • potenzielle Gründerinnen und Gründer im Sinne eines
23 „Unternehmerführerscheins“ qualifizieren, damit diese über das
24 notwendige Basiswissen verfügen.
- 25 • auf eine Vergleichbarkeit der Qualifizierungsmaßnahmen z.B. mittels
26 eines landesweiten Qualitätssiegels „Gründerzertifikat Baden-
27 Württemberg“ hinwirken.
- 28 • die Initiative für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge
29 (ifex) erfolgreich fortsetzen und bei Gründungsberatungen einen
30 Schwerpunkt auf wachstumsträchtige Gründungen legen, die
31 überdurchschnittliche Beschäftigungswirkungen nach sich ziehen.
- 32 • die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der baden-
33 württembergischen Existenzgründungsinitiative anhand aktueller
34 Entwicklungen in „Train-the-Trainer“-Maßnahmen weiterqualifizieren.

35

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Standortentwicklung: Leistung sichtbar 2 machen

3 Die Präsentation und Positionierung des Landes Baden-Württemberg als Wirt-
4 schaftsstandort im weltweiten Wettbewerb von Standorten ist zentrale Aufgabe
5 des Standortmarketings. Mit der Marke „Baden-Württemberg – where ideas
6 work“ wird weltweit im Verbund mit der Landesagentur Baden-Württemberg
7 international (bw-i) für den Standort Baden-Württemberg geworben.

8

9 Wir werden:

- 10 • sicherstellen, dass Baden-Württemberg weiterhin sowohl in
11 deutschlandweiten, als auch in internationalen Standortrankings
12 regelmäßig zur Spitzengruppe gehört.
- 13 • das Potenzial des Landes in den attraktiven Wachstumsfeldern wie
14 beispielsweise erneuerbare Energien und Energieeffizienz,
15 Kraftfahrzeugproduktion, Umwelttechnologie, Gesundheitswirtschaft
16 sowie Kreativwirtschaft deutlich herausstellen.
- 17 • den Finanzstandort Baden-Württemberg als Partner des Mittelstands
18 ausbauen.
- 19 • die Aktivitäten auf wichtigen internationalen Messen, beispielsweise
20 durch Standortpräsentationen und Fachseminare, stärken.
- 21 • in Abstimmung mit den Wirtschaftsorganisationen eine an den
22 aktuellen Gegebenheiten des Weltmarkts angepasste Außen-
23 wirtschaftsstrategie jährlich fortschreiben. Dies ermöglicht eine
24 unmittelbare Ausrichtung der Aktivitäten des Landes an den
25 Bedürfnissen der Unternehmen und bietet die erforderliche Flexibilität.
- 26 • Rückgarantien und Bürgschaften bei Exportgeschäften stärken.
- 27 • konsequent dort Chancen nutzen, wo der Bedarf an Waren und
28 Dienstleistungen wächst und strukturelles Wachstum zu
29 Wertschöpfung in Baden-Württemberg führt.
- 30 • mit innovativen Ansätzen, wie beispielsweise den „Baden-Württemberg
31 Foren“ Zielgruppen ermitteln und binden sowie Märkte und Investoren
32 erschließen.
- 33 • das Instrument der Repräsentanzen, German Centres,
34 Verbindungsbüros und konkreter Ansprechpartner stärken;
- 35 • über technische Zusammenarbeit und Fachinformationszentren
36 Vorteile für alle Seiten aufzeigen und nutzen
- 37 • die Internationalisierung von Netzwerken und Clustern intensivieren.
- 38 • den Investorenservice www.bw-invest.de weiterentwickeln.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Starker Standort Baden-Württemberg

Libérale Wirtschaftspolitik

- 1 • die internationalen Schulen im Land als wichtige Positionierung des
- 2 Landes als attraktiver Standort für Fach- und Führungskräfte aus aller
- 3 Welt weiter unterstützen.
- 4 • die Landesmesse Stuttgart als hervorragenden, attraktiven Standort
- 5 weiterentwickeln. Hierzu trägt unser klares Bekenntnis zu Stuttgart 21
- 6 – Stichwort ICE-Bahnhof Messe – bei.
- 7

1 Die Zukunft der Städtebauförderung

2 Die Städtebauförderung ist ein wirksames, zielgenaues und flexibles Instrument
3 einer aktiven und gebündelten Strukturpolitik. Sie stärkt nachhaltig die innere
4 Entwicklung der Städte und Gemeinden, unterstützt die energetische Moderni-
5 sierung des Gebäudebestands, trägt zur urbanen Identität bei und sichert die
6 soziale Stabilität in den Kommunen.

7

8 Wir wollen:

- 9 • die Städtebauförderung auf hohem Niveau erhalten, um dem weiterhin
10 bestehenden Sanierungsbedarf unserer Städte und Gemeinden gerecht
11 zu werden, da jeder Euro Fördermittel in diesem Bereich mehr als acht
12 Euro an privaten und öffentlichen Folgeinvestitionen auslöst.
- 13 • uns beim Bund für die Fortführung der Mittelzuweisungen an die Län-
14 der einsetzen.
- 15 • die Instrumente der Städtebauförderung sowie ihre Wirkungen auswer-
16 ten und, da öffentliche Mittel nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen,
17 neue innovative Wege wie Stadtentwicklungsfonds und eine verstärkte
18 Einbeziehung der privaten Wirtschaft gehen.
- 19 • die nachhaltige Neustrukturierung, Umnutzung und Aufbereitung von
20 Brachflächen wie Industrie- und Gewerbebrachen, bisher militärisch
21 genutzter Gebäude- und Liegenschaften, aber auch von Bahn- und Post-
22 brachen vorantreiben. Dadurch müssen immer weniger unbebaute Flä-
23 chen für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen wer-
24 den.
- 25 • bestehende Gewerbegebiete stabilisieren, untereinander besser koordi-
26 nieren und aufwerten, um den Wirtschaftsstandort Baden-
27 Württemberg weiter zu stärken.
- 28 • eine ganzheitliche ökologische Erneuerung insbesondere durch die Er-
29 höhung der Energieeffizienz im Altbaubestand, um dadurch das Klima
30 in den Städten und Gemeinden nachhaltig zu verbessern sowie Lärm
31 und Abgase deutlich zu reduzieren.
- 32 • im Sinne einer einheitlichen Förderpolitik die Zuständigkeit für alle
33 Städtebauförderprogramme im Wirtschaftsministerium zusammenfas-
34 sen.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Wir fördern Wohnraum für Familien

2 Angemessener Wohnraum ist für die Bürgerinnen und Bürger des Landes neben
3 einer guten Verkehrsinfrastruktur (vgl. gesondertes Kapitel) von großer Bedeu-
4 tung. Das Landeswohnraumförderungsprogramm ist im Bereich der Eigen-
5 tumsförderung vorrangig an der Interessenlage sowohl bereits vorhandener, wie
6 auch erst in der Entstehung befindlicher Familien ("Starterfamilie"), ausgerich-
7 tet. Dies trägt dem Leitbild „Kinderland Baden-Württemberg“ Rechnung. Die
8 Bereiche Barrierearmut, bzw. Barrierefreiheit sowie die Förderung des Miet-
9 wohnungsbaus ergänzen dies.

10

11 Wir wollen:

- 12 • Hindernisse für die Finanzierung und Investitionen bei der Schaffung
13 von Mietwohnraum abbauen. Hierbei sind insbesondere das Miet- und
14 Steuerrecht (z.B. durch sachgerechte Abschreibungen) wesentliche An-
15 satzpunkte.
- 16 • unverhältnismäßige und kostentreibende Anforderungen im Woh-
17 nungsbau verhindern, um breiten Schichten der Bevölkerung ein Woh-
18 nen zu angemessenen Preisen auf vernünftigem Qualitätsniveau zu er-
19 möglichen.
- 20 • dass bei energetischen Sanierungen die Möglichkeit geschaffen wird,
21 die Mieten unter Berücksichtigung der Einsparung von Energiekosten
22 angemessen anzupassen.
- 23 • die öffentliche Wohnraumförderung an die Rahmenbedingungen und
24 den Bedarf optimal anpassen.
- 25 • uns beim Bund für die Fortführung der Mittelzuweisungen an die Län-
26 der einsetzen.
- 27 • den Schwerpunkt der Familienförderung stärker berücksichtigen.
- 28 • Barrierearmut und Barrierefreiheit forcieren und dabei unverhältnis-
29 mäßig kostenintensive Vorgaben vermeiden.
- 30 • die bestehenden Förderprogramme für Wohnraum, Städtebau, Denk-
31 malschutz und Ländlichen Raum aufeinander abstimmen und nach
32 sachlichen Gesichtspunkten zusammenführen, um eine Infrastruktur-
33 planung und -förderung aus einer Hand zu ermöglichen.

34

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Bürokratische Belastungen abbauen

2 Wir müssen dafür Sorge tragen, dass insbesondere der Mittelstand, die freien
3 Berufe, das Handwerk und auch die Bürgerinnen und Bürger vor unnötiger
4 Bürokratie verschont bleiben. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen
5 sind überproportional belastet. Ihnen gilt unser vordringliches Augenmerk.

6

7 Wir werden:

- 8 • mit innovativen Konzepten nach einer sorgfältigen Aufgabenkritik
9 verzichtbare öffentliche Aufgaben abbauen.
- 10 • bei bestehenden und unverzichtbaren Aufgaben für einen effektiven
11 und effizienten Bürokratieabbau eintreten.
- 12 • durch die administrative und materielle Integration des Wohngelds in
13 die Sozialleistungen der Sozialgesetzbücher zwei und zwölf (SGB II,
14 SGB XII) einen deutlichen Beitrag zum Bürokratieabbau und zur
15 Realisierung von Einsparpotenzialen in den Bereichen des
16 Verwaltungsaufwands und somit der Verwaltungskosten leisten.
- 17 • den Bürokratiekosten-TÜV im Wirtschaftsministerium auf wesentliche
18 Fälle hin konzentrieren und dadurch weiterentwickeln.
- 19 • die Befugnisse des Beauftragten der Landesregierung für
20 Bürokratieabbau, Deregulierung und Aufgabenabbau deutlich stärken.
- 21 • noch intensiver bei Rechtssetzungsverfahren auf bürokratischen
22 Aufwand und Kosten im Verhältnis zum Nutzen der Normsetzung
23 achten.
- 24 • Vorschriften befristen, damit rechtzeitig vor Ablauf erneut kritisch
25 deren Notwendigkeit geprüft werden kann.
- 26 • frühzeitig kritischen Einfluss auf Rechtssetzungsverfahren der
27 Europäischen Union und des Bundes nehmen.
- 28 • das Bundesprogramm „Bürokratieabbau durch bessere Rechtsetzung“
29 konstruktiv unterstützen und ergänzen.
- 30 • die mittelbare Staatsverwaltung, wie beispielsweise die Kammern, zum
31 Aufgaben- und Bürokratieabbau, erhöhter Effizienz durch
32 Spezialisierung entlang von sachlichen Schwerpunkten anhalten sowie
33 deren Transparenz gegenüber ihren Mitgliedern erhöhen.
- 34 • elektronische Verfahren (e-government) unter Wahrung des
35 Datenschutzes und der Datensicherheit weiter stärken.
- 36 • auf eine Vereinheitlichung rechtlicher Vorschriften, z. B. bei der
37 Definition von Einkommensgrenzen oder Unternehmensgrößen
38 hinwirken, um die Vielzahl unterschiedlicher Maßgaben und den
39 hierdurch verursachten bürokratischen Aufwand zu beseitigen.

Starker Standort Baden-Württemberg

Liberaler Wirtschaftspolitik

1 Fachkräfte gewinnen

2 Baden-Württemberg ist als Standort der Hochtechnologie wie kein anderes
3 Land vom Fachkräftemangel bedroht. Wir wissen: Vor dem Hintergrund des
4 demografischen Wandels wird es noch wichtiger als bisher sein, qualifizierten
5 Nachwuchs zu gewinnen.

6

7 Wir wollen:

- 8 • die berufliche Aus- und Weiterbildung stärken.
- 9 • die Erwerbsbeteiligung von älteren Personen, von Frauen und von
10 Personen mit Migrationshintergrund erhöhen.
- 11 • die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften erleichtern.
12 Hierbei sind wichtige Ansatzpunkte die Anpassung der
13 Einkommensgrenze für zuwanderungswillige Fachkräfte sowie die
14 Modernisierung des Zuwanderungsrechts anhand eines Punktesystems,
15 wie dies klassische Einwanderungsländer bereits erfolgreich
16 praktizieren.
- 17 • die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen
18 erleichtern und übersichtlicher gestalten sowie eine zentrale
19 Anlaufstelle im Land für die Anerkennung von im Ausland erworbenen
20 Qualifikationen einrichten.
- 21 • den Verbleib von insbesondere hier qualifizierten Spitzenkräften mit
22 Migrationshintergrund durch eine entsprechende Weiterentwicklung
23 des Aufenthaltsrechts erleichtern.
- 24 • das Interesse für technische Berufe, insbesondere für Ingenieurberufe,
25 erhöhen und die Absolventenzahl steigern. Hierbei leisten insbesondere
26 die Studienbotschafter Technik wichtige Beiträge, die gestärkt werden
27 sollen.
- 28 • die Steuer- und Abgabenbelastung verringern, um die
29 Leistungsbereitschaft der Beschäftigten zu honorieren und sie zur
30 Höherqualifizierung zu motivieren.
- 31 • die Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) für
32 Coaching im Sinne von Beratungsmaßnahmen für kleine und mittlere
33 Unternehmen zur Bewältigung des demografischen Wandels und zur
34 Deckung des Fachkräftebedarfs fortführen.
- 35 • Stellenbörsen und Fachkräftemarketing vernetzen und stärken.

36

37

38

39

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Strukturwandel erfolgreich gestalten

2 Baden-Württemberg ist als Produktionsstandort stark geworden und ist auch
3 heute international hoch wettbewerbsfähig. Mit einem gestalteten Strukturwan-
4 del setzen wir darauf, weitere Standbeine zu entwickeln. Insbesondere wissens-
5 intensive Dienstleistungen – gerade auch unternehmensnahe – und die Krea-
6 tivwirtschaft bergen große Chancen. Baden-Württemberg kann sich internatio-
7 nal mit Verbundangeboten positionieren, die neben einem konkreten Produkt
8 aus hochwertigen Dienstleistungen bestehen. So entsteht eine „Problemlösung“
9 aus einer Hand.

10
11 Wir wollen:

- 12 • wissensintensive Dienstleistungen deutlich stärken und ausbauen;
13 schon heute sind wir in den Bereichen Software, Informations- und
14 Kommunikationsdienste, Design, Architektur und Gesundheits-
15 dienstleistungen bundesweit führend.
- 16 • Dienstleistungsinnovation und Wissenstransfer, Vernetzung und
17 Clusterbildung, Dienstleistungsexport und Internationalisierung sowie
18 Image, Bewusstsein und Dienstleistungskultur hierbei als wesentliche
19 Handlungsfelder der Dienstleistungsinitiative mit Nachdruck
20 voranbringen.
- 21 • die Wettbewerbskontrolle stärken, um Monopoltendenzen bzw.
22 wettbewerbsfeindlichen Bestrebungen entschieden entgegen zu treten
23 und somit das Funktionieren des Marktes gewährleisten.
- 24 • unsere exzellente Forschungs- und Transferinfrastruktur weiterhin
25 tatkräftig unterstützen und weiterentwickeln sowie eine Evaluierung
26 der mit Landesmitteln geförderten Forschungseinrichtungen
27 vornehmen.
- 28 • zusammen mit den Automobilherstellern und Zulieferern Baden-
29 Württemberg zum Modellland und Leitanbieter automobiler
30 Zukunftstechnologien entwickeln.
- 31 • unser Land zum Umwelt-Innovationslabor Europas machen;
- 32 • die Kreativwirtschaft, wie beispielsweise die Medien- und Filmbranche,
33 als wichtigen Zweig unserer Unternehmenslandschaft stärken.
- 34 • den Dienstleistungswettbewerb mit der Auszeichnung „Dienstleister des
35 Jahres“ als wichtigen Beitrag zur Stärkung des Dienst-
36 leistungsgedankens beibehalten.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 1016*

1 Innovationsland und Technologiestandort

2 Baden-Württemberg

3 Für unsere stark exportorientierte Wirtschaft gilt, dass sie angesichts hoher
4 Preise nur mit technologisch und qualitativ führenden Produkten und Dienst-
5 leistungen weiterhin erfolgreich auf den Weltmärkten sein wird. Insofern ist
6 ständige Innovation, also die Umsetzung von der Idee bis hin zum am Markt
7 erfolgreichen Produkt oder Dienstleistung, eine wichtige Grundlage für sichere
8 Arbeitsplätze in den Unternehmen und damit für den Wohlstand unserer Ge-
9 sellschaft. Unsere wichtigste Aufgabe wird es hierbei sein, den Transfer zwi-
10 schen Forschung und KMUs zu stärken. Wir sind stolz auf 28 außeruniversitäre
11 Forschungseinrichtungen, die sich aus 14 Instituten und Einrichtungen der
12 Fraunhofer-Gesellschaft, zwölf Instituten, die sich zur Innovationsallianz Ba-
13 den-Württemberg zusammengeschlossen haben, und zwei Großforschungsein-
14 richtungen innerhalb der Helmholtz-Gemeinschaft (Deutsches Krebsfor-
15 schungszentrum in Heidelberg und das Karlsruher Institut für Technologie
16 (KIT)) zusammensetzen.

17

18 Wir wollen:

- 19 • die Forschungsinfrastruktur in Baden-Württemberg insbesondere im
20 Bereich der wirtschaftsnahen Forschung auf hohem Niveau halten.
21 Deshalb wollen wir die Innovationsoffensive zur baulichen Sanierung
22 und Erweiterung sowie Modernisierung der apparativen Ausstattung
23 der Einrichtungen kraftvoll fortführen.
- 24 • den Dialog mit den innovativen Branchen des Landes suchen, denen wir
25 einen Gutteil unseres Wohlstands verdanken, und für eine zielgerichtete
26 wachstumsorientierte Technologiepolitik nutzen.
- 27 • die Grundfinanzierung der Institute der Innovationsallianz Baden-
28 Württemberg aufrecht erhalten.
- 29 • die Arbeit der Forschungseinrichtungen extern evaluieren lassen sowie
30 Impulse und Anreize geben, um eine noch engere Vernetzung der
31 Akteure im Innovationsgeschehen zu erreichen.
- 32 • hierbei insbesondere die Innovationsfähigkeit von KMU entsprechend
33 den Vorgaben des Mittelstandsgesetzes Baden-Württemberg weiter
34 steigern. Die KMU-Prämie ist hierbei ein wertvoller Baustein, der noch
35 stärker auf die spezifischen Belange von KMU ausgerichtet werden soll.
- 36 • die Empfehlungen des Innovationsrats für die Verstärkung der
37 Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft nachhaltig
38 umsetzen. Hierzu zählen insbesondere die Einrichtung weiterer
39 Forschungsk Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nach

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Starker Standort Baden-Württemberg

Liberaler Wirtschaftspolitik

- 1 dem Modell „Industry on Campus“, die Erprobung neuer
2 Kooperationsmodelle für den Wissenstransfer, der Kreativitäts- und
3 Innovationsring, das landesweite Innovationsforum Baden-
4 Württemberg und die Stärkung des Zentrums für Europäische
5 Wirtschaftsforschung.
- 6 • eine verstärkte steuerliche Berücksichtigung von Aufwendungen für
7 Forschung und Entwicklung.
 - 8 • die Landeseinrichtungen zur Betreuung einzelner Branchen
9 organisatorisch straffen und unter Realisierung von Synergieeffekten
10 deren Effizienz erhöhen.
 - 11 • das Programm der Innovationsgutscheine nachfrageorientiert
12 einsetzen.
 - 13 • das mittelstandfreundliche Programm „Innovationsassistenten/-
14 assistentinnen fortführen.
 - 15 • die Kompetenzen in Wirtschaft und Wissenschaft weiter bündeln;
 - 16 • interdisziplinäre Formen der Zusammenarbeit stärken. Kooperations-
17 und Verbundprojekte sind hierbei wichtige Bereiche.
 - 18 • regionale Cluster-Initiativen verknüpfen und deren Zusammenarbeit
19 intensivieren.
 - 20 • Wettbewerbe zur Förderung von regionalen und landesweiten
21 Netzwerken durchführen und Teilnahmen baden-württembergischer
22 Cluster-Initiativen an Wettbewerben des Bundes und der EU nachhaltig
23 unterstützen.
 - 24 • gemeinsame Aktivitäten im Bereich der Auslandsmarkterschließung
25 und des internationalen Standortmarketings unterstützen.
 - 26 • den Cluster-Atlas fortschreiben.
- 27
28

1 Vergleichbare Lebensverhältnisse im 2 ganzen Land

3 Baden-Württemberg ist wie nur wenige Regionen in Europa davon gekenn-
4 zeichnet, dass es keine tatsächlich strukturschwachen Gebiete gibt. Über das
5 ganze Land hinweg sind wir gut aufgestellt. Darüber hinaus tragen besondere
6 Spitzenregionen dazu bei, dass wir weltweit in der Ersten Liga spielen.

7

8 Wir wollen:

- 9 • weiterhin durch eine kluge Struktur- und Wirtschaftspolitik die Voraus-
10 setzun-gen für die gleichmäßige und hochwertige Entwicklung des Lan-
11 des erhalten.
- 12 • den Ländlichen Raum in jeder Hinsicht weiterhin attraktiv halten.
- 13 • den Ausbau des Breitbandnetzes energisch voran bringen, um mög-
14 lichst vielen Nutzern den Anschluss an das Hochleistungsinternet zu
15 vertretbaren Kosten zu ermöglichen.
- 16 • freiwillige Stadtmarketingkooperationen zum Erhalt der Attraktivität
17 unserer Städte und Gemeinden unterstützen.
- 18 • den Landesentwicklungsplan fortschreiben.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Wir schützen und erhalten Denkmale

2 Nur wer in der Lage ist, das Erbe der Vergangenheit zu bewahren, wird selbst
3 Erhaltenswertes hinterlassen können.

4 Ein qualifizierter Denkmalschutz bietet Gewähr dafür, dass unser Land mit
5 seiner historischen und kulturellen Vielfalt erhalten bleibt.

6 Wir werden:

- 7 • die Vielfalt baden-württembergischer Denkmale erhalten.
- 8 • uns beim Bund für die Fortführung der Mittelzuweisungen an die Län-
9 der für den Denkmalschutz einsetzen.
- 10 • die touristische Attraktivität von Denkmälern verbessern.
- 11 • potenzielle Konflikte zwischen Denkmalschutz und energetischen Sa-
12 nierungen sowie die Nutzung erneuerbarer Energien ausräumen.
- 13 • den bürokratischen Aufwand deutlich vermindern und die Rechte der
14 Eigentümer stärken.
- 15 • die Eigentümer denkmalgeschützter Liegenschaften weiterhin ange-
16 messen beim Erhalt unterstützen
- 17 • für eine angemessene steuerliche Berücksichtigung des Mehraufwands
18 eintreten.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Tourismus -

2 ein bedeutender Wirtschaftsfaktor

3 Politik für unseren Tourismus ist eine Kernmarke liberaler Mittelstandspolitik.
4 Unsere Tourismuswirtschaft in Baden-Württemberg ist mittelständisch geprägt
5 und bietet über 280.000 Menschen nicht-exportierbare Arbeitsplätze. Der Jah-
6 resumsatz des Tages- und Übernachtungstourismus beläuft sich auf 15,5 Mrd.
7 Euro. Der Tourismus ist somit für viele Regionen und das Land insgesamt ein
8 wichtiger Wirtschaftsfaktor.

9
10 Gerade unsere Betriebe im Gastgewerbe, unsere Gaststätten und Beherber-
11 gungsbetriebe verlangen wahren Unternehmergeist: Einsatz für den Gast, lange
12 Arbeitszeiten, hohe Flexibilität. Die Vielfalt der Betriebe spiegelt die Vielfalt
13 Baden-Württembergs und lokale Besonderheiten genauso wie die Küche vieler
14 Weltregionen. Unsere Tourismuswirtschaft ist unsere Visitenkarte in der Welt.
15 Die touristischen Höhepunkte Baden-Württembergs tragen zu unserer Stand-
16 ortqualität bei und befördern auch in Zukunft, dass Baden-Württemberg ein
17 lebenswerter Ort auch für Leistungsträger aus aller Welt bleibt.

18
19 Zu den Grundlagen des Erfolgs zählen auch unsere attraktiven Natur- und Kul-
20 turlandschaften, unsere Städte und Gemeinden, unsere Heilbäder und Kurorte,
21 Schlösser, Gärten und Kulturgüter, sowie das vielseitige und hervorragende
22 kulinarische Angebot unseres Landes. Von zentraler Bedeutung sind jedoch
23 Gastfreundlichkeit sowie das große Engagement und Qualitätsbewusstsein un-
24 serer touristischen Leistungsträger.

25
26 Wir werden:

- 27 • die Erfolge aus 15 Jahren liberaler Tourismuspolitik fortsetzen.
- 28 • das neue Tourismuskonzept kraftvoll umsetzen, um Baden-
29 Württemberg mit einem Markenkonzept als Tourismusziel zu stärken
- 30 • den Ausbau der touristischen Infrastruktur voranbringen
- 31 • das barrierefreie touristische Angebot weiter ausbauen
- 32 • auch künftig schwerpunktmäßig touristische Angebote im Bereich
33 „Wellness und Gesundheit“ fördern
- 34 • die Potenzial der Bereichen landschaftliche Schönheit und Naturtou-
35 rismus, Rad- und Wandertourismus, kulturelle Traditionen und Attrak-
36 tionen sowie Genießerland Baden-Württemberg noch stärker erschlie-
37 ßen
- 38 • das Tourismusmarketing auf der Ebene des gesamten Landes sowie der
39 großen regionalen Landschaftsmarken unterstützen

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Starker Standort Baden-Württemberg

Libérale Wirtschaftspolitik

- 1
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6
 - 7
- Maßnahmen wie beispielsweise den Automobilsommer 2011 initiieren
 - das Profil des sogenannten „Industrietourismus“ schärfen, um zu demonstrieren, dass unser industrieller und wirtschaftlich starker Standort hohe Lebens- Freizeit- und Erlebnisqualität für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die Gäste aus aller Welt bedeutet.

1 Public Private Partnership (PPP)

2 Die verstärkte Beauftragung privater Unternehmen bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – unter anderem durch Aufgabenabbau – voranzubringen und zugleich die Qualität öffentlicher Güter zu steigern. Dort, wo ein positiver Grenzertrag im Sinne einer Effizienzverbesserung bei der Verwendung öffentlicher Mittel erzielt werden kann, sollte PPP genutzt werden. Mittelstandsfreundlichkeit ist für uns Voraussetzung für PPP und wir wissen, dass PPP eine Möglichkeit, aber kein Allheilmittel ist.

10

11 Wir wollen:

- 12 • das wichtige Ziel von PPP, die Generierung von Aufträgen für den Mittelstand, mit Nachdruck weiterverfolgen.
- 13
- 14 • eine Evaluierung der bisher laufenden Projekte.
- 15 • die Projektgruppe „PPP-Taskforce“ ausbauen und transparenter gestalten.
- 16
- 17 • die Rahmenbedingungen für PPP verbessern und die Bekanntheit sowie die Akzeptanz von PPP steigern.
- 18
- 19 • die Anzahl von bisher 21 PPP-Projekten in Baden-Württemberg auf
- 20 möglichst mind. 25 erhöhen und dabei auch die Bereiche Hochschul- und Universitätsgebäude, Wasserver- und -entsorgung sowie den Breitbandausbau in Betracht ziehen.
- 21
- 22
- 23

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Individuelle Mobilität der Zukunft

2 Baden-Württemberg ist das Land des Automobils. Hier wurde es vor 125 Jahren
3 erfunden. Der Wandel hin zu neuen Formen der Mobilität (Stichworte Elektro-
4 fahrzeuge, Brennstoffzellentechnologie) ist mit vielen Herausforderungen ver-
5 bunden. Unser Ziel ist es, dass wir auch in diesem Segment weiterhin zur Welt-
6 spitze gehören werden.

7

8 Wir wollen:

- 9 • die Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnolo-
10 gie (e-mobil BW GmbH) mit den Zielen Wissenstransfer, Aufzeigen von
11 Innovationspotenzialen, Initiieren und Koordinieren von Verbundfor-
12 schungsprojekten und Clustern sowie Standortmarketing, Öffentlich-
13 keitsarbeit und Imagepflege stärken und dabei die Perspektiven des
14 Zweiradverkehrs einbeziehen.
- 15 • moderne Verkehrsleitsysteme – Stichwort Telematik – unterstützen.
- 16 • den Logistikstandort Baden-Württemberg stärken.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Berufliche Bildung: Qualität und 2 Qualifikation

3 Die baden-württembergische Wirtschaft steht vor besonderen Herausforderun-
4 gen: dem Rückgang der Schülerzahlen kann in den nächsten 10 bis 20 Jahren
5 ein Fachkräftemangel folgen. In einer vom Wirtschaftsministerium in Auftrag
6 gegebenen Studie wird ein Bedarf im Bereich der beruflichen Bildungsabschlüs-
7 se in Höhe von 120.000 Personen im Jahr 2015 und bis zu 230.000 Personen
8 im Jahr 2030 festgestellt. Der Strukturwandel hat zur Folge, dass die Dienstleis-
9 tungsbranche auf Kosten der Industrie deutlich wachsen wird. Bei den berufli-
10 chen Bildungsabschlüssen wird der Mangel in den Dienstleistungsbranchen mit
11 knapp 50% am größten sein. I Verarbeitenden Gewerbe sollten ebenfalls 44%
12 der offenen Stellen durch Personen mit einen Berufsabschluss besetzt werden.
13 Baden-Württemberg befindet sich auf dem Weg in die Wissensgesellschaft,
14 denn einfache manuelle Tätigkeiten gehen anteilig zurück zugunsten Tätigkei-
15 ten mit komplexen Anforderungen.

16
17 Der direkte Einstieg für junge Menschen in den Arbeitsmarkt erfolgt in den
18 meisten Fällen über eine duale Ausbildung. Die Berufsausbildung ist der
19 Hauptgrund für die andauernd geringe Jugendarbeitslosigkeit in Baden-
20 Württemberg von jetzt unter 3 %. Auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise
21 haben sich die Maßnahmen liberaler Wirtschaftspolitik bewährt und kaum ein
22 Jugendlicher blieb unversorgt. Auch der Ausbildungspakt im Land zeigt vollen
23 Erfolg. Die baden-württembergische Wirtschaft zeigt sich bewusst in ihrer so-
24 zialen Verantwortung für die junge Generation. Das Land fördert in diesem
25 Sinne gezielt die überbetriebliche Ausbildung, die Verbundausbildung oder die
26 Übernahme von Lehrlingen aus Konkursbetrieben („Azubi transfer“). Auf diese
27 Weise werden vor allem kleine Betriebe in ihrem Ausbildungsengagement wirk-
28 sam unterstützt. Schließlich gewinnt das Land auch ausländische Selbständige
29 vermehrt als Ausbilder. Vollzeitschulische Ausbildungsgänge sollten die Aus-
30 nahme sein und nur in ihrer Ergänzungsfunktion moderat ausgebaut werden –
31 prinzipiell ist die Ausbildung im Betrieb vorzuziehen. Hierfür bedarf es weiter-
32 hin der Anstrengung aller Beteiligten. Ebenso gilt dies für die Schwerpunktset-
33 zung auf praxisorientierte Berufsvorbereitung wie dem Einstiegsqualifizierungs-
34 jahr im Gegensatz zu vollzeitschulischen Bildungsgängen zur Berufsvorberei-
35 tung.

36 Wir wollen keinen jungen Menschen zurücklassen, Leistungsstarken attraktive
37 Ausbildungschancen bieten und auch noch nicht ausbildungsreife Jugendliche
38 in die Beschäftigung bringen. Dabei gilt als oberstes Prinzip für uns Liberale
39 „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

*Unsere
Grundsätze*

Starker Standort Baden-Württemberg

Libérale Wirtschaftspolitik

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Wir wollen:

- 2 • dazu beitragen, das System der dualen Ausbildung innerhalb des Euro-
3 päischen Qualifikationsrahmen einem entsprechend hohen Niveau zu-
4 zuordnen.
- 5 • das bewährte „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung“ zwi-
6 schen Wirtschaft und Staat fortführen, um die Zahl der Ausbildungs-
7 plätze weiter steigern zu können.
- 8 • damit zugleich dazu beitragen, dass die duale Ausbildung als Marken-
9 zeichen Deutschlands in der beruflichen Bildung gesichert bleibt und
10 der weitere Ausbau vollzeitschulischer Ausbildungsgänge vermieden
11 werden kann.
- 12 • Englisch in der Berufsschule als Pflichtfach.
- 13 • die Sicherung der hohen Qualität der Kammerprüfung durch Multipli-
14 katorenschulungen für ehrenamtliche Prüfer.
- 15 • das Angebot an geordneten Zusatzqualifikationen in der Berufsschule
16 weiterentwickeln, um die Attraktivität der dualen Ausbildung noch wei-
17 ter zu erhöhen.
- 18 • den Erwerb von Zusatzqualifikationen im Rahmen der Fachkursförde-
19 rung weiter ermöglichen.
- 20 • Angebote für betriebliche Auslandspraktika schon während der Ausbil-
21 dung fördern.
- 22 • Innovationsprogramme zur Anhebung der Ausbildungsqualität etablie-
23 ren.
- 24 • die Vermeidung von Störungen im Übergang von der Schule in die Be-
25 rufsausbildung und dadurch Senkung des Ausbildungsalters deutscher
26 Auszubildender.
- 27 • den bedarfsgerechten Ausbau zweijähriger Berufe sowie eine Gewähr-
28 leistung der Anschlussfähigkeit an grundständige 3,5-jährige Berufe.
- 29 • die Entwicklung breitbandiger Kernberufe im Bund vorantreiben, die
30 auf dem Konzept einer modularisierten, gestuften Beruflichkeit basie-
31 ren.
- 32 • einer weiteren Zersplitterung der Berufsbilder entgegenwirken, um die
33 Sicherung der wohnortnahen Ausbildung, auch im ländlichen Raum, zu
34 gewährleisten.
- 35 • die Finanzierung von Zuschüssen an Auszubildende in sog. Splitterbe-
36 rufen gewährleisten, die in Bundes-, Landes- oder Bezirksfachklassen

Starker Standort Baden-Württemberg

Liberaler Wirtschaftspolitik

- 1 unterrichtet werden und während der Blockbeschulung in sozialpäda-
2 gogisch betreuten Jugendwohnheimen untergebracht sind.
- 3 • die Förderung von Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche
4 bedarfsorientiert weiterentwickeln.
- 5 • Ausbau von praxisorientierten Maßnahmen wie dem Einstiegsqualifi-
6 zierungsjahr für einen gelungenen Übergang in die duale Ausbildung.
- 7 • Ausbildungsreife vermitteln und Ausbildungsabbrüche reduzieren
8 durch gezielte Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen, Be-
9 rufswegenplanung und -beratung sowie durch Programme wie Ausbil-
10 dungspatenschaften oder Ausbildungsbegleitung.
- 11 • dem Problem des „Mismatch“ durch passgenaue Vermittlung von Be-
12 werbern in offene Ausbildungsstellen.
- 13 • eine Förderung von Modernisierungsinvestitionen in Überbetrieblichen
14 Berufsbildungsstätten zur Sicherung von Ausbildungsplätzen gerade in
15 kleineren und mittleren Unternehmen.
- 16 • Qualifizierung ermöglichen durch Anrechnung informellen Lernens.
- 17 • das Jugendarbeitsschutzgesetz so anpassen, dass es sich stärker an der
18 betrieblichen Praxis orientiert, ohne dabei die Jugendlichen zu überfor-
19 dern.
- 20 • das strukturelle Unterrichtsdefizit beseitigen und den Unterrichtsausfall
21 angesichts des noch bestehenden Fachlehrermangels durch das Instru-
22 ment des Direkteinstiegs an Schulen sowie den vorgezogenen, schulbe-
23 zogenen Stellenausschreibungen senken.
- 24 • für Gewerbelehrer unter Beibehaltung der grundständigen Regelausbil-
25 dung an Hochschulen die Möglichkeit des Quereinstiegs von Hoch-
26 schulabsolventen technischer Fachrichtung mit entsprechender Berufser-
27 fahrung beibehalten, vereinfachen und die zur Behebung des Mangels
28 an Lehrernachwuchs insbesondere in den Bereichen Metall- und
29 Elektro-/Informationstechnik eingerichteten kooperativen und gestuf-
30 ten Modellstudiengänge im Zusammenwirken von Fachhochschulen
31 und Pädagogischen Hochschulen als zukunftsweisendes Modell fortfüh-
32 ren und ausweiten und auf ihre Übertragbarkeit auf weitere Bereiche
33 hin überprüfen.

1 Prinzipien liberaler Bildungspolitik

2 Bildung steht immer im Mittelpunkt liberaler Politik. Bildung ist die entschei-
3 dende Voraussetzung für Mündigkeit, Selbstbestimmung, und Eigenverantwor-
4 tung. Deshalb muss sie jedem Menschen zugänglich gemacht werden. Bildung
5 ist Bürgerrecht und verdient stets die besondere Aufmerksamkeit politischen
6 Handelns.

7

8 Angesichts eines rasant wachsenden Weltwissens und einer sich dynamisch
9 verändernden Gesellschaft kommt der Bildung die Bedeutung einer sozialen
10 Frage des 21. Jahrhunderts zu. Bildung besitzt vor allem in einem an materiel-
11 len Rohstoffen armen Land einen besonderen Wert. Bildung liegt stets ein dy-
12 namischer Entwicklungsprozess des einzelnen Menschen zugrunde, der im
13 Spannungsfeld zwischen Erfahrungswissen und kognitivem Neuland eine Lern-
14 leistung vollbringt.

15

16 Ausgangspunkt liberaler Bildungspolitik ist stets das Individuum mit seinen
17 Stärken und Begabungen, aber auch mit seinen Defiziten und Grenzen. Der
18 Vielfalt der Individuen, ihrer Schwerpunkte, Lernwege und Bildungsbiogra-
19 phien wird nach unserer Auffassung ein vielfältiges und differenziertes Bil-
20 dungswesen am besten gerecht. Vielfalt im Bildungswesen kann jedoch nur
21 entstehen, wenn die Bildungseinrichtungen eigenständig handeln können. Des-
22 halb setzen wir Liberalen uns beharrlich dafür ein, dass unsere Schulen in ihrer
23 Eigenständigkeit gestärkt werden und ihnen ein Höchstmaß an Entscheidungs-
24 kompetenz vor allem in Fragen ihres Budgets, ihrer Personals und ihrer inhalt-
25 lichen wie pädagogischen Ausrichtung überlassen wird.

26

27 Wir werden der Bildung weiterhin Priorität unter allen landespolitischen Hand-
28 lungsfeldern einräumen, uns Kürzungsabsichten in diesem Bereich widersetzen
29 und durch den Schülerrückgang frei werdende Ressourcen für andere Aufgaben
30 im Bildungsbereich verwenden.

*Unsere
Grundsätze*

1 Staatliche Schulen weiterentwickeln

2 Die einzelne Bildungseinrichtung vor Ort weiß gemeinsam mit den Schülern
3 und Eltern am besten, wie Schüler optimal persönlich gefördert werden. Der
4 Weg für die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität führt daher über
5 mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit für die Schulen vor Ort. Die Qua-
6 lität unseres Bildungswesens ist ein entscheidender Punkt für unser Land. Diese
7 wollen wir weiterhin sichern und verbessern.

8

9 Wir wollen:

- 10 • die Eigenständigkeit der Schulen durch ein vom Land zugewiesenes
11 Budget ebenso stärken wie durch die Personalauswahl durch die Schu-
12 len selbst mit dem Ziel der Übertragung der Personalhoheit
- 13 • der Schule das Recht zur Schulleiterwahl geben.
- 14 • in dieses zugewiesene Budget die Ressourcen nicht nur für die Gewähr-
15 leistung des regulären Unterrichts und zusätzlicher Angebote, sondern
16 auch für die Gewinnung von Vertretungslehrern einbeziehen, damit die
17 Schulen im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch handeln können.
- 18 • allen Schularten die Möglichkeit einer bereits im November des Vorjah-
19 res erfolgenden Einstellungszusage für angehende Lehrkräfte eröffnen
20 und den Anteil der schulbezogenen Stellenausschreibungen an allen
21 Schularten signifikant erhöhen.
- 22 • den Schulen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung auch die Mög-
23 lichkeit eröffnen, Zulagen insbesondere zum Anwerben von Lehrern in
24 Gebieten zu gewähren, die von den Lehramtsbewerbern weniger stark
25 nachgefragt werden.
- 26 • mehr Beförderungsmöglichkeiten für alle Schularten schaffen, um den
27 Schulen Instrumente des Leistungsanreizes für ihre Lehrkräfte an die
28 Hand zu geben. Insgesamt strebt die FDP an, bei Neueinstellungen von
29 Lehrkräften auf eine Verbeamtung zu verzichten, von einem baden-
30 württembergischen Alleingang ist jedoch abzusehen, da dies eine Ver-
31 schlechterung der Wettbewerbsposition auf dem Lehrkräftemarkt be-
32 deuten würde.
- 33 • den Beförderungsstau bei den Fachlehrern und technischen Lehrkräf-
34 ten weiter abbauen.
- 35 • dafür Sorge tragen, dass an den Akademien für Lehrerfortbildung und
36 den Pädagogischen Hochschulen weiterhin ausreichend Qualifizie-
37 rungsmöglichkeiten für an einer Tätigkeit in der Schulleitung interes-
38 sierte Lehrkräfte angeboten werden und dass darüber hinaus die Schu-
39 len durch Gutscheine für Lehrerfortbildung die Möglichkeit erhalten,
40 Weiterbildungsangebote auch auf dem freien Markt wahrzunehmen.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

- 1 • die Möglichkeit eines Quereinstiegs in den Lehrerberuf über die drin-
2 gend benötigten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissen-
3 schaften, Technik) hinaus auch auf andere Fachbereiche im Falle einer
4 vergleichbaren Qualifikation ausweiten und hierfür Wege der pädago-
5 gisch-schulpraktischen Nachqualifizierung eröffnen.
- 6 • die Elternarbeit fördern, hierbei auch gezielte Angebote für Eltern mit
7 Migrationshintergrund schaffen und die Mitverantwortung der Eltern
8 in schulischen Belangen stärken.
- 9 • Schulversuche sowie regionale Initiativen zu verstärkter Kooperation
10 und Verbänden verschiedener Schularten fördern und erreichen, dass
11 erfolgreiche Konzepte aus Schulversuchen weitergeführt und auch von
12 anderen Schulen übernommen werden können.
- 13 • die Bildungsregionen fördern und weiter ausbauen, um den im Bil-
14 dungsbereich Verantwortlichen mehr Gestaltungsmöglichkeiten hin-
15 sichtlich der Schulentwicklung vor Ort und in der Region zu geben, so-
16 wie die Schulverwaltung zunehmend zu einer Einrichtung umgestalten,
17 die sich in erster Linie als Dienstleister für das Schulwesen versteht, die
18 Schulen auf ihrem Weg zu mehr Eigenständigkeit begleitet und Quali-
19 tätsentwicklung wie Qualitätsüberprüfung anleitet.
- 20 • die Ganztagesbetreuung weiter ausbauen, somit allen Schulen die Mög-
21 lichkeit geben, Ganztageschulen zu werden, wenn die Verantwortli-
22 chen vor Ort dies wünschen, und sie die Form der Ganztagesbetreuung
23 – offen, teilgebunden, gebunden – selbst bestimmen zu lassen.
- 24 • die Berufsorientierung und Berufsberatung an den allgemein bildenden
25 Schulen verstärken und die Zusammenarbeit der Schulen mit der Wirt-
26 schaft fördern.
- 27 • die Schulpsychologie, die Schulsozialarbeit, die Beratungslehrertätigkeit
28 sowie Projekte zur Gewaltprävention und zum verantwortungsvollen
29 Umgang mit neuen Medien fördern.
- 30 • die Fächerverbände evaluieren, nicht zusammengehörige Fächerver-
31 bände auflösen und die derzeitige Leistungsbeurteilung in den Fächer-
32 verbänden auf den Prüfstand stellen.
- 33 • den Eltern eines Kindes mit besonderem Förderbedarf die Möglichkeit
34 eröffnen, eine sachkundige Person ihres Vertrauens als Beistand in die
35 Bildungswegekonzern mitzubringen, in der schulische Möglichkeiten
36 für ihr Kind erörtert werden.
- 37 • Schulen mit Initiativen zu gemeinsamem Unterricht von Kindern mit
38 und ohne Behinderungen fördern und mit sonderpädagogischem Per-
39 sonal und Know-how ausstatten.
- 40 • in jedem Schulamtsbezirk Angebote zu gemeinsamem Unterricht für
41 Kinder mit und ohne Behinderungen schaffen und die Sonderschulen

Bildung und Wissenschaft

Libérale Bildungspolitik

- 1 zu sonderpädagogischen Kompetenz-, Bildungs- und Beratungszentren
- 2 ausbauen.
- 3 • anhand der hier und an den Modellschulstandorten gewonnenen Erfah-
- 4 rungen ein System der Finanzierung und Ressourcenverteilung gemäß
- 5 dem Prinzip „Ressource folgt Schüler“ entwickeln.
- 6 • im Sinne eines echten Bildungsföderalismus die demokratisch nicht le-
- 7 gitimierte Kultusministerkonferenz (KMK) mit ihrem stark angewach-
- 8 senen Behördenapparat auflösen und die Entscheidungskompetenz der
- 9 Landtage als gewählter Volksvertretungen auch dadurch stärken, dass
- 10 zukünftig wesentliche Fragen die Schulpolitik betreffend gesetzlich und
- 11 nicht wie bisher häufig auf dem Verordnungsweg geregelt werden.
- 12

1 Für Schulen in freier Trägerschaft

2 Die Schulen in freier Trägerschaft sind eine wichtige und unverzichtbare Ergän-
3 zung des staatlichen Bildungsangebots. Sie haben Anspruch auf angemessene
4 staatliche Förderung.

5 Die seit 2005 geltende Berechnung der Förderbeträge nach dem Bruttokosten-
6 prinzip macht Verbesserungen im staatlichen Schulwesen (zum Beispiel eine
7 günstigere Schüler-Lehrer-Relation) bei den Zuschüssen an freie Schulträger
8 transparent und zeigt an, wenn hier Zuschusserhöhungen notwendig werden.

9 Der Zuschuss an die freien Träger wurde seit der Aufnahme der Bruttokosten-
10 berechnung ins Privatschulgesetz auf dieser Grundlage erhöht. Um für alle frei-
11 en Schularten einen Kostendeckungsgrad von mindestens 70,5 % – gemessen
12 an den Ausgaben für einen Schüler im staatlichen Schulwesen – zu erreichen,
13 wurden die Haushaltsansätze dann im Jahr 2010 um rund 3,5 Millionen Euro
14 und für 2011 um rund 8,3 Millionen Euro erhöht.

15

16 Wir wollen:

- 17 • den staatlichen Zuschuss an die Schulen in freier Trägerschaft auf 80 %
18 der Bruttokosten heraufsetzen – gemessen an den Kosten eines Schülers
19 im staatlichen Schulwesen.
- 20 • einen verbindlichen Zeitplan mit Stufen zum Erreichen der 80%-
21 Zielmarke aufstellen, mit jedem regulären Landeshaushalt eine Berech-
22 nung der Kosten und Zuschüsse vorlegen und die Bruttokostenberech-
23 nung insgesamt überarbeiten, so dass anders als bisher auch Kosten für
24 die Ganztagesbetreuung mit einbezogen werden.
- 25 • die Neugründung von Schulen in freier Trägerschaft erleichtern, indem
26 zwar die Wartezeit von drei Jahren bis zur Anerkennung beibehalten
27 wird, die Schulen aber schon vom Zeitpunkt der (genehmigten) Auf-
28 nahme des Schulbetriebs an staatlich gefördert werden;
- 29 • den Prüfungsanforderungen bei staatlich anerkannten Schulen in freier
30 Trägerschaft konsequent die genehmigten, von den freien Schulen ent-
31 wickelten Lehrziele zu Grunde legen. Entsprechend wollen wir auch den
32 staatlichen Schulen das Recht einräumen, andere als die staatlich defi-
33 nierten Lehrziele zu verfolgen, wenn diese zuvor als gleichwertig ge-
34 nehmigt wurden.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Frühe Bildung

2 Bildung beginnt nicht erst mit dem ersten Schultag, sondern mit dem ersten
3 Lebenstag. Von diesem Zeitpunkt an erkunden Kinder die Welt, in die sie hi-
4 neinwachsen sollen. Kinder sind besonders wissbegierig und lernfähig, ihre
5 Erfahrungen der ersten Lebensjahre prägen sie in entscheidender Weise und
6 sind von großer Bedeutung für die Ausbildung der neuronalen Strukturen im
7 Gehirn. Die frühkindliche Bildung und Förderung spielt deshalb eine Schlüssel-
8 rolle nicht nur für die Entwicklung des Kindes, sondern auch für die gesamte
9 Bildungsbiographie des Menschen.

10 Aus diesem Grund tritt die FDP dafür ein, Einrichtungen der Kindertages-
11 betreuung vor allem als Bildungseinrichtungen zu begreifen. Mit dem Orientie-
12 rungsplan für die Kindergärten ist eine von allen Seiten anerkannte Anleitung
13 für eine kindgerechte Pädagogik vorgelegt worden. Damit einher geht auch die
14 zielgerichtete Beobachtung und Dokumentation der Entwicklungsschritte eines
15 jeden Kindes.

16 Nach zahlreichen neueren Forschungen nimmt die Musik in einer gelingenden
17 frühkindlichen Bildung einen wichtigen Platz ein, vor allem da sie sowohl kogni-
18 tive Strukturen im Gehirn als auch soziale Kompetenzen in besonderer Weise
19 ausprägen hilft. Wir Liberalen haben uns für das erfolgreiche Modellprojekt
20 „Singen – Bewegen – Sprechen“ eingesetzt. Jede Woche wird eine pädagogische
21 Fachkraft in den Kindergartengruppen musikalische Impulse setzen, die in den
22 weiteren Kindergartenalltag integriert werden. Darauf wird in der Grundschule
23 aufgebaut und das Angebot entsprechend den altersmäßigen Voraussetzungen
24 der Kinder inhaltlich erweitert.

25 Die bislang an Hauptschulen eingesetzten Pädagogische Assistenten – ausgebil-
26 dete Erzieherinnen/Erzieher, Sozialpädagoginnen/-pädagogen oder Personen
27 mit sonstiger fachlicher Vorbildung, die Lehrern zugeteilt sind und sie bei ihrer
28 Unterrichtstätigkeit entlasten – haben sich nach unserer Auffassung gut be-
29 währt. Die Pädagogischen Assistenten werden deshalb künftig auch an Grund-
30 schulen tätig sein. Einsatzort sind Grundschulen mit hohem Migrantanteil
31 bzw. mit existierenden Sprachförderklassen oder –kursen.

32 Ein eigenständiger Studiengang für das Grundschullehramt, der acht Semester
33 umfasst, erscheint uns im Hinblick auf die hohen Anforderungen geboten, de-
34 nen sich gerade auch die Grundschullehrkräfte in fachlicher wie in pädagogi-
35 scher Hinsicht gegenüber sehen. Entsprechend wird zukünftig die diagnostische
36 Kompetenz ein wichtiger Bestandteil ihrer Ausbildung sein. Gleichzeitig haben
37 die angehenden Lehrerinnen und Lehrer bei der Fächerwahl möglichst große
38 Freiheit und können somit Schwerpunkte setzen.

39

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

Unsere Ziele
2011 - 2016

1 Zukünftig werden wir :

- 2 • die sprachlichen Fähigkeiten eines jedes Kindes noch vor dem vierten
3 Geburtstag erheben und die bereits eingeführte Sprachstandserhebung
4 im Rahmen der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung unter Einbe-
5 ziehung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Grundschullehrerinnen
6 und -lehrern weiterentwickeln.
- 7 • im Bedarfsfall unmittelbar anschließende, passgenaue Sprachförderan-
8 gebote bereit halten und Begabungen frühzeitig erkennen und fördern.
- 9 • dafür Sorge tragen, dass der Orientierungsplan für den Kindergarten
10 flächendeckend umgesetzt wird, die dafür notwendige Personalausstat-
11 tung sichergestellt ist und der Plan für verbindlich erklärt werden kann.
- 12 • die vorgezogene Einschulungsuntersuchung und Sprachstandserhebung
13 als individuelle Entwicklungs- und Bildungswegeberatung ausgestalten
14 und auf ihrer Grundlage die Sprachförderung, die Förderung im Rah-
15 men des Orientierungsplans und die Förderung von Kindern mit beson-
16 derem Bedarf (bislang Modellprojekt „Schulreifes Kind“) sinnvoll mit-
17 einander zu einem Förderangebot aus einem Guss verzahnen.
- 18 • die Eltern im Sinne einer gemeinsamen frühen Bildungsverantwortung
19 in die Fördermaßnahmen für ihre Kinder aktiv einbeziehen.
- 20 • Kooperationen zwischen den Einrichtungen mit dem Ziel eines flexible-
21 ren und besser abgestimmten Übergangs vom Kindergarten in die
22 Grundschule fördern.
- 23 • das erfolgreiche Modellprojekt „Bildungshaus 3 bis 10“ überall dort er-
24 möglichen, wo es vor Ort gewünscht wird.
- 25 • gemeinsam mit den kommunalen und freien Trägern vorschulischer
26 Einrichtungen ein Modell mit Gutscheinen entwickeln, die die Eltern für
27 ihre Kinder flexibel einlösen können und die die Finanzierung der früh-
28 kindlichen Bildung und Betreuung auf eine tragfähige Basis stellt. Ein
29 solches Modell verbunden mit der Gewährleistung eines breiten, diffe-
30 renzierten und gehaltvollen Betreuungs- und Förderangebots erscheint
31 uns zielführender als ein Kindergartenpflichtjahr.
- 32 • eine ausreichende Zahl an Ausbildungs- und Studienplätzen sowie Wei-
33 terqualifizierungsmöglichkeiten an den Fachschulen für Erzieherinnen
34 und an den Pädagogischen Hochschulen zur Verfügung stellen, damit
35 der Bedarf an qualifiziertem Personal für die frühkindliche Bildung und
36 Betreuung gedeckt werden kann. Welche Qualifikation bei der Beset-
37 zung einer Stelle vorausgesetzt wird, soll die freie Entscheidung der
38 Träger der jeweiligen Einrichtung bleiben.

Bildung und Wissenschaft

Libérale Bildungspolitik

- 1 • erreichen, dass der neu geschaffene eigenständige Studiengang „Lehr-
- 2 amt an Grundschulen“ auch die Entwicklung der Kinder im Alter von
- 3 ca. drei bis zehn Jahren in den Blick nimmt. Er soll das Erkennen indi-
- 4 vidueller Stärken und Begabungen sowie der Schwächen und Defizite
- 5 bei Kindern schulen. Er soll Möglichkeiten der individuellen Förderung
- 6 an die Hand geben und eine pädagogisch wie fachlich gleichermaßen
- 7 anspruchsvolle Lehrerausbildung gewährleisten.
- 8 • die nur noch für die Grundschulen geltenden Schulbezirke abschaffen
- 9 und den Eltern die freie Wahl der Grundschule für ihre Kinder überlas-
- 10 sen.
- 11 • allen Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen des Landes ei-
- 12 ne Teilnahme am Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ ermögli-
- 13 chen.
- 14 • Den in die Kritik geratenen Fremdsprachenunterricht an der Grund-
- 15 schule umfassend evaluieren, um anschließend geeignete Maßnahmen
- 16 zur Qualitätssteigerung vornehmen zu können.
- 17 • grundsätzlich an der vierjährigen Grundschulzeit festhalten, aber, wenn
- 18 sie vom Schulträger, den Lehrern und den Eltern gewollt werden, regio-
- 19 nale Schulprojekte zulassen, die flexiblere Übergangzeitpunkte in wei-
- 20 terführende Schulen oder längere Grundschulzeiten für alle Schüler
- 21 oder integrative Formen im weiterführenden Schulwesen vorsehen.

Unsere Ziele
2011 - 2016

1 Weiterführende Bildung

2 In Debatten über die Ausgestaltung des weiterführenden Schulwesens verren-
3 nen sich die Befürworter einer Einheitsschule und ihre Gegner, die jegliche Ver-
4 änderung als Bedrohung für das gegliederte Schulsystem wahrnehmen, aus rein
5 ideologischen Gründen.

6 Nach Auffassung der FDP gehen beide Konzepte von der falschen Grundan-
7 nahme aus, dass einer bestimmten Schulstruktur zwangsläufig eine bessere
8 Bildung folgen müsse. Das Gegenteil ist der Fall: Eine Einheitsschule versagt bei
9 der individuellen Förderung und umgekehrt können starre Strukturen Kreativität
10 hemmen und demotivierend wirken. Wir Liberalen treten deshalb für eine
11 Schule in Vielfalt ein, denn nur ein differenziertes und vielfältiges Schulwesen,
12 das den Schulen und den Verantwortlichen vor Ort soviel Freiheit und Eigen-
13 verantwortung wie nur möglich einräumt, hat den einzelnen Schüler im Blick.

14 Qualität in der Bildung lässt sich weder verordnen noch erzwingen, sie entsteht
15 vielmehr durch Motivation, Leistungsbereitschaft und einen Wettbewerb im
16 besten Sinne. Staatliches Handeln sollte sich vor allem auf die Qualitätskontrolle,
17 die Sicherung eines breiten Schulangebots und die Durchlässigkeit des Bil-
18 dungswesens für die Vielfältigkeit der Bildungsbiographien konzentrieren.

19 Wir halten die Werkrealschule für eine gelungene und wichtige Weiterentwick-
20 lung der klassischen Hauptschule.

21 Im Bereich der weiterführenden Schulen werden wir:

- 22 • jeder weiterführenden Schule das Recht einräumen, auf Wunsch der El-
23 tern ein Kind ohne zureichende Empfehlung aufzunehmen, wenn die
24 Lehrerkonferenz der aufnehmenden Schule in einem von ihr selbst be-
25 stimmten Aufnahmeverfahren zu der Überzeugung gelangt, den Erfolg
26 des Kindes in dieser Schule bis zum Abschlussziel der Schulart fördern
27 zu können. Diese Aufnahmeentscheidung ist für andere Schulen dersel-
28 ben Schulart nicht bindend.
- 29 • die Umsetzung der neuen Werkrealschule im Sinne einer Weiterent-
30 wicklungsmöglichkeit für alle Hauptschulen flexibel handhaben und
31 den Verantwortlichen vor Ort die Ausgestaltung überlassen. Dies gilt
32 ausdrücklich auch für Werkrealschulen, die mit einer gemeinsamen
33 Schulleitung nicht nur in den Klassen 5 bis 7, sondern auch in den Klas-
34 sen 8 und 9 auf mehrere Standorte verteilt werden.
- 35 • die Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen Berufsfach-
36 schulen in Klasse 10 für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen
37 öffnen (z.B. für die einjährige Berufsfachschulen und Berufsschulen).

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

- 1 • den an zwanzig Standorten angelaufenen Modellversuch zur Kooperati-
2 on von Haupt- und Realschulen weiterentwickeln, über die Klassen 5
3 und 6 hinausgehend erweitern und für eine Kooperation mit den neuen
4 Werkrealschulen öffnen.
- 5 • die Realschule und den Realschulabschluss, die eine hohe Wertschät-
6 zung genießen, in ihrem Bestand sichern und fördern.
- 7 • für nicht in die zehnte Klasse versetzte Realschüler die Möglichkeit ei-
8 ner Prüfung schaffen, die auf der Grundlage des Realschulbildungs-
9 gangs einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschluss ver-
10 mittelt.
- 11 • den Wechsel eines Schülers von anderen Schularten auf das Gymnasium
12 bei entsprechenden Leistungen erleichtern, z.B. durch eine reguläre
13 Überprüfung der Grundschulempfehlung am Ende von Klasse 6 und
14 durch reguläre Kursangebote auch für mobilitätsbedingte Schulwechsler
15 vor allem in den Kernfächern.
- 16 • Hochbegabte sowohl durch allgemeine Angebote beispielsweise in Ko-
17 operation mit den Hochschulen, sowie durch Hochbegabtenzüge oder -
18 gymnasien fördern und hierfür ausreichend fachkundige Beratung er-
19 möglichen;
- 20 • unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten im Schulalltag stärker berück-
21 sichtigen, indem die Möglichkeiten für unterstützenden Unterricht aus-
22 gebaut, ergänzende Kurse im Ganztagschulbetrieb gefördert und unter
23 anderem durch den verstärkten Einsatz von Pädagogischen Assistenten
24 mehr individuelle Förderung innerhalb derselben Unterrichtsstunden
25 ermöglicht wird.

1 Berufliche Schulen: Kein Abschluss ohne 2 Anschluss

3 Für die FDP hat der bildungspolitische Leitsatz „Kein Abschluss ohne An-
4 schluss“ höchste Priorität. Über das vielfältige Bildungsangebot in den Berufs-
5 schulzentren stehen Jugendlichen viele Wege für ihre allgemeine und berufliche
6 Aus- und Weiterbildung offen. In der Regel steht der Erwerb einer bestimmten
7 beruflichen Qualifikation im Vordergrund. Berufliche Schulen bilden an ihren
8 Berufsschulen jedoch nicht nur Handwerksgesellen oder KFZ-Mechatroniker
9 aus. Rund 48 % eines Jahrgangs erwerben die Hochschulzugangsberechtigung
10 an einer beruflichen Schule wie dem Berufskolleg (BK FH) oder dem berufli-
11 chen Gymnasium.

12 Das Berufsbildungssystem sichert durch sein Angebot die Beschäftigungsfähig-
13 keit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg.

14

15 Vor dem Hintergrund des sozio-ökonomischen Wandels stellt sich die Frage
16 nach der Leistungsfähigkeit. Die Herausforderungen ergeben sich aus den stei-
17 genden Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes und dem Rückgang
18 der Schülerzahlen. Das Ausbildungswahlverhalten von Jugendlichen hat sich
19 zugunsten vollzeitschulischer Bildungsgänge verändert. Gleichzeitig wird das
20 Gesamtpotenzial für die Ausbildungsnachfrage bis 2025 voraussichtlich um
21 etwa 200.000 Personen zurückgehen. Daher muss mit einer deutlich erhöhten
22 Konkurrenz der Ausbildungseinrichtungen zur Höherqualifizierung Jugendli-
23 cher gerechnet werden. Gleichzeitig verweist die Entwicklung der Schülerzahlen
24 in berufsvorbereitenden Bildungsgängen wie dem BVJ auf die bildungspoliti-
25 sche Herausforderung, noch mehr Jugendliche schon in den allgemein bilden-
26 den Schulen zur Ausbildungsreife zu führen.

27

28 Vor allen Dingen ländliche Regionen werden vom demografischen Wandel be-
29 troffen sein. In Zukunft werden zur Hochschulreife führende Bildungsgänge an
30 beruflichen Schulzentren ihre schon heute wichtige Bedeutung noch vergrößern.
31 Vielfältige, den regionalen Bedingungen angepasste Formen von Kooperationen
32 zwischen Bildungseinrichtungen sind der Schlüssel zum Erhalt wohnortnaher
33 Angebote. Ein Ziel bildungsplanerischer Überlegungen von uns Liberalen ist es,
34 das bestehende Angebot in seiner Grundstruktur möglichst weitgehend zu er-
35 halten und Ressourcen effizient zu nutzen, ohne Doppelstrukturen aufrecht zu
36 erhalten. Wichtigstes Kriterium für den Erhalt oder Ausbau der Bildungsland-
37 schaft ist dabei die Qualität von Schule und Unterricht.

38

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

Unsere Ziele
2011 - 2016

- 1 Um die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen noch weiter zu steigern,
2 wollen wir Liberalen:
- 3 • die Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen zur Verbes-
4 serung der Ausbildungsreife stärken.
 - 5 • die Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen Berufsfach-
6 schulen in Klasse 10 für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen
7 öffnen, so dass über zur Verfügung stehende Ressourcen abzuleistende
8 Stunden flexibel verteilt werden können (z.B. durch Ressourcen der ein-
9 jährigen Berufsfachschulen oder Berufsschulen).
 - 10 • Jugendliche aus ausbildungsferneren Gruppen durch ein verbessertes
11 Übergangsmanagement mit individueller Betreuung verstärkt aktivie-
12 ren.
 - 13 • das Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf (VAB) als die Schulart des
14 Übergangssystems zur Erlangung des Hauptschulabschlusses flächen-
15 deckend einführen.
 - 16 • Dualisierung berufsvorbereitender Bildungsgänge nicht einseitig zu Las-
17 ten der Betriebe vorantreiben.
 - 18 • die Attraktivität der dualen Berufsausbildung durch weniger speziali-
19 sierte Ausbildung, ein flächendeckendes Angebot an Zusatzqualifikatio-
20 nen und Doppelqualifizierungen sowie die Nutzung internationaler Aus-
21 tauschprogramme steigern.
 - 22 • eine ausreichende teil- und vollzeitberufsschulische Infrastruktur im
23 ländlichen Raum sicherstellen, insbesondere durch die verstärkte Mit-
24 einbeziehung Überbetrieblicher Berufsbildungsstätten, die auch einer
25 Ausweitung beruflicher Weiterbildungsangebote dienen.
 - 26 • Englisch als Pflichtfach in der Berufsschule einführen.
 - 27 • als Hilfestellung bei Lernschwächen und zur Förderung der Deutsch-
28 Sprachkenntnisse bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund das Pro-
29 gramm "Individuelle Lernbegleitung" flächendeckend einführen.
 - 30 • die beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen weiterhin bedarfsge-
31 recht ausbauen, nicht nur im gewerblich-technischen oder im sozialwis-
32 senschaftlichen Bereich.
 - 33 • die Berufskollegs moderat ausbauen.
 - 34 • Angebote eines gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne
35 Behinderungen auch an beruflichen Schulen voranbringen.

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

- 1 • vor allem in der zweiten Phase der Lehrerausbildung einen stärkeren
- 2 Schwerpunkt auf den Erwerb und die Vermittlung von interkultureller
- 3 und medienpädagogischer Kompetenz legen.
- 4 • die Finanzierung beruflicher Schulen in freier Trägerschaft durch eine
- 5 ausreichende staatliche Bezuschussung sicherstellen.
- 6 • das Instrument der flexiblen Lehrereinstellung, insbesondere durch die
- 7 schulbezogenen Stellenausschreibungen, erhalten und ausbauen.
- 8 • den strukturellen Lehrermangel in der beruflichen Bildung beseitigen
- 9 und dadurch die Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflicher und
- 10 allgemeiner Bildung zum Ausdruck bringen.
- 11 • Weiterbildungsangebote sowohl an beruflichen Schulen zur besseren
- 12 Verzahnung von Aus- und Weiterbildung als auch an Überbetrieblichen
- 13 Berufsbildungsstätten fördern.
- 14 • an Fachschulen das Angebot zur Aufstiegsfortbildung ausbauen.
- 15 • Netzwerke im Bereich der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung
- 16 zur Vermeidung von teuren Doppelstrukturen ausbauen.

1 Die Zukunft der Hochschulen

2 Der einzige Rohstoff im Land der Tüftler und Bastler ist das Wissen in den Köp-
3 fen der Menschen. Auf die Erfindungen gründet sich unser Wohlstand, und
4 unsere Hochschulen erweisen sich in den Vergleichen stets als Nachwuch-
5 schmieden für unsere hoch spezialisierten Unternehmen.

6 Grundlage für die Exzellenz unserer Wissenschaft und ihre nationale wie inter-
7 nationale Wettbewerbsfähigkeit ist nach Auffassung von uns Liberalen die Frei-
8 heit von Forschung und Lehre. Der Sicherung dieser Freiheit und der Stärkung
9 der Hochschulautonomie gilt deshalb unser Einsatz für eine erfolgreiche Wis-
10 senschaftspolitik in Baden-Württemberg.

11 Mit vier von insgesamt neun Spitzenuniversitäten im Exzellenz-Wettbewerb,
12 mit insgesamt acht Universitäten in der Exzellenz und mit Forschungs- und
13 Entwicklungsausgaben in Höhe von 4,4 Prozent gemessen am Bruttoinlands-
14 produkt hat Baden-Württembergs Wissenschaft deutschland- und europaweit
15 einen Spitzenrang erreicht.

16 Um diesen Spitzenrang auch zukünftig im internationalen Wettbewerb zu hal-
17 ten, wollen wir:

- 18 • den Hochschulen die freie Wahl der Organisationsform ihrer Studien-
19 gänge und Studienabschlüsse lassen und ihnen damit auch die Möglich-
20 keit geben, das Diplom wieder einzuführen.
- 21 • diejenigen Hochschulen, bei denen Mängel in der Umsetzung der Bo-
22 logna-Reform zu übervollen Studienplänen und zu hoher Prüfungsdich-
23 te geführt haben, dazu anhalten, diese Fehler in eigener Verantwortung
24 zu beheben.
- 25 • in den Studiengängen, die mit Staatsexamina enden (Medizin, Zahnme-
26 dizin, Pharmazie, Jura, Lehramt sowie das kirchliche Examen in Theo-
27 logie), zusätzliche Abschlussgrade ermöglichen, die die Hochschulen
28 bestimmen können. So werden die Staatsexamina auf ihre eigentliche
29 Funktion als Eingangsprüfung für den Staatsdienst zurückgeführt. Die
30 Studierenden sollen frei wählen können, ob sie nur den Hochschulab-
31 schluss, nur das Staatsexamen oder beide Abschlüsse anstreben.
- 32 • im Hinblick auf den steigenden Fachkräftebedarf und den doppelten
33 Abiturjahrgang 2012 den Ausbau von 20 000 neuen Studienanfänger-
34 plätzen an den baden-württembergischen Hochschulen zu Ende führen.
- 35 • bei gestuften Studiengängen auf ein ausgewogenes Verhältnis von Ba-
36 chelor- und Master-Studienplätzen hinwirken, damit ein bedarfsgerech-
37 tes Studienplatzangebot gesichert werden kann.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

- 1 • durch eine Änderung des Staatsvertrags zur Hochschulzulassung jeder
2 baden-württembergischen Hochschule das Recht einräumen, bislang
3 noch im zentralen Vergabeverfahren zugeteilte Studienplätze eigenver-
4 antwortlich zu vergeben.
- 5 • beruflich Qualifizierten die Aufnahme eines Hochschulstudiums erleich-
6 tern, indem für sie Vor- und Begleitkurse angeboten und Teilzeitstu-
7 diengänge für ein berufsbegleitendes Studium angeboten werden.
- 8 • zur Erleichterung der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
9 auf der Basis der Gleichwertigkeit mit unseren Abschlüssen gemeinsam
10 mit dem Bund einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren
11 für jeden Migranten gewähren, der seit mindestens sechs Monaten in
12 Deutschland lebt, und die Zuständigkeiten für die Bildungsberatung
13 und die Betreuung der Anerkennungsverfahren in einer Hand zusam-
14 menführen.
- 15 • ein System nachfrageorientierter Hochschulfinanzierung mit Studien-
16 gutscheinen etablieren, mit deren Hilfe und gemäß dem Prinzip „Geld
17 folgt Student“ die staatlichen Mittelzuweisungen von der Zahl der je-
18 weils eingeschriebenen Studierenden abhängig gemacht werden, damit
19 staatliche wie private Hochschulen gleichermaßen ein Interesse an der
20 Aufnahme von Studierenden besitzen, in einen Wettbewerb um die Stu-
21 dierenden eintreten und deshalb die Bedingungen von Studium und
22 Lehre verbessern.
- 23 • die Studierenden in der Finanzierung ihres Lebensunterhaltes nicht al-
24 leine lassen. Die Verantwortung für den Lebensunterhalt während des
25 Studiums liegt in erster Linie bei den Studierenden und ihren Familien.
26 Wenn diese die notwendigen Mittel nicht aufbringen können, dann
27 muss der Bund im Rahmen der Sozialgesetze die entsprechenden Hilfen
28 vorsehen (BAföG). Die Voraussetzungen und die Höhe der Leistungen
29 sind den gewandelten Lebensverhältnissen anzupassen.
- 30 • die Vergabe von Hochbegabtenstipendien für herausragende Studieren-
31 de und Doktoranden nicht aus ideologischen Gründen in Richtung auf
32 mehr Breite und weniger Höchstleistung getrimmt sehen. Der Anteil der
33 Promotionsstipendiaten muss wieder erhöht werden. Die Vergabe sol-
34 cher Stipendien für Masterstudiengänge darf nicht daran scheitern, dass
35 diese Studiengänge möglicherweise nur zwei Semester dauern. Die Hö-
36 he des elternunabhängig gewährten Büchergeldes bei den Hochbegab-
37 tenstipendien muss an die Höhe des elternunabhängigen Teils des Nati-
38 onalen Stipendienprogramms angepasst werden.

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

- 1 • speziellen Situationen der Studierenden Rechnung tragen. Daher sollten
2 flexible Studienprogramme (Studieren mit unterschiedlichen Ge-
3 schwindigkeiten), berufsbegleitende Studienangebote und die Kredit-
4 programme der KfW weiter ausgebaut werden, die eine elternunabhän-
5 gige Studienfinanzierung ermöglichen.
- 6 • Auch für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen
7 ein Hochschulstudium ermöglichen. Notwendig dafür sind barrierefreie
8 Hochschulgebäude, der Einsatz technischer Hilfsmittel, digital verfü-
9 bare Lernmittel und flexible Studienzeiten und Prüfungsbedingungen.
10 Die schon vorhandenen vielfältigen Angebote der Hochschulen sind
11 nachhaltig auszubauen.
- 12 • Die Liberalen bekennen sich zu Studienentgelten als wichtiger Finanze-
13 rungssäule des Hochschulwesens, sehen aber die damit einhergehenden
14 Herausforderungen und Belastungen. Die Kosten des Hochschulwesens
15 sollen durch die Studierenden mitgetragen werden, da sie direkt vom öf-
16 fentlichen Hochschulwesen profitieren. Gleichzeitig ist es der FDP/DVP
17 wichtig, dass jeder unabhängig von der finanziellen Ausstattung seines
18 Elternhauses und im Rahmen seiner Leistungsfähigkeiten und Interes-
19 sen die Möglichkeit zu einer akademischen Ausbildung erhält.
- 20 • Die Erhebung von Studienentgelten oder -gebühren darf die Studieren-
21 den und ihre Familien nicht während des Studiums belasten. Die Tren-
22 nung der Studienfinanzierung vom Einkommen der Eltern, bei gleich-
23 zeitiger Fortentwicklung der hervorragenden Qualität baden-
24 württembergischer Hochschulen sind deshalb zentrale Anliegen.
- 25 • Die geltende Regelung sofort fälliger Studiengebühren, die durch Darle-
26 hen mit schwankenden Zinssätzen finanziert werden können, haben wir
27 mitgetragen, aber wir streben für künftige Studienanfänger eine bessere
28 Regelung an:
29 Wir setzen uns dafür ein, dass für Studierende während des Studiums
30 keine Studiengebühren oder -entgelte zur Zahlung anfallen. Studienent-
31 gelte sollen stattdessen in Baden-Württemberg künftig in Form von echt
32 nachgelagerten und einkommensabhängigen Entgelten von den Hoch-
33 schulen festgesetzt und erhoben werden können. Nach Einstieg in das
34 Berufsleben beginnen die Absolventen dann ab einer Einkommensun-
35 tergrenze mit der Rückzahlung ihrer Studiengebühren. Diese Zahlungen
36 fließen direkt den Hochschulen zu. Wer nichts verdient, muss auch kei-
37 ne Studiengebühren zahlen. Eine frühzeitige und einmalige Bezahlung
38 der Studienentgelte ist zu ermöglichen. Durch die vorgeschlagenen Än-
39 derungen werden Familien während des Studiums entlastet. Die bisher

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

- 1 oftmals zu Schwierigkeiten führende Geschwisterregelung kann entfal-
2 len.
- 3 • Studiengebühren und -entgelte dürfen ausschließlich zur Verbesserung
4 der Lehre eingesetzt werden; sie sollen deshalb insbesondere nicht für
5 solche Aufgaben der Hochschulen verwendet werden, die zum Mindest-
6 standard des Faches gehören – wie er z.B. im Rahmen der Akkreditie-
7 rung festgestellt wird. Sondern sie sollen über den Mindeststandard
8 hinaus eine wettbewerbliche Ausstattung der Hochschulen ermöglichen.
9 Die Verwendung der Studiengebühren und -entgelte soll durch die Stu-
10 dienkommissionen der Fakultäten bestimmt werden, denn in diesen
11 sind die Studierenden in gesetzlich vorgegebener Weise beteiligt.
- 12 • Während des Studiums können die Universitäten unter Berücksichti-
13 gung geschätzter Ausfallquoten Kredite zur sofortigen Gewährleistung
14 des zusätzlichen Mittelzuflusses aufnehmen.
- 15 • die studentische Mitverantwortung an den Hochschulen durch die Ein-
16 führung eines Studierendenparlaments stärken, das den Allgemeinen
17 Studierendenausschuss als ausführendes Organ und Vertretung gegen-
18 über der Hochschule wählt und kontrolliert sowie über die Verwendung
19 der Einnahmen aus Studiengebühren wacht und mitentscheidet. Die
20 heute praktizierte Verlagerung von Kompetenzen auf demokratisch
21 nicht legitimierte Gremien soll ausgeschlossen werden.
- 22 • den Zugang zu einem Hochschulstudium für Menschen mit Behinde-
23 rungen erleichtern durch Förderung barrierefreier Hochschulgebäude,
24 technischer und digital verfügbarer Lern- und Hilfsmittel sowie weitere
25 behindertengerechte Angebote.
- 26 • weiterhin Spitzenleistungen in Lehre und Forschung fördern, Hoch-
27 schulverbände sowie Kooperationen von Hochschulen und Forschungs-
28 zentren unterstützen sowie hierbei bestehende Hemmnisse abbauen
29 und Schwerpunktbildungen ermöglichen.
- 30 • Forschungsverbände sowie Forschungsnetzwerke und -kooperationen
31 mit der Wirtschaft fördern und auch kleinen und mittelständischen Un-
32 ternehmen die Möglichkeit einer Teilhabe an der Forschungs- und In-
33 novationstätigkeit insbesondere im anwendungsorientierten Bereich er-
34 öffnen.
- 35 • den Hochschulen das Instrument der Beleihung an die Hand geben, so
36 dass private Unternehmen entsprechend den Vorgaben und unter Auf-
37 sicht der jeweiligen Hochschule Aufgaben vor allem in der Forschung,
38 aber auch in der Lehre wahrnehmen können und somit neue Finanz-
39 quellen erschlossen werden können.

Bildung und Wissenschaft

Liberaler Bildungspolitik

- 1 • Privatisierungsabsichten im Hochschulbereich, wo sie zweckmäßig er-
- 2 scheinen, unterstützen.

1 Lebenslanges Lernen - Weiterbildung

*Unsere
Grundsätze*

2 In einer hochtechnisierten Welt, die sich unablässig verändert und in der das
3 verfügbare Wissen ständig wächst, ist lebenslanges Lernen unverzichtbar, um
4 die berufliche Qualifikation zu erhalten und zu verbessern. Der sogenannte Bil-
5 dungsabschluss wird mehr und mehr zum Übergang von der Berufsausbildung
6 zur beruflichen Fort- und Weiterbildung. Qualifizierte und kontinuierliche
7 Weiterbildung ist für Wirtschaft und Gesellschaft ein unabdingbarer Erfolgsfak-
8 tor, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

9 Um dem kommenden Fachkräftemangel zu begegnen, genügt es nicht, junge
10 Menschen direkt in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Vermehrt sind Ältere, Wie-
11 dereinsteigerinnen, Migranten, Arbeitslose oder weiterbildungsferne Zielgrup-
12 pen einzubeziehen.

13 Neben dem geordneten System der Aufstiegsfortbildung an Fachschulen ist die
14 Anpassungsfortbildung derzeit durch eine heterogene Marktstruktur gekenn-
15 zeichnet. Die Vielzahl an Angeboten macht es den Weiterbildungswilligen
16 schwer, sich zurecht zu finden. Hinzu kommt, dass die angebotenen Förder-
17 maßnahmen sich häufig an Ergebnissen statt an Prozessen orientieren.

18 Für Weiterbildung gibt es eine individuelle und eine gesellschaftliche Verant-
19 wortung. Jeder einzelne Bürger muss Interesse an Weiterbildung haben und für
20 sich selbst Verantwortung übernehmen. Aufgabe von Politik und Arbeitgebern
21 ist es, Weiterbildungswillige dabei zu unterstützen, die jeweils erforderlichen
22 Kenntnisse, Kompetenzen und Fähigkeiten zu erwerben.

23 Um die Weiterbildungsbeteiligungsquote zu erhöhen und damit die Beschäfti-
24 gungsfähigkeit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-
25 Württemberg ein Leben lang sicherzustellen, wollen wir

- 26 • Weiterbildungsangebote sowohl an beruflichen Schulen zur besseren
27 Verzahnung von Aus- und Weiterbildung als auch an Überbetrieblichen
28 Berufsbildungsstätten fördern.
- 29 • an Fachschulen das Angebot zur Aufstiegsfortbildung ausbauen.
- 30 • Netzwerke im Bereich der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung
31 zur Vermeidung von teuren Doppelstrukturen ausbauen.
- 32 • die private Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen durch Einfüh-
33 rung oder Verbreitung flexibler Finanzierungsinstrumente wie Bil-
34 dungssparen, Lernzeitkonten oder Bildungsgutscheine unterstützen.
- 35 • eine Weiterbildungskampagne und Projekte für weiterbildungsferne
36 Zielgruppen zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung starten.

*Unsere Ziele
2011-2016*

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

- 1 • die Transparenz auf dem heterogenen Weiterbildungsmarkt durch zent-
2 rale Datenbanken sowie Weiterbildungsstatistiken steigern.
- 3 • die Weiterbildung insbesondere für Wiedereinsteigerinnen fördern.
- 4 • kleinere und mittlere Unternehmen über Weiterbildungscoaching sen-
5 sibilisieren.
- 6 • überbetriebliche Berufsbildungsstätten zu Kompetenzzentren lebens-
7 langen Lernens weiterentwickeln.
- 8 • die Meister- und Techniker Ausbildung zur Sicherung des Fachkräfte-
9 nachwuchses weiterhin stärken.
- 10 • ein flexibles und modulares Weiter- und Fortbildungssystem, das in den
11 jeweiligen Modulen kompatibel und mit der Ausbildung verzahnt ist.
- 12 • mehr Transparenz bei den Weiterbildungsangeboten schaffen und ein
13 verbessertes Weiterbildungsmarketing und eine kompetentere Lernbe-
14 ratung unterstützen.
- 15 • die Angebote im Bereich der Weiterbildungsberatung und der Vermitt-
16 lung in Weiterbildungsmaßnahmen verbessern (z.B. durch Weiterbil-
17 dungsberatungsstellen)
- 18 • die Weiterbildungsbereitschaft insbesondere bei bildungsferneren Be-
19 völkerungsgruppen erhöhen.
- 20 • möglichst wohnortnahe Angebote, die Möglichkeit des arbeitsbegleiten-
21 den Lernens und die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse hin-
22 sichtlich Lernzeiten und veränderter Lerngewohnheiten.
- 23 • die vorhandene Angebotsvielfalt erhalten und durch Kooperation auf
24 kommunaler und regionaler Ebene besser vernetze.
- 25 • berufliche Schulen, Hochschulen, Kammereinrichtungen sowie öffentli-
26 che und private Weiterbildungsinstitutionen darin bestärken und unter-
27 stützen, an der Herausbildung einer zusammenwachsenden Angebots-
28 landschaft mitzuwirken.
- 29 • den Hochschulen die berufliche und wissenschaftliche Weiterbildung
30 als dritte Aufgabe neben grundständiger Lehre und Forschung übertra-
31 gen und ihnen die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.
- 32 • traditionelle Lernformen durch Medienunterstützung und neue pädä-
33 gogische Vermittlungswege ergänzen, gerade für Berufstätige und zur
34 Vereinbarung von Familie und Beruf.
- 35 • seniorengerechte Angebote sowie der Alphabetisierung und Integration
36 von Migrant*innen etablieren.

Bildung und Wissenschaft

Libérale Bildungspolitik

- 1 • moderne Finanzierungskonzepte wie das Bildungssparen, Lernzeitkon-
- 2 ten in Vereinbarung mit den Tarifpartnern und Bildungsgutscheine vo-
- 3 rantreiben; Anreize wie dem Bildungsurlaub stehen wir kritisch ge-
- 4 genüber.
- 5 • den begonnenen Zertifizierungsprozess von Weiterbildungseinrichtun-
- 6 gen als wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung inhaltlich und un-
- 7 bürokratisch weiterentwickeln; dabei soll man sich sowohl an Ergebnis-
- 8 sen wie an Prozessen orientieren.
- 9 • die Durchlässigkeit zwischen Bildungsteilsystemen maßgeblich verbess-
- 10 ern durch den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte.
- 11 • Institutionen des zweiten Bildungsweges erhalten und deren Arbeit wei-
- 12 ter fördern. Auf Grund der zentralen Bedeutung des zweiten Bildungs-
- 13 weges für Chancengleichheit in der Bildung wird die FDP für eine opti-
- 14 male finanzielle Ausstattung des zweiten Bildungsweges kämpfen und
- 15 keine weiteren Kürzungen in diesem Bereich zulassen.

Bildung und Wissenschaft

Libérale Bildungspolitik

1 Kultur

2 Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine unverzichtbare und wichtige öf-
3 fentliche und gesellschaftliche Aufgabe und zwingender Bestandteil eines ganz-
4 heitlichen Politikansatzes.

5 Kunst und Kultur sind die Grundlagen für die Verständigung untereinander und
6 die Quelle von Identität und Kreativität – sie spiegeln den Zustand einer Gesell-
7 schaft wieder und treiben ihre Entwicklung voran.

8
9 Liberale Kulturpolitik steht unter dem Leitgedanken „Kultur für und von allen“.

10
11 Baden-Württemberg braucht in der Zukunft eine Kulturförderung in der Spitze
12 und in der Breite, in den Zentren und in der Fläche. Für die FDP sind die freien,
13 kommunalen und staatlichen Kultureinrichtungen gleichermaßen wichtig. Ge-
14 rade für die Kultur ist es wichtiger denn je, dass sie die Möglichkeit hat, in Frei-
15 heit vom Staat Entwicklungschancen zu nutzen.

16 Die FDP setzt in der Kulturpolitik auf klare Prinzipien und konkrete Ziele und
17 fordert mehr Freiheit für die Kultur, mehr Kultur durch und für die Bürgerin-
18 nen und Bürger.

19
20 Wir wollen:

21 • an den Prinzipien der Liberalität und Pluralität, der Dezentralität und
22 Subsidiarität staatlicher Kunst- und Kulturförderung festhalten, um
23 Freiheit und Vielfalt der Kunst – in der Breite ebenso wie in der Spitze –
24 zu ermöglichen und zu gewährleisten.

25 • den Stellenwert der Kulturpolitik im Land durch einen jährlichen Kul-
26 turbericht und eine Regierungserklärung stärken.

27 • die Zuständigkeit für die Kulturpolitik des Landes in einem bestehenden
28 Ministerium bündeln.

29 • Die Bedingungen und Anreize für ehrenamtliches Engagement im Be-
30 reich Kunst und Kultur weiter zu verbessern und hierzu auch die Ange-
31 bote für ein freiwilliges kulturelles Jahr auszubauen.

32 • Eine stärkere Vernetzung der Museumslandschaft des Landes.

33 • Eine ausgewogene Förderung von Kulturprojekten in allen Regionen.

34 • Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Theaterwissenschaften in Baden-
35 Württemberg entweder durch Stellentausch oder als Stiftungslehrstuhl;

36 • eine intensivere und enge Zusammenarbeit zwischen Kunst, Kultur, den
37 Vereinen und den Schulen fördern. Kunst- und Kulturschaffende, So-
38 zio-kulturelle Zentren, freie, kommunale und Amateurtheater, Kunst-

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

- 1 schulen und Musikvereine müssen in die erweiterten Ganztagesangebo-
2 te einbezogen werden;
- 3 • das musisch-kreative Potential junger Menschen besser erschließen und
4 die Förderung der Jugendkunst- und Jugendmusikschulen weiterhin
5 gewährleisten;
- 6 • das insbesondere jedes Kind die Möglichkeit hat, die elementare Kultur-
7 technik des Singens und das Spiel eines Musikinstrumentes zu erlernen;
- 8 • die Bedingungen und Anreize für ehrenamtliches Engagement im Be-
9 reich von Kunst und Kultur weiter verbessern und hierzu auch die Mög-
10 lichkeiten des freiwilligen kulturellen Jahres ausbauen;
- 11 • die Kunst- und Kulturförderung des Landes unter Beibehaltung der be-
12 währten Finanzierung aus den Erträgen der Staatlichen Lotterien und
13 der Spielbankabgabe weiterentwickeln;
- 14 • die Aufnahme weiterer kultureller Angebote in den „Landesfamilienpass
15 Baden-Württemberg“;
- 16 • den Einsatz privater Mittel insbesondere in Form privaten Stiftungska-
17 pitals fördern und hierzu auf die weitere Verbesserung des Stiftungs-
18 und Stiftungssteuerrechts hinwirken;
- 19 • die duale Rundfunkordnung bei aller Unterschiedlichkeit der Voraus-
20 setzungen gleichberechtigt weiterentwickeln; dabei die Bestands- und
21 Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wahren,
22 aber den Grundversorgungsauftrag im Bereich von Information, Bil-
23 dung und Kultur stärker akzentuieren. Allen Tendenzen zur Selbst-
24 kommerzialisierung des Programms der öffentlich-rechtlichen Anstal-
25 ten erteilen wir eine klare Absage;
- 26 • die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf der Grundla-
27 ge des Modells eines haushalts- und betriebsstättenbezogenen Rund-
28 funkbeitrags neu ordnen; dabei den Tätigkeitsbereich der Gebührenein-
29 zugszentrale (GEZ) auf das notwendige Minimum reduzieren und da-
30 tenschutzrechtlich einwandfreie Regelungen treffen. Beim Wechsel der
31 Struktur der Rundfunkfinanzierung zum 1.1.2013 ist sowohl die Auf-
32 kommensneutralität für die Rundfunkanstalten (kein Mehr- oder Min-
33 deraufkommen infolge der Reform) wie auch die Belastungsneutralität
34 (etwa 18 € für den typischen Privathaushalt) zu wahren.
- 35 • längerfristig die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. In
36 einem ersten Schritt ist das Sponsoring den allgemeinen Werbebegren-
37 zungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu unterwerfen.

Bildung und Wissenschaft

Libérale Bildungspolitik

- 1 • Beitragsstabilität über 2013 hinaus: die öffentlich-rechtlichen Rund-
- 2 funkanstalten sind aufgerufen, selbst aktiv an der dazu notwendigen
- 3 Überprüfung des Programmauftrags des öffentlich-rechtlichen Rund-
- 4 funks mitzuwirken.

1 Sport

2 Sport ist elementarer Bestandteil der Gesellschaft im Land: jeder 3. Baden-
3 Württemberger ist in einem Sportverein aktiv, das sind fast 4 Millionen Men-
4 schen. Neben dem rein sportlichen Aspekt ist dies eine große Säule des ehren-
5 amtlichen Engagements. Zusätzlich treiben mehr und mehr Menschen Sport bei
6 kommerziellen Anbietern. Dieser Anteil steigt in den letzten Jahren kontinuier-
7 lich an.

8 Zunehmend ist auch die Anzahl der Sporttreibenden bei Frauen zwischen 30
9 und 50 Jahren, die vor einiger Zeit noch eher wenig sportlich in Erscheinung
10 getreten sind. Außerdem wird in der „Generation 50+“ der Sport immer wichti-
11 ger.

12 Sowohl der Breitensports als auch Sport im kommerziellen Umfeld leisten einen
13 wesentlicher Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung.

14 Ansehen und Stellenwert des Sports in der Gesellschaft sind außerdem wichtige
15 Wegbereiter für erfolgreichen Leistungssport im Land. Nicht zuletzt ist Sport
16 auch ein Wirtschaftsfaktor: der Markt für Sportgeräte, sportnahe Produkte, das
17 Betreiben von Fitnessstudios und Trainingsangebote - gerade auch in Kombina-
18 tion mit Gesundheits- und Wellnesskonzepten - dürfen im Wirtschafts- und
19 Tourismusstandort Baden-Württemberg nicht vernachlässigt werden.

20 Sport ist ein äußerst liberaler Baustein der Bürgergesellschaft: er stärkt freiheit-
21 liche Eigeninitiative, Innovationsfreude, Risikobereitschaft und Fairness. Gera-
22 de im Breitensport sind diese Elemente besonders gefordert. Außerdem stärkt
23 gerade der Breitensport das Gemeinwohl auf vielfältige Weise: im Rahmen der
24 Sportselbstverwaltung übernehmen mündige Staatsbürger Verantwortung für
25 sich und andere. Außerdem ist Sport ein wichtiges Wirkungsfeld im Erziehungs-
26 und Bildungsprozess, insbesondere in der Vermittlung sozialer Werte und bei
27 der Integration. Daher verdient der Sport besondere Wertschätzung im gesell-
28 schaftlichen und politischen Diskurs.

29 Zur Förderung junger Leistungssportler gibt es im Land spezielle „Eliteschulen
30 des Sports“ die Rücksicht nehmen auf die besonderen Anforderungen, die an
31 diese Jugendlichen z.B. in Hinblick auf Trainingsintensität gestellt sind. Die
32 Zuständigkeit für den Leistungssport liegt jedoch grundsätzlich beim Bund.
33 Baden-Württemberg erhält hier leider seit vielen Jahren nicht die seiner Größe
34 entsprechenden Förderbeträge; z.B. fließt von den Mitteln für den Sportstätten-
35 bau im Hochleistungssport regelmäßig nur knapp ein 20stel in unser Land.

36
37 Angesichts der Bedeutung des Sports für unser Land ist es für uns Liberale be-
38 sonders wichtig, in diesem Bereich die entsprechenden Rahmenbedingungen
39 aufrecht zu erhalten bzw. zu optimieren.

40

Bildung und Wissenschaft

Liberale Bildungspolitik

Unsere Ziele

2011 - 2016

- 1 Wir wollen:
- 2 • bei der Sportfinanzierung mit der Verlängerung des Solidarpakts wei-
- 3 terhin Verlässlichkeit und Planungssicherheit gewähren und damit der
- 4 Bedeutung des Sports in der Gesellschaft Rechnung tragen;
- 5 • dem ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen im Land, die sich vor
- 6 allem im Breitensport einsetzen, besondere Wertschätzung entgegen-
- 7 bringen und Unterstützung bieten;
- 8 • Menschen mit Behinderungen sportliche Betätigung ermöglichen, sei es
- 9 im Behindertensport oder durch Einbindung in allgemeine Sportverei-
- 10 ne;
- 11 • integrative Maßnahmen im Sport weiterhin besonders unterstützen;
- 12 • dem Hochschulsport auch in Baden-Württemberg mehr politische An-
- 13 erkennung zollen;
- 14 • die berufliche Entwicklung für Leistungssportler erleichtern, z.B. durch
- 15 die Bereitstellung von Stellen bei Polizei, im Lehramt oder anderen Stel-
- 16 len in der Landesverwaltung, damit nach Beendigung der sportlichen
- 17 Laufbahn ein nahtloser Übergang möglich ist;
- 18 • dass die Lern- und Studienbedingungen von Leistungssportlern noch
- 19 besser an die Trainingserfordernisse angepasst werden und Studium
- 20 und Leistungssport generell besser in Einklang gebracht werden kön-
- 21 nen;
- 22 • gesundheitsschädliche Leistungssteigerung und Betrug durch Doping
- 23 bekämpfen und insbesondere bei der Vergabe von Fördermitteln nega-
- 24 tiv berücksichtigen;
- 25 • dass die Landesregierung für Bau und Betrieb von Leistungszentren
- 26 vom Bund verstärkt eine adäquate Berücksichtigung einfordert;
- 27 • von geförderten Verbänden die Erhöhung des Frauenanteils in Füh-
- 28 rungsgremien analog der DOSB-Satzung einfordern;
- 29 • bei den Medien eine breitere Berichterstattung anmahnen, welche die
- 30 Vielfalt des Sportgeschehens im Land besser widerspiegelt.
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

*Unsere
Grundsätze*

1 Liberale Sozialpolitik

2 Jeder hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und jeder hat das Recht
3 auf so viel Freiheit wie möglich. Beides braucht auch eine materielle Grundlage.
4 Menschen brauchen Unterstützung bei der Erziehung und Betreuung ihrer Kin-
5 der, eine verlässliche Vorsorge für das Alter, wirksamen Schutz bei Krankheit,
6 Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit sowie effiziente und ausreichende Hilfe
7 in Notlagen. Jeder kann in eine Situation geraten, in der er ohne Unterstützung
8 nicht mehr weiterweiß. Wir wollen gezielt helfen, wo es nottut.

9 Soziale Sicherheit für alle kann nur gewährleistet werden, wenn jeder für sich
10 und seinen Nächsten mehr Verantwortung übernimmt. Deshalb folgt liberale
11 Sozialpolitik den Grundsätzen der Subsidiarität und der Hilfe zur Selbsthilfe:
12 Der Staat greift nur dort ein, wo individuelle oder gemeinschaftliche Selbsthilfe
13 nicht greifen. Bequemlichkeit unterstützen wir nicht. Eigenverantwortung und
14 Freiwilligkeit haben Vorrang vor staatlich organisierter Versorgung und Fürsor-
15 ge. Wer Solidarität lediglich dem Staat überlässt, macht unsere Gesellschaft
16 ärmer.

17 Liberale Sozialpolitik will die Menschen zu mehr Teilhabe befähigen: Wir wol-
18 len, dass alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine faire
19 Chance bekommen, selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden zu können.
20 Deshalb treten wir ein für Chancengerechtigkeit in den Startbedingungen und
21 wenden uns gegen Gleichmacherei im Ergebnis, die jedem alles verspricht.

22 Liberale Sozialpolitik ist Politik der Chancengerechtigkeit und Leistungsgerech-
23 tigkeit. Wir setzen auf die Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft sowie den
24 Leistungswillen unserer Bürger im Rahmen einer solidarischen Bürgergesell-
25 schaft. Wir lehnen es ab, dass soziale Versprechen der Gegenwart mit Schulden
26 für die Zukunft bezahlt werden.

27 Transparenz, Wettbewerb und Souveränität des Individuums sind die Eckpfeiler
28 für eine qualitätsorientierte und bürgerfreundliche und nicht entmündigende
29 Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik.

30 Die sozialen Sicherungssysteme und die aus allgemeinen Zuschüssen finanzier-
31 ten sozialen Dienstleistungen sind weiterzuentwickeln. Es gilt, unnötige und
32 teure Bürokratie abzubauen, Transparenz herzustellen und Vereinfachungen
33 durchzusetzen.

34 Wir wissen: Nur der einfache und überschaubare Sozialstaat ist ein gerechter
35 Sozialstaat. Zu komplexe Regelungen mit dem Ziel höchstmöglicher Einzelfall-
36 gerechtigkeit müssen in der Praxis scheitern, wie die Erfahrungen lehren.

37

38

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

1 Wir werden:

2 • Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe von Sozial-, Arbeitsmarkt-, Wirt-
3 schaft-, Gesundheits-, Bildungs- und Familienpolitik ausbauen.

4 • nach dem Prinzip „Vorsorge ist besser als Nachsorge“ der Bildungspoli-
5 tik weiter höchste landespolitische Priorität einräumen.

6 • Wir wollen eine Familienpolitik, die der notwendigen frühen Prägung
7 der Kinder Rechnung trägt, ihnen eine sie fördernde Entwicklung er-
8 möglicht und ihnen so alle Chancen in dieser Gesellschaft offenhält.

9 • eine Wirtschafts- und Finanzpolitik voranbringen, die qualitatives und
10 nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum fördert und auf den Erhalt und
11 die Zunahme von Arbeitsplätzen für alle angelegt ist.

12 • Wir wollen eine nachhaltige Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die die
13 Menschen auffängt, ihnen zugleich und sogleich aber neue Perspektiven
14 eröffnet, die eigenen Fähigkeiten zu erkennen und für die Überwindung
15 der eigenen Problemlage tatkräftig einsetzen zu können.

16 • eine Aufgabenkritik hinsichtlich der kaum mehr überschaubaren För-
17 der- und Unterstützungsleistungen durchführen, Leistungen sinnvoll
18 bündeln und damit für die Betroffenen durchschaubarer gestalten, un-
19 nötige Mehrfachförderungen abbauen und die finanziellen Mittel des
20 Sozialstaates auf sinnvolle Maßnahmen konzentrieren.

21 • einem effektiven und effizienten Fördercontrolling den Weg ebnen, das
22 die Anbieter sozialer Leistungen zu einer betriebswirtschaftlichen Kos-
23 tenrechnung und zu umfassender Transparenz verpflichtet.

24 • Auf die Zusammenfassung und Pauschalisierung von steuerfinanzierten
25 Sozialleistungen und ihrer Verwaltung in einer Behörde hinwirken und
26 so Schritt für Schritt die Umsetzung unseres liberalen Bürgergeldkon-
27 zepthes sicherstellen, das eigenes Erwerbseinkommen mit staatlichem
28 Transfer leistungsgerecht miteinander verknüpft.

29

Unsere Ziele
2011 - 2016

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

1 Eine Politik für Familien und Kinder

2 Die Familie ist der Ort, wo Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern
3 Verantwortung übernehmen.

4 Unabhängig von unterschiedlichen individuellen Lebensentwürfen wollen wir
5 im „Kinderland Baden-Württemberg“ ein gesellschaftliches Klima und Rah-
6 menbedingungen schaffen, die es jungen Menschen leicht machen sollen, „ja“ zu
7 eigenen Kindern zu sagen. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass die
8 Gründung einer Familie nicht zu Armutsrisiken führt. Wer in materieller Not
9 leben muss, kann nicht frei sein.

10 Wir werden:

- 11 • auf Bundesebene für einen weiteren familienfreundlichen Umbau des
12 Steuerrechts eintreten. Für jedes Kind soll ein angemessener Freibetrag
13 für das notwendige Existenzminimum in Höhe von jährlich 8.004 Euro
14 gelten. Dort, wo Freibeträge nicht greifen, soll ein Kindergeld von mo-
15 natlich 200 Euro dazu beitragen, dass die Gründung einer Familie nicht
16 zum Armutsrisiko wird.
- 17 • den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern.
- 18 • spätestens im Anschluss an die Phase des Bezugs von Elterngeld sicher-
19 stellen, dass berufliches Engagement und familiäre Pflichten vereinbar
20 sind.
- 21 • Wir wollen auch in Zukunft die Angebote der Tageseltern und der
22 Betreuungseinrichtungen ausbauen und die Qualifizierung der in diesen
23 Bereichen Tätigen und ihre Entwicklungsperspektiven sicherstellen und
24 verbessern.
- 25 • Wir werden rechtzeitig prüfen, wie sich der bisher bis zum Jahr 2013
26 vereinbarte Ausbauprozess von Kinderbetreuungseinrichtungen entwi-
27 ckelt, und gegebenenfalls nachsteuern.
- 28 • das Landeserziehungsgeld weiter umbauen, um diese Mittel in Betreu-
29 ungs- und Bildungsangebote zu investieren oder für andere, unmittelbar
30 den Kindern zugute kommende Leistungen einzusetzen.
- 31 • die Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung für Schülerinnen und
32 Schüler weiterentwickeln.
- 33 • das Programm STÄRKE evaluieren und offen über notwendige Weiter-
34 entwicklungen mit den Beteiligten diskutieren.

35 Wie keine andere Partei treten wir Liberale für den Schutz von Bürgerrechten
36 ein. Hierzu zählen wir insbesondere den Schutz derjenigen, die selbst nahezu
37 wehrlos sind. Deshalb ist uns der Schutz von Kindern ein Herzensanliegen.

*Unsere
Grundsätze*

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

1 Dem Recht auf Erziehung steht die Pflicht zur Erziehung gegenüber.

2 Wir werden:

3 • durch Aufklärung und vernetzte Hilfen bestmögliche Prävention sicher-
4 stellen. Dazu gehört auch der Schutz des ungeborenen Lebens vor
5 schädlichen Einflüssen durch Alkohol, Medikamente und Rauchen.

6 • Familien durch bessere Vernetzung zwischen den Hilfsangeboten früher
7 und zielgerichtet unterstützen.

8 • eine Kultur des Hinsehens und Eingreifens bei Gewalt gegen Kinder
9 fördern.

10 • Eltern, Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Erzieherinnen und Erzieher,
11 Lehrerinnen und Lehrer für die Anzeichen von Misshandlung (ein-
12 schließlich der Verwahrlosung als einer Form der Misshandlung) sensi-
13 bilisieren. Wir wollen Eingriffs- und Hilfestrukturen bekannt machen
14 und durchsetzen.

15 • das Konzept der Familienhebammen als wichtigen Ansatz früher Hilfen
16 stärken.

17 • das Kinderschutzgesetz Baden-Württemberg evaluieren und ggf. weiter-
18 entwickeln.

19

20

Unsere Ziele

2011 - 2016

1 Für Menschen mit Behinderungen

2 Menschen mit Behinderungen sind für uns Liberale selbstverständlicher Teil
3 der Gesellschaft. Sie sollen selbstbestimmt in unserer Mitte leben können. Das
4 Recht auf selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen
5 des Lebens darf niemandem aufgrund körperlicher, geistiger oder seelischer
6 Einschränkungen verwehrt bleiben. Der Gedanke der sozialen Inklusion ist
7 Leitbild unserer Politik."Hierzu setzen wir auf die nötigen Assistenzleistungen
8 und vielfältige Angebote zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile. Dis-
9 kriminierungen und Ausgrenzungen sind mit dem liberalen Menschen- und
10 Gesellschaftsbild unvereinbar.

11 Neben der Möglichkeit, behinderte und nichtbehinderte Kinder in Kindertag-
12 geseinrichtungen und in Schulen gemeinsam zu betreuen, zu fördern und zu
13 unterrichten, müssen die Bereiche des Arbeitslebens und des Wohnens ins Auge
14 gefasst und auf bessere Teilhabe ausgerichtet werden.

15 Wir bauen auf die Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen
16 sowie auf Patientenvereinigungen. Sie sind Experten in eigener Sache und ha-
17 ben oftmals den besten Zugang zu rat- und hilfesuchenden Menschen.

18 Wir werden:

- 19 • die Barrierefreiheit Baden-Württembergs mit Entschiedenheit weiter
20 voranbringen und diese auch in den Förderprogrammen des Landes wie
21 beispielsweise Städtebauförderung, Landeswohnraumförderungspro-
22 gramm und Tourismusförderung zu einem zentralen Handlungsfeld
23 weiterentwickeln.
- 24 • Regelungen in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen über-
25 winden, die die Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen Hilfeform-
26 en einschränken.
- 27 • in diesem Hilfesystem verstärkt auf Transparenz, Wettbewerb und
28 Kundensouveränität setzen.
- 29 • die Investitionsförderung des Landes in der Behindertenhilfe für statio-
30 näre Angebote darauf hin überprüfen, ob alternativ innovative Wohn-
31 und Assistenzkonzepte gefördert werden können.
- 32 • Integrationsprojekte und Werkstätten für behinderte Menschen weiter-
33 entwickeln.
- 34 • Regelschulen zunehmend zu inklusiven Schulen weiterentwickeln, die
35 eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung für alle Kinder ermöglichen.
36 Auf in erster Linie körperliche Beeinträchtigungen spezialisierte Son-

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

- 1 derschule sollen zunehmend in inklusive Schulen mit speziellen Förder-
2 schwerpunkten umgewandelt werden.
- 3 • den Eltern grundsätzlich die freie Wahl geben, ob ihr Kind an einer
4 Sonder- oder Regelschule unterrichtet werden soll. Kann das Kind ge-
5 gen den Elternwillen an einer anderen Schulform erheblich besser ge-
6 fördert werden, liegt die Beweispflicht dafür bei der zuständigen Behör-
7 de.
- 8 • zusätzliche Landesmittel nach dem "Rucksackprinzip" für Schulen mit
9 einem höheren Anteil an Schülern mit Behinderung zur Verfügung stel-
10 len, damit gemeinsamer Unterricht nicht zu Einsparungen an anderer
11 Stelle führen muss.
- 12 • uns nachdrücklich für eine zeitnahe und vollständige Untertitelung des
13 öffentlich-rechtlichen Fernsehangebots, insbesondere im SWR, einset-
14 zen
- 15 • neue personenzentrierte Assistenzleistungen für die Beschäftigung auf
16 dem allgemeinen Arbeitsmarkt über das Instrument der unterstützen
17 Beschäftigung hinaus entwickeln.
- 18 • die bisherige Landesförderung der Selbsthilfegruppen fortführen und
19 die gute Einbindung im Landes-Behindertenbeirat beibehalten.
- 20 • die Förderung von Selbsthilfeverbänden neben den Zuwendungen der
21 gesetzlichen Krankenversicherung und des Landes als eine gesamtge-
22 sellschaftliche Aufgabe auch unter Einbeziehung der Kommunen wei-
23 terentwickeln.
- 24

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

1 Bessere Bedingungen für die Pflege

2 Das Glück einer immer höheren Lebenserwartung der Menschen geht einher
3 mit der Tatsache, dass immer mehr Menschen im Alter auf Hilfe, Zuwendung
4 und Assistenz angewiesen sind. Hinzu kommt, dass sich die Strukturen der
5 Familien, das Rollenverständnis zwischen den Geschlechtern und das Erwerbs-
6 leben wandeln, zahlreiche Paare kinderlos geblieben sind und Kinder häufig
7 nicht mehr im unmittelbaren Wohnumfeld ihrer Eltern leben. All das stellt un-
8 sere Gesellschaft vor große Herausforderungen.

9 Eine Politik für eine bessere Pflege muss sich diesen veränderten Lebensrealitä-
10 ten stellen. Standardverfahren und Standardlösungen werden den unterschied-
11 lichen Bedürfnissen in unserer Gesellschaft nicht gerecht.

12 Pflege ist für Liberale nicht Ware und weit mehr als eine Dienstleistung. Pflege
13 ist für uns Beziehung zwischen Menschen. Deshalb stellen wir bei unserer Poli-
14 tik für eine zukunftssichere und menschenwürdige Pflege den Menschen in den
15 Mittelpunkt: denjenigen, der auf Pflege angewiesen ist, genauso wie denjenigen,
16 der pflegt.

17 Die professionelle Pflege ist heute schon ein Bereich mit vielen Arbeitsplätzen,
18 mit hohen Infrastruktur-Investitionen, mit vielen Dienstleistungs- und Produk-
19 tionsbereichen, z.B. für Pflegehilfsmittel und technische Ausstattungen.

20 Zugleich spiegelt sich in der Pflege aber auch der gesellschaftliche Reichtum an
21 familiärer Verantwortung, an sozialem und bürgerschaftlichem Engagement
22 und ehrenamtlicher Tätigkeit wider.

23 Die unersetzliche Arbeit der Pflegenden insgesamt sind Beiträge von Menschen,
24 die wir dringend brauchen und fördern und unterstützen müssen.

25 Pflege kann jeden treffen. Pflege ist persönliches Schicksal, das die Solidarität
26 aller braucht.

27

28 Deshalb werden wir:

- 29 • durch eine bessere Anerkennungskultur den in der Pflege Tätigen eine
30 angemessene Wertschätzung zukommen lassen.
- 31 • die Attraktivität der Berufe im Pflegebereich erhöhen und Entwick-
32 lungsperspektiven weiter verbessern sowie Maßnahmen ergreifen, um
33 den Bedarf an Pflegefach- und Pflegehilfskräften zu decken.
- 34 • bei der jungen Generation ein waches Bewusstsein für die Herausforde-
35 rungen des Alters wecken und die Bereitschaft zur Eigenvorsorge über
36 die Pflegeversicherung hinaus fördern.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

- 1 • auf vielfältige Angebote im Wettbewerb hinwirken, damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ein hohes Maß an Kundensouveränität realisieren können.
- 2
- 3
- 4 • wettbewerbsverzerrende Finanzierungsunterschiede zwischen stationären und ambulanten Wohnformen beseitigen sowie die Durchlässigkeit und Wahlmöglichkeiten zwischen den Hilfeformen erhöhen.
- 5
- 6
- 7 • die in der häuslichen und familiären Pflege Tätigen besser unterstützen und die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Erwerbstätigkeit fördern.
- 8
- 9
- 10 • Verbesserungen im Umfeld und Vorfeld der Pflege ermöglichen, z.B. indem wir legale Beschäftigungsmöglichkeiten für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen.
- 11
- 12
- 13 • die Betreuung von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern mit innovativen Ansätzen verbessern.
- 14
- 15 • die Pflegeversicherung weiterentwickeln und unter Einschluss demenzieller Erkrankungen die Pflegestufen neu definieren.
- 16
- 17 • die vorhandenen Angebote und Leistungen für Demenzkranke ausbauen und verbessern, um die von Demenz Betroffenen und ihre Angehörigen zu unterstützen.
- 18
- 19
- 20 • den Versicherungsbeitrag vom Arbeitsentgelt aus abhängiger Beschäftigung entkoppeln und einen soliden Kapitalstock aufbauen, um den Erfordernissen des demografischen Wandels gerecht werden zu können.
- 21
- 22
- 23 • eine Zwischenbilanz zur praktischen Erfahrung mit dem neu gefassten Landespflegegesetz ziehen.
- 24

25
26

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

1 Das Gesundheitswesen reformieren

2 Im Bereich der Gesundheitswirtschaft sehen wir in den freien Berufen im Ver-
3 bund mit stationären Angeboten die Garanten dafür, dass wir in Baden-
4 Württemberg im nationalen wie auch im internationalen Vergleich Spitzenplät-
5 ze einnehmen.

6 Welchen Stellenwert die Gesundheit besitzt, wird individuell meist am deut-
7 lichsten bemerkbar, wenn sie verloren geht. Umso wichtiger ist es spätestens
8 dann, dass alle notwendigen und medizinisch angezeigten Leistungen erbracht
9 werden können.

10 Wir setzen jedoch schon früher an: Anreize für einen gesunden Lebensstil müs-
11 sen verstärkt gesetzt werden. Ebenso sind Transparenz, Wettbewerb und Pati-
12 entensouveränität unerlässliche Voraussetzungen für die dauerhafte Sicherung
13 des angemessenen Krankenversicherungsschutzes für alle. Uns Liberalen ist es
14 wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sich als „mündiger Patient“ selbstbe-
15 stimmt im Gesundheitswesen zurechtfinden können.

16 Wir werden

- 17 • Ärztinnen und Ärzte, die freien Berufe, die frei-gemeinnützigen und die
18 privaten Anbieter als Garanten für ein hoch leistungsfähiges, qualitäts-
19 orientiertes und somit patientenfreundliches Gesundheitswesen der
20 Leistungserbringung stärken.
- 21 • die Attraktivität des Arztberufs steigern und die Zugangsvoraussetzun-
22 gen zum Medizinstudium modernisieren, um den Herausforderungen
23 der Zukunft gerecht zu werden.
- 24 • das Medizinstudium so gestalten, dass der Allgemeinmedizin mehr
25 Aufmerksamkeit geschenkt wird und die Absolventen zur Niederlassung
26 als Arzt ermutigt werden.
- 27 • Ärztinnen und Ärzte dazu ermutigen, in eigener Verantwortung vernetz-
28 te Angebote zu entwickeln.
- 29 • die Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg bedarfsgerecht wei-
30 terentwickeln, um den Erfordernissen des demografischen Wandels ge-
31 recht zu werden.
- 32 • die Beteiligung Privater an den Universitätskliniken erleichtern. Hierbei
33 muss sichergestellt sein, dass echter Wettbewerb herrscht und sich kei-
34 ne Oligopol- oder gar Monopolstrukturen bilden.
- 35 • mittelfristig für eine geordnete Überführung in eine monistische Kran-
36 kenhausfinanzierung eintreten.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

- 1 • die Beiträge für Kinder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus allge-
2 meinen Steuermitteln finanzieren.
- 3 • einen Kapitalstock zur Bewältigung der Herausforderungen des demo-
4 grafischen Wandels aufbauen (Altersrückstellungen).
- 5 • das Sachleistungsprinzip in ein System der Kostenerstattung mit
6 Wahlmöglichkeiten überführen.
- 7 • die Gebührenordnungen sowie die Bewertungsmaßstäbe an aktuelle
8 sachliche Erfordernisse, wissenschaftliche und betriebswirtschaftliche
9 Erkenntnisse anpassen und regelmäßig aktualisieren.
- 10 • die Verordnung von Arzneimitteln so gestalten, dass Ärztinnen und Ärz-
11 te nicht durch eine kostenintensive Patientinnen- und Patientenstruktur
12 in Regressituationen kommen.
- 13 • bei der Honorarverteilung den Zentralismus überwinden und die Be-
14 rücksichtigung regionaler Erfordernisse ermöglichen sowie sicherstel-
15 len, dass Baden-Württemberg im föderalen Ausgleich nicht überpropor-
16 tional belastet wird. Die Empfängerländer dürfen sich nicht besserstel-
17 len als das Geberland Baden-Württemberg.
- 18 • die Selbstverwaltungskörperschaften und -gremien modernisieren, um
19 ein Mehr an Transparenz und Serviceorientierung zu erreichen.
- 20 • die geriatrische Rehabilitation und das Wissen um sie stärken.
- 21 • die Bürgerinnen und Bürger durch vielfältige Informationen über medi-
22 zinische Sachverhalte, Rehabilitation und Behandlungsmöglichkeiten in
23 die Lage versetzen, als „mündiger Patient“ ihre Interessen mit Nach-
24 druck erfolgreich vertreten zu können.
- 25 • bei den Menschen im Land für ein gesundheitsbewusstes Verhalten
26 werben.
- 27 • prüfen, ob es weiterhin notwendig ist, dass sieben unterschiedliche Re-
28 ha-Träger letztlich die gleichen Leistungen für die Bürgerinnen und
29 Bürger erbringen, oder ob nicht die Zusammenfassung zu einem ein-
30 heitlichen Rehabilitations- und Teilhabeträger zielführender, effizienter
31 und bürgerfreundlicher wäre. Die Pflegeversicherung ist in diesen Pro-
32 zess einzubeziehen.
- 33 • Hospize und spezialisierte ambulante Palliativversorgung weiterentwi-
34 ckeln und ihre Finanzierung sicherstellen.

1 Bessere ärztliche Versorgung im ländlichen

2 Raum

3 Auch in Baden-Württemberg müssen wir eine gute ärztliche Versorgung im
4 ländlichen Raum sicherstellen.

5 Die Entscheidung eines Arztes, sich als Freiberufler insbesondere im ländlichen
6 Raum niederzulassen, muss attraktiver werden.

7 Wir werden deshalb:

8 • für eine leistungsgerechte Vergütung der niedergelassenen Ärzte sorgen.

9 • Bürokratie reduzieren und fehlgerichtete Arzneimittelbudgets korrigie-
10 ren.

11 • mit den Städten und Gemeinden neue Wege für niederlassungswillige
12 Ärztinnen und Ärzte beschreiten. Wir werden die Bildung von Verbün-
13 den und vernetzten Strukturen fördern. Dabei kann die Unterstützung
14 einer integrativen ganzheitlichen medizinischen Versorgung (z.B. durch
15 Gesundheitsnetzwerke), in denen alle Leistungserbringer gleichberech-
16 tigt zusammenarbeiten, ein wichtiger Baustein sein.

17 • die Kriterien der Bedarfsplanung für die Versorgung mit Allgemein- und
18 Facharztpraxen sachgerecht weiterentwickeln und dabei regionalen Be-
19 sonderheiten verstärkt Rechnung tragen.

20 • innovative Ansätze wie Telemedizin unter Wahrung der Datensicherheit
21 und des Datenschutzes weiterentwickeln.

22 • durch Verzahnung des ambulanten mit dem stationären Bereich effi-
23 zientere Angebote schaffen.

24 • Wettbewerbsverzerrungen zwischen stationär und ambulant arbeiten-
25 den Ärztinnen und Ärzten verhindern.

26

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Demografischer Wandel als Chance

2 Die Herausforderungen des demografischen Wandels wurden in der
3 13. Legislaturperiode in der Enquête-Kommission „Demografischer Wandel –
4 Herausforderungen an die Landespolitik“ umfassend aufbereitet. Im Juli 2008
5 stand das Monitoring zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen an.

6 Wir wissen, dass der demografische Wandel eine der größten Herausforderung
7 ist, die eine moderne arbeitsteilige Industriegesellschaft zu meistern hat. Wir
8 sind uns sicher, dass dies mit dem nötigen Gestaltungswillen gelingen kann.

9 Das Bild vom Alter(n) hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt.
10 Wurde früher häufig auf Einschränkungen und Defizite wie beispielsweise
11 Krankheit und Pflegebedürftigkeit geblickt, geht es heute darum, die positiven
12 Seiten und vielfältigen Möglichkeiten ins Blickfeld zu rücken.

13 Unser liberaler Ansatz ist es, Menschen mit einem reichen Erfahrungsschatz auf
14 allen Ebenen nachhaltig einzubeziehen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten der
15 Gesellschaft zugänglich zu machen und so einen Mehrwert für alle zu schaffen.
16 In aller Regel sind ältere Menschen bereit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen an
17 die junge Generation weiter zu geben. Diesen Erfahrungstransfer gilt es zu för-
18 dern.

19 Wir werden:

- 20 • die große Kompetenz und Erfahrung älterer Menschen besser für die
21 Allgemeinheit nutzbar machen.
- 22 • die Beschäftigungslage älterer Bürgerinnen und Bürger verbessern. Wir
23 wollen es nicht hinnehmen, dass diese „aussortiert“ werden-
- 24 • in der Bürgergesellschaft die Freiwilligendienste aller Generationen
25 stärken.
- 26 • die drohende Gefahr der Altersarmut eindämmen. Dazu bedarf es fle-
27 xibler privater Vorsorgeformen und einer Entlastung von Arbeitnehme-
28 rinnen und Arbeitnehmern, um diese in die Lage zu versetzen, Vorsorge
29 betreiben zu können.
- 30 • die sozialen Sicherungssysteme endlich „demografiefest“ gestalten.
- 31 • für Familien pflegefreundliche Rahmenbedingungen setzen.
- 32 • eine Generationenbilanz erstellen.
- 33 • ältere Menschen in ihrer Bereitschaft unterstützen, sich ehrenamtlich
34 einzubringen.
- 35 • in generationenübergreifenden Netzwerken Mehrwerte für alle Genera-
36 tionen schaffen.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Solidarität und Verantwortung

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik

- 1 • lebenslanges Lernen durch bedarfsgerechte Angebote und weitere Un-
2 terstützungsleistungen erleichtern.
- 3 • Selbsthilfe und Freiwilligendienste stärken.
- 4 • in einer Beteiligungskultur die Arbeit der Seniorenräte stärken.
- 5 • innovative Wohnformen weiterentwickeln und die Landesprogramme
6 hierauf abstimmen und dabei die Idee der Mehrgenerationenhäuser vo-
7 ranbringen.
- 8 • mittel- bis langfristig ein barrierefreies Baden-Württemberg schaffen.
9 Dies ermöglicht sowohl bewegungseingeschränkten älteren Menschen,
10 als auch Familien mit Kleinkindern sowie Menschen mit Behinderungen
11 die uneingeschränkte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.
- 12 • geriatrische und gerontologische Rehabilitation und Forschung voran-
13 bringen, das Wissen um sie in den entsprechenden Ausbildungen stär-
14 ken.

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Für einen freiheitlichen Rechtsstaat

2 Die Herausforderungen für den liberalen Rechtsstaat und die Innere Sicherheit
3 stellen die Politik vor neue Aufgaben. Freiheit und Eigentum der Bürger zu
4 schützen ist wesentlicher Inhalt liberaler Politik. Die Freiheit des Einzelnen
5 wird sowohl durch kriminelles Handeln als auch durch überbordende staatliche
6 Regelungen beeinträchtigt. Die Politik ist aufgefordert, klare Vorgaben zu ma-
7 chen, wie Freiheit und Sicherheit in eine Balance gebracht werden können.

8
9 Liberale Rechts- und Innenpolitik nimmt die neuen Entwicklungen z.B. in der
10 Terrorismusbedrohung ernst und beteiligt sich nicht daran, neue Bedrohungen
11 durch den internationalen Terrorismus zu bagatellisieren. Gerade wenn es dar-
12 um geht, den Anliegen nach Schutz unseres freiheitlichen Rechtsstaates, nach
13 Schutz der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen, hat sich die FDP/DVP
14 nie vernünftigen Diskussionen verschlossen, sondern wirkt konstruktiv an Ver-
15 besserungen mit. Die Erfolge in Baden-Württemberg zeigen, dass die FDP/DVP
16 die Anforderungen an die Sicherheit der Bevölkerung kennt, ernst nimmt und
17 wirksame Verbesserungen für die Sicherheit der Menschen erreicht – ohne die
18 Bürgerrechte aus dem Auge zu verlieren oder unverhältnismäßig einzuschrän-
19 ken. Auch war es die FDP/DVP, die sich stark gemacht hat, dass die Ausstattung
20 der Sicherheitsbehörden und der Beamtinnen und Beamten verbessert wurde.
21 Dass z.B. eine wirksame Beobachtung des Islamismus und ein effektives Ein-
22 schreiten gegen Terrorverdächtige in Baden-Württemberg möglich ist, geht auf
23 liberale Politik zurück.

24

25 Eine Politik aber, die verunsichert, die Angst schafft, lehnen wir Liberale ab. Es
26 muss sorgfältig geprüft werden, ob neue Verbote wirklich erforderlich sind oder
27 ob die gewünschten Ergebnisse ebenso gut erreichbar sind, wenn bestehende
28 Regelungen konsequent durchgesetzt werden. Der Ruf nach neuen Gesetzen ist
29 einfach; es gilt, vor allem den Vollzug der Gesetze, die Anwendung dessen bes-
30 ser zu gestalten. Wer spektakuläre Verbrechen oder Schadensereignisse dazu
31 nützt, neue Vorschriften und Verbote zu schaffen, die scheinbar das Sicher-
32 heitsbedürfnis der Bürger stillen, hat meist kein Interesse an der notwendig
33 abwägenden Diskussion um die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicher-
34 heit und der Suche nach dem richtigen Weg. Gerade, wenn es darum geht, die
35 Bürger und Ihre Rechte wirklich zu schützen, ist Aktionismus fehl am Platz.

36 So brauchen wir effektive Gefahrenabwehrregelungen und die Durchsetzung
37 des bestehenden Rechts, aber beispielsweise keinen gläsernen Bürger, keine
38 flächendeckende Überwachung und Bevormundung.

*Unsere
Grundsätze*

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Wichtig ist uns, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben beschränkt und die-
2 se gut erledigt. Auch hier gilt es die Zusammenarbeit mit den Kommunen und
3 Privaten zu unterstützen. Selbstverständlich müssen aber rein hoheitliche Tä-
4 tigkeiten in staatlicher Hand bleiben. Gerade in der Inneren Sicherheit wollen
5 wir einen rechtsstaatlich starken Staat.

6

7 Wir werden:

- 8 • unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe wie präventive Telefonüber-
9 wachung, überlange Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikati-
10 onsdaten ohne konkreten Tatverdacht, die automatische Kennzeichen-
11 erfassung von Fahrzeugen und den elektronischen Entgeltnachweis
12 (ELENA) verhindern bzw. abschaffen.
- 13 • die Kontenstammdatenabfrage abschaffen, nachdem durch die Einfüh-
14 rung der Zinsabschlagsteuer der Grund der Erfassung entfallen ist.
- 15 • die Entnahme von DNA beim Menschen sowie die Speicherung, Verar-
16 beitung oder Weitergabe der DNA-Muster auch weiterhin nur zulassen,
17 wenn sie der Verfolgung von Straftaten erheblicher Bedeutung dient.
18 Keinesfalls darf die DNA-Analyse zur Standardmaßnahme bei der
19 Verbrechensbekämpfung werden, da im Erbgut hochsensible Informati-
20 onen (zum Beispiel über Krankheiten) verborgen liegen.
- 21 • präzise rechtliche Rahmenbedingungen für die Videoüberwachung
22 durch Private wie etwa in Kaufhäusern oder Tankstellen schaffen.
- 23 • eine gesetzliche Regelung für den Adresshandel schaffen, um den Da-
24 tenschutz auch gegenüber Privaten zu stärken.
- 25 • keine Rechtsgrundlage im Polizeigesetz für ein generelles Alkoholver-
26 bot auf öffentlichen Plätzen schaffen.
- 27 • Tanzverbote an Sonn- und Feiertagen abschaffen
- 28 • ein Informationsfreiheitsgesetz auf Landesebene verabschieden.
- 29 • nach der Zusammenführung der Aufsicht über den privaten und den öf-
30 fentlichen Datenschutz beim Landtag auch für eine deutliche personelle
31 Stärkung der neuen Datenschutzstelle sorgen.
- 32 • ein Grundrecht auf Datenschutz in der Verfassung verankern.
- 33 • die Rechte gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften stärken.
- 34 • die Pressefreiheit und das Redaktionsgeheimnis verteidigen, indem wir
35 präzisere Vorschriften über die Zulässigkeit von Durchsuchungen und
36 die Nutzung von Zufallsfunden in Redaktionsräumen und bei Redakteu-
37 ren schaffen.

Unsere Ziele
2011 - 2016

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

- 1 • eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes verhindern. Insbesondere
2 lehnen wir eine unverhältnismäßige Anmeldefrist von 72 Stunden vor
3 Bekanntgabe der Versammlung und eine laxe Ermächtigung zur Video-
4 überwachung ab.
- 5 • Ermittlungs- oder Verfolgungsinstrumente evaluieren, um zu überprü-
6 fen, ob diese zur konkreten Verurteilung des Beschuldigten wegen des
7 erhobenen Tatvorwurfs geführt haben. Nur so können der Erfolg und
8 die Zweckmäßigkeit der Instrumente wirklich kontrolliert werden. die
9 rechtlichen Grundlagen für einen weiten Anwendungsbereich von Vi-
10 deokonferenzen in Gerichten verbessern.
- 11 • mit geeigneten rechtlichen Schritten die kommerzielle Suizid-Beihilfe
12 verhindern.
- 13 • durch klare Regelungen die Bekämpfung unerlaubter Graffiti erleich-
14 tern.
- 15 • das Recht der Verbraucherentschuldung reformieren. Das Verfahren ist
16 insbesondere in Fällen, in denen der Schuldner die Kosten eines Insol-
17venz- und Restschuldbefreiungsverfahrens nicht aufbringen kann, effi-
18 zienter zu gestalten.
- 19 • die anonyme Geburt zulassen und auf eine sichere gesetzliche Grundla-
20 ge stellen, um dadurch Frauen in psychischen Ausnahmesituationen ei-
21 ne auch aus ihrer Sicht niederschwellige und rechtssichere Alternative
22 zu Abtreibung, medizinisch unbetreuter Geburt im Verborgenen, Kin-
23 desaussetzung oder der Tötung des neugeborenen Kindes zu eröffnen.
24 Dass die Schwangeren bei ihrer Entscheidung für eine anonyme Geburt
25 nicht allein gelassen werden und dass das Recht der Kinder auf Kennt-
26 nis ihrer Abstammung so weit wie möglich gewahrt bleibt, soll dabei
27 insbesondere durch Beratungsangebote sichergestellt werden.

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Für eine leistungsfähige Justiz

2 Die hervorragende Qualität der Justiz in Baden-Württemberg gewährleistet ein
3 friedliches Zusammenleben der Gesellschaft. Ihre Leistungsfähigkeit ist ein
4 wichtiger Standortfaktor für Bürger, Wirtschaft und Industrie.

5 Unsere Gerichte zeichnen sich durch Effektivität und Qualität der Rechtspre-
6 chung und im Ländervergleich konstant kurze Verfahrensdauern aus. Auch der
7 Justizvollzug arbeitet durch die stete Weiterentwicklung moderner Sanktions-
8 methoden und eine wirksame Rückfallprävention hervorragend.

9 Dieses Erfolgsmodell wird auch in Zukunft weitergeführt werden können, wenn
10 wir die personell straff besetzte Justiz dadurch entlasten, dass wir weiterhin
11 solche Aufgaben auf Private übertragen, die nicht zwingend vom Staat erledigt
12 werden müssen. Diese bisher schon erfolgreich praktizierte Übertragung von
13 Aufgaben auf Private als beliebene Unternehmer soll weiter fortgeführt und
14 erleichtert werden. Dies gibt der Justiz die Möglichkeit, sich ganz auf ihre Kern-
15 aufgaben Streitentscheidung, Strafverfolgung und Strafvollzug zu konzentrie-
16 ren.

17 Privatautonomie und Vertragsfreiheit sind grundlegende Elemente unserer
18 Rechts- und Wirtschaftsordnung, die gewährleistet bleiben müssen. Dazu leistet
19 die Justiz im Land einen wichtigen Beitrag, indem sie den Bürgern garantiert,
20 ihre vertraglich vereinbarten Rechte im Konfliktfall schnell und effektiv durch-
21 zusetzen.

22 Wir werden:

23 • den Modernisierungsprozess in der Justiz weiter vorantreiben. Nach
24 dem elektronischen Grundbuch und dem elektronischen Handels-, Ge-
25 nossenschafts- und Partnerschaftsregister soll der elektronische Rechts-
26 verkehr weiter ausgeweitet werden. Dadurch wird es möglich, Klagen
27 und andere Schriftsätze in elektronischer Form bei Gericht einzurei-
28 chen. Ebenso sollen die Arbeiten an der elektronischen Akte, dem elekt-
29 ronischen Vereinsregister und einem elektronischen Testamentsregister
30 weitergeführt werden.

31 • die Notariats- und Grundbuchamtsreform bis 2018 umsetzen, um den
32 Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg ein modernes, bürger-
33 nahes und leistungsfähiges Notariats- und Grundbuchwesen zu bieten.

34 • eine Reform des Gerichtsvollzieherwesens durch Einstieg in ein
35 leistungs- und wettbewerbsorientiertes Gerichtsvollzieherwesen und die
36 Weiterentwicklung hin zum Beleihungssystem auf den Weg bringen.

37 • die gegenwärtige Personalstärke der baden-württembergischen Justiz
38 erhalten. Ohne Strukturveränderungen wird kein weiterer Stellenabbau

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

- 1 möglich sein. Bei solchen Strukturveränderungen muss die große Bür-
2 gernähe und Effizienz der baden-württembergischen Justiz erhalten
3 bleiben. Dazu zählt insbesondere die Arbeit der Amtsgerichte, die einen
4 wertvollen Beitrag zur Streitbeilegung und Sicherheit vor Ort leisten;
- 5 • die Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit unter einem gemeinsamen
6 Dach zusammenführen, um so einen flexibleren Personaleinsatz, der
7 sich am Arbeitsanfall orientiert, zu ermöglichen.
 - 8 • den Hauptstrafenkatalog des Erwachsenenstrafrechts um geeignete
9 Maßnahmen aus dem Jugendstrafrecht erweitern, statt für Heranwach-
10 sende nur eine Bestrafung nach Erwachsenenstrafrecht zuzulassen. Um
11 Jugendkriminalität wirksamer entgegenzutreten, fordern wir in Ju-
12 gendstrafsachen beschleunigte Verfahren z.B. durch verstärkte Einrich-
13 tung von Häusern des Jugendstrafrechts, in denen Polizei, Staatsanwalt,
14 Jugendgerichtshilfe und freie Träger vernetzt arbeiten. Außerdem for-
15 dern wir die Einführung eines sinnvoll ausgestatteten und zeitnah voll-
16 zogenen Warnschussarrests.
 - 17 • die Landesstiftung „Opferschutz“ mit einem eigenen Kapitalstock verse-
18 hen, damit sie auch in den nächsten Jahren ihre erfolgreiche und bun-
19 desweit einzigartige Arbeit fortsetzen kann.
 - 20 • die Möglichkeiten der außergerichtlichen Streitbeilegung ausweiten,
21 damit die Bürger Streitigkeiten zunächst unter sich und ohne Einschal-
22 tung des Staates lösen können.
 - 23 • den Ausbau eines dritten Standorts im Rahmen des Projekts „Chance“.
24 Neben den beiden bestehenden Standorten in Creglingen und Leonberg
25 für Jugendliche soll für die Altersgruppe der jungen Erwachsenen ab 18
26 Jahren ebenfalls ein Standort eingerichtet werden. Dies würde das diffe-
27 renzierte Erziehungs- und Behandlungsprogramm für junge Gefangene
28 in Baden-Württemberg abrunden.
 - 29 • Die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Betreuer von 20 Euro
30 auf 30 Euro pro Stunde erhöhen. Menschen, die eine derart wichtige ge-
31 sellschaftliche Aufgabe erfüllen, haben eine angemessene Entschädi-
32 gung verdient.
 - 33 • Tlearbeitsplätze in der Justiz ausbauen, um familienfreundliche Ar-
34 beitsplätze zu gewährleisten.
 - 35 • angemessene Gebühren für das sozialgerichtliche Verfahren einführen.
 - 36 • die flächendeckend Handystörsender in den Justizvollzugsanstalten in-
37 stallieren, um unerlaubte Absprachen, Schmuggel und Verdunklungs-

Recht und Freiheit

Liberaler Rechts- und Innenpolitik

- 1 handlungen zu vermeiden und das Fluchtrisiko durch Eindämmung von
2 Fluchtabreden zu senken.
- 3 • die Prozesskosten- und Beratungshilfe reformieren. Sie soll den wirklich
4 Bedürftigen vorbehalten bleiben. Mit strukturellen Neuausrichtungen
5 und einer teilweisen Aufgabenübertragung auf Rechtspfleger wollen wir
6 eine effizientere und gerechtere Bewilligungspraxis zugunsten der Be-
7 troffenen erreichen;
- 8 • neben der JVA Offenburg eine zweite moderne Anstalt mittlerer Größe
9 bauen, die alten Anstalten aus dem vorletzten Jahrhundert schließen
10 und neue Haftplätze in bestehenden Anstalten (Abriss Hochhaus
11 Stammheim, Verlagerung des JVKH vom Hohenasperg nach Stamm-
12 heim) schaffen.
- 13 • künftig verstärkt Public-Private-Partnership-Modelle einsetzen, bei-
14 spielsweise bei Errichtung und Betrieb neuer Justizvollzugsanstalten.
15 Bei bereits bestehenden Justizvollzugsanstalten sind Privatisierungs-
16 möglichkeiten beispielsweise im Gebäude- und Versorgungsmanage-
17 ment zu prüfen und nach dem Vorbild der JVA Offenburg umzusetzen.

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Für die Sicherheit der Menschen

2 Baden-Württemberg steht die der inneren Sicherheit seit Jahren im Länderver-
3 gleich gut da. Die Zahl der im Lande begangenen Straftaten ist niedrig und wir
4 haben eine sehr hohe Aufklärungsquote. Gründe dafür sind auch das gute Zu-
5 sammenspiel von Polizei und Strafverfolgungsbehörden, intensive kriminalprä-
6 ventive Arbeit und schnelles, effektives Handeln der Polizei vor Ort. Das Ver-
7 trauen der Bürger in die Arbeit der Justiz und der Polizei ist in unserem Bun-
8 desland sehr hoch.

9 Durch das nach 2001 geschaffene Anti-Terror-Programm, durch die erweiterten
10 Befugnisse des Verfassungsschutzes insbesondere bei der Terrorismusbekämp-
11 fung und die Verknüpfung mit den Kontrollrechten der parlamentarischen
12 Gremien gestaltet sich die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden deutlich
13 einfacher. Nach wie vor lehnen wir aber eine Übertragung von Polizeiaufgaben
14 auf Nachrichtendienste ebenso wie einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren
15 ab. Wir wollen auch nicht, dass das Bundeskriminalamt im Bereich der Gefah-
16 renabwehr zuständig wird. Polizeiaufgaben sollen in Baden-Württemberg allein
17 von den dafür hervorragend ausgebildeten Beamtinnen und Beamten der Lan-
18 despolizei wahrgenommen werden.

19 Neben der Polizei kommt auch den Feuerwehren und den Hilfsorganisationen
20 des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes eine Schlüsselrolle für die
21 Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu. Wir haben Respekt vor dem Beitrag,
22 den Tausende von Ehrenamtlichen in den Hilfsorganisationen Tag für Tag für
23 die Sicherheit und das Wohlbefinden aller Bürger leisten.

24 Der Staat hat eine Schutzpflicht für die Rechtsgüter der Bürger, ihre Freiheit,
25 ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Eigentum. Gleiches gilt auch für die
26 Sicherung des wirtschaftlichen Wettbewerbs durch Schutz vor Korruption.
27 Schärferen Gesetzen zu diesem Zweck steht die FDP dann offen gegenüber,
28 wenn sie sowohl sinnvoll und geeignet als auch verhältnismäßig sind.

29 Wir werden:

- 30 • die Leistungsfähigkeit und Ausstattung der Polizei, der anderen Sicher-
31 heitsbehörden, der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen auf einem
32 hohen Niveau halten. Dazu dient eine bessere Vernetzung der verschie-
33 denen Organisationen und die zeitnahe, koordinierte Einführung des
34 Digitalfunks. In diesem Zusammenhang werden wir die flächendecken-
35 de Einführung eines öffentlichen Warn- und Alarmierungssystems prü-
36 fen und die Defizite in personeller und technischer Ausstattung – insbe-
37 sondere z.B. im Bereich gut ausgebildeter und gut ausgestatteter IT-
38 Fachkräfte beseitigen.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

- 1 • die Polizei noch stärker von Aufgaben entlasten, für die keine polizeili-
2 che Ausbildung erforderlich ist. Dadurch ermöglichen wir mehr polizeili-
3 che Präsenz vor Ort.
- 4 • keinen weiteren Personalabbau bei der Landespolizei zulassen.
- 5 • den freiwilligen Polizeidienst in seiner bisherigen Form abschaffen, die
6 vorhandenen Kräfte in die Projekte kommunaler Kriminalprävention
7 integrieren und keine neuen Polizeifreiwilligen anwerben.
- 8 • das Ehrenamt bei Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdien-
9 sten weiter stärken.
- 10 • angesichts weiter steigender Einsatzzahlen eine angemessene Förde-
11 rung der kommunalen Feuerwehren durch das Land. Das Aufkommen
12 aus der Feuerschutzsteuer muss auch zukünftig ungeschmälert für die
13 Förderung der Feuerwehren zur Verfügung stehen.
- 14 • die Forschung im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes (z. B. in
15 der Katastrophenmedizin) vorantreiben.
- 16 • die Zuständigkeiten für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste im In-
17 nenministerium zusammenführen und ein einheitliches Bevölkerungss-
18 chutzgesetz schaffen.
- 19 • für den möglichst flächendeckenden Einsatz von Rauchmeldern in be-
20 wohnten Gebäuden werben.
- 21 • die Aktivitäten der Landesregierung zur Vorbeugung von Straftaten in-
22 tensivieren. Dies bedeutet einen Ausbau der kommunalen Kriminalprä-
23 vention, aber auch eine gezielte Koordination der verschiedenen Aktivi-
24 täten zur Verbesserung der IT-Sicherheit und der Verhinderung von
25 Wirtschaftsstraftaten und terroristischer Anschläge.
- 26 • einen Lehrstuhl für Kriminalitäts- und Gewaltprävention in Baden-
27 Württemberg schaffen.
- 28 • eine kommunale Sicherheitspartnerschaft, in der sich Land und Kom-
29 munen insbesondere im Bereich der Kriminalprävention stärker vernet-
30 zen. Die finanziellen Mittel für diese Aufgabe sollen verdoppelt werden.
- 31 • keine weiteren Verschärfungen im Waffenrecht anstreben. Wir sprechen
32 uns gegen jede Form der Waffensteuer aus und fordern, dass Kontrollen
33 bei Waffenbesitzern, die nicht zu Beanstandungen führen, gebührenfrei
34 durchgeführt werden.
- 35 • einem eigenen Einsatzrecht der Bundeswehr im Inneren auch künftig
36 nicht zustimmen.

Recht und Freiheit

Liberaler Rechts- und Innenpolitik

- 1 • verhindern, dass das rechtsstaatliche Trennungsgebot von regulären
- 2 Ermittlungsbehörden und Nachrichtendiensten aufgeweicht wird, etwa
- 3 durch die Einführung einer allgemeinen Anti-Terror-Datei.
- 4 • keine Vermischung der Aufgaben von Verfassungsschutz und Polizei zu-
- 5 lassen. Ebenso lehnt die FDP jegliche Bestrebungen zur weiteren Zent-
- 6 ralisierung polizeilicher oder nachrichtendienstlicher Aufgaben ab.
- 7 • beim Landesamt für Verfassungsschutz die zur gezielten Bekämpfung
- 8 des islamistischen Extremismus und Terrorismus notwendige Analyse-
- 9 kompetenz und operative Kompetenz weiter stärken. Im Bereich des
- 10 Rechts- und Linksextremismus sollen die präventiven Angebote des
- 11 Landesamtes für Verfassungsschutz weiter ausgebaut werden.

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Integration gemeinsam schaffen

2 Als weltoffenes Land mit einer großen Zuwanderungs- und Integrationstradition ist Baden-Württemberg für unzählige Menschen unterschiedlicher Herkunft
3 und Kultur zur Heimat geworden. So ist Baden-Württemberg unter den deut-
4 schen Flächenländern das Land mit dem größten Anteil an Menschen mit
5 Migrationshintergrund (25 %).
6

7 Viele Errungenschaften unseres Landes wurden dank erfolgreicher Integration
8 und unserer Weltoffenheit möglich. Migrantinnen und Migranten haben einen
9 wesentlichen Teil dazu beigetragen, dass sich Baden-Württemberg in den letz-
10 ten Jahrzehnten wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich weiterentwickelt
11 hat. Wir wollen diese Tradition lebendig halten und fortentwickeln. Intoleranz,
12 Rechtsextremismus, Islamismus, Ausländerfeindlichkeit und Parallel- oder
13 Teilgesellschaften treten wir konsequent entgegen.

14 Nachhaltige Integrationspolitik ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, baut inter-
15 kulturelle Kompetenzen auf, die im globalisierten Wettbewerb vorteilhaft sind
16 und stärkt damit neben dem unerlässlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt
17 auch den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg.

18 Wir wollen für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozia-
19 len Hintergrund, gleiche Chancen für ihre Partizipation am gesellschaftlichen,
20 wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben schaffen. Integration bedeu-
21 tet aus liberaler Sicht keine völlige Anpassung. Totale Gleichmacherei ist nicht
22 das Ziel einer auf Individualismus und Eigenverantwortung ausgerichteten plu-
23 ralistischen Gesellschaft.

24 Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen die Möglichkeit besitzen, ihre
25 Chancen und ihr Potential nutzen zu können. Das geht nur, wenn man Teil der
26 Gesellschaft ist und sein will, wenn man sich entfalten darf und will. Integration
27 erfordert gegenseitige Toleranz, Anerkennung und Respekt sowie die Bereit-
28 schaft, sich in die Situation des anderen hinein zu fühlen. Unerlässlich ist dabei
29 das Beherrschen der deutschen Sprache bei Kindern und Erwachsenen in Wort
30 und Schrift, da dies der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration ist.

31 Integrationsmaßnahmen müssen nach dem Grundsatz des „Förderns und For-
32 derns“ verbindlich sein, so früh wie möglich ansetzen, systematisch und nach-
33 haltig erfolgen. Außerdem müssen sie zielgruppenspezifisch erfolgen, sich also
34 an den unterschiedlichen Bedarfslagen orientieren. Integration betrifft Neuzu-
35 wanderer ebenso wie bereits hier lebende Migrantinnen und Migranten (sog.
36 „nachholende Integration“).

37

*Unsere
Grundsätze*

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Integrationspolitik ist nicht beliebig, sondern muss wertorientiert sein, sie
2 muss also die fundamentalen Grundrechte und Werte unserer Demokratie und
3 unseres Rechtsstaates vermitteln. Demokratische und rechtsstaatliche Prinzi-
4 pien bilden die unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenle-
5 ben. Die Rechtsordnung und Prinzipien wie die Gleichheit der Geschlechter, die
6 Achtung gegenüber Andersdenkenden, Andersgläubigen oder Nichtgläubigen,
7 das Gewaltmonopol des Staates oder der Verzicht auf gewaltsame Konfliktlö-
8 sungen gelten ohne jede Einschränkung für alle im Land lebenden Menschen.
9 Der Staat hat diese Werte und Prinzipien gegen jeden Relativierungsversuch
10 und auch gegenüber (scheinbar) kulturell oder religiös begründeten abweichen-
11 den Ansprüchen unmissverständlich zu schützen und zu verteidigen.

12 Wir werden:

- 13 • das Justizministerium zu einem „Ministerium der Justiz und für Integ-
14 ration“ fortentwickeln, das im Integrationsbereich für Ausländer, Men-
15 schen mit Migrationshintergrund und Spätaussiedler zuständig ist;
- 16 • den 2008 vereinbarten Integrationsplan Baden-Württemberg evaluie-
17 ren und mit den beteiligten Verbänden und Organisationen fortentwi-
18 ckeln und dabei insbesondere die Sprachschulung für Migranten inten-
19 sivieren. Dazu gehören die Schaffung eines Deutsch-Lehrbuches in den
20 Sprachen der Haupteinwanderungsländer und Sanktionen bei Abbruch
21 verpflichtender Deutsch-Kurse.
- 22 • im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Benehmen mit dem
23 Integrationsminister eine „Leit- und Koordinierungsstelle Migrant-
24 bildung“ einrichten.
- 25 • das Instrumentarium der Schulempfehlung im Sinne einer stärkeren
26 Berücksichtigung des Elternwillens ändern. Viel zu oft werden Kinder
27 mit Migrationshintergrund in die Hauptschule „empfohlen“, da sie auf-
28 grund ihres Umfelds angeblich für die Realschule oder das Gymnasium
29 keine ausreichende Unterstützung erfahren würden.
- 30 • die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleich-
31 tern und übersichtlicher gestalten sowie eine zentrale Anlaufstelle im
32 Land für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen
33 einrichten.
- 34 • die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung mit einem Aktions-
35 plan fortentwickeln, gezielt um Auszubildende mit Migrationshin-
36 tergrund werben und verstärkt qualifizierte Migrantinnen und Migran-
37 ten im öffentlichen Dienst einstellen, insbesondere bei der Polizei und
38 in den Bereichen Schule und Kinderbetreuung.

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

- 1 • Weitere Maßnahmen zur Integration älterer Migrantinnen und Migran-
2 ten in die offene Altenhilfe (Begegnungsstätten, Bildungseinrichtungen,
3 Seniorenräte und im Rahmen von sonstigen Aktivitäten) und im Bereich
4 der Altenpflege (ambulante / stationäre Pflege) auf den Weg bringen.
- 5 • das Gesundheitsprojekt „Mit Migranten für Migranten (MiMi)“ landes-
6 weit ausbauen.
- 7 • Sprachbarrieren und Informationsdefizite, die dazu führen, dass Eltern
8 mit Migrationshintergrund Förder- und Beratungsangebote für ihre
9 Kinder mit Behinderungen viel zu spät oder gar nicht wahrnehmen, be-
10 seitigen.
- 11 • pauschal finanzierte Notaufnahmepplätze für Mädchen und junge Frauen
12 einrichten, die vor einer Zwangsheirat oder wegen Gewalt im Namen
13 der Ehre fliehen und Schutz suchen.
- 14 • die Online-Beratung gegen Zwangsheirat fortführen. Wir sehen die Not-
15 wendigkeit für eine mobile Beratungsstelle Zwangsheirat/Ehrendelikte.
- 16 • die Existenzgründerberatung von Migrantinnen und Migranten ausbau-
17 en und die Ausbildungsbereitschaft ausländischer Unternehmer und
18 Selbständiger fördern.
- 19 • eine Akademie für Islamstudien einführen, die als Diskussionsforum
20 und Forschungseinrichtung für die verschiedenen Glaubensrichtungen
21 des Islam dienen, Anregungen zur Ausbildung von islamischen Religi-
22 onslehrern und Imamen bieten soll und eine Begleitung des geschaffe-
23 nen Lehrstuhls für islamische Theologie bietet.
- 24 • uns für eine Selbstverpflichtung islamischer Verbände und Bildungs-
25 zentren in Wort und Tat auf das Prinzip der Integration und auf die
26 Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Ordnung einsetzen.
- 27 • Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer künftig mit einem „Willkom-
28 menspaket“ begrüßen, welches über unser Land informiert, Hilfestel-
29 lungen für den Alltag leisten und Angebote auflisten soll, die für Neu-
30 zuwanderer wichtig sind. Diese reichen von Erstinformationen über
31 Anmeldung, Wohnungssuche, Arbeitsmöglichkeiten bis zu Bildungsan-
32 geboten, Gesundheitsvorsorge oder Hilfen für Familien.
- 33 • uns für die Optimierung des Integrationsmanagements insbesondere
34 für die nach § 44 a des Aufenthaltsgesetzes zur Teilnahme an einem In-
35 tegrationskurs Verpflichteten einsetzen.
- 36 • eine bessere finanzielle Ausstattung des Lehrpersonals von Integri-
37 onskursen.

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

- 1 • spezielle Programme, die der Förderung von Mädchen und Frauen mit
2 Migrationshintergrund dienen, auf den Weg bringen. Projekte wie In-
3 tegration durch Sport können durch eine Erhöhung der Teilhabe von
4 Migrantinnen am (Vereins-)Sport das gesellschaftliche Engagement der
5 Mädchen und Frauen fördern und ihrer Isolierung entgegenwirken.
- 6 • in Zusammenarbeit z.B. mit den Sportvereinen, Feuerwehren und
7 Selbsthilfegruppen Wege entwickeln, wie mehr Menschen mit Migrati-
8 onshintergrund für bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden
9 können;
- 10 • mit einer landesweiten „Integrationsbotschafter-Kampagne“ beruflich,
11 ehrenamtlich, sportlich oder kulturell erfolgreiche Migrantinnen und
12 Migranten als Vorbilder herausstellen und deren Verdienste würdigen.
- 13 • die Residenzpflicht im Asylverfahren auf Landesebene abschaffen, um
14 zumindest die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten zu verbessern.
- 15 • ein nachhaltiges Bleiberecht schaffen, das vor allem das Kindeswohl in
16 den Vordergrund stellt.
- 17 • durch eine Bundesratsinitiative auf ein Punktesystem für eine bedarfs-
18 gerechte Zuwanderung von ausländischen Hochqualifizierten und
19 Fachkräften hinwirken.
- 20 • in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung
21 Migrantenselbstorganisationen professionalisieren, da diese wichtige
22 Ansprechpartner im Integrationsprozess sind.
- 23 • die bestehenden kommunalen Netzwerke von Integrations- und Bil-
24 dungslotsen zu einem Landesnetzwerk ausbauen. Die Lotsen dienen als
25 Ansprechpartner für Zuwanderer und leisten wertvolle praktische Hilfe
26 bei der Integration.

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Für eine liberale Netzpolitik

2 Das Internet hat unsere Lebensgewohnheiten grundlegend verändert und wird
3 sie weiter verändern. Es ist zu einem zentralen Bestandteil unseres täglichen
4 Lebens, unserer Gesellschaft und unserer Kultur geworden. Tagtäglich nutzen
5 Menschen aller Altersgruppen das Medium Internet. Die Anwendungsmöglich-
6 keiten sind dabei von unüberschaubarer Vielfalt und nahezu unbegrenzt. In den
7 vergangenen Jahren haben wir eine dynamische Entwicklung erlebt, die sich
8 aufgrund der globalen Natur des Internets ohne klare politische oder regulatori-
9 sche Vorgaben vollzogen hat. Diese Rahmenbedingungen haben zur Entstehung
10 zahlreicher innovativer und individueller Nutzungsmöglichkeiten des Internets
11 geführt.

12 Wir Liberale bekennen uns zu dieser Entwicklung und sehen in ihr einen gro-
13 ßen Nutzen für unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft. Wie bei
14 jeder neuen Technologie stehen für uns zunächst vor allem die damit verbunde-
15 nen Chancen und Möglichkeiten im Vordergrund. Denn nicht eine Technologie
16 bildet ein Risiko, sondern nur der verantwortungslose Umgang der Menschen
17 mit ihr.

18 Das Internet durchdringt nahezu alle wesentlichen Teilbereiche unseres tägli-
19 chen Lebens. Wir Liberale sind uns dabei bewusst, dass jede Freiheit stets die
20 Gefahr ihres Missbrauchs in sich trägt. Dies gehört zum Wesen der Freiheit.
21 Phänomene wie Internetkriminalität und Datenmissbrauch sind für uns daher
22 bedauerliche, aber zwangsläufige Begleiterscheinungen der stark gestiegenen
23 Bedeutung des Internets, ebenso wie die Kriminalität sich zuvor schon anderen
24 gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst hat. Diesem Missbrauch der durch
25 das Internet vermittelten Freiheiten müssen Politik und Gesellschaft unaufge-
26 regt und mit Augenmaß begegnen. Weder dürfen wir vor den Missbrauchsmög-
27 lichkeiten die Augen verschließen, noch dürfen wir vorschnell nach einer durch-
28 greifenden Regulierung des Internets rufen. Grundsätzlich muss geltend: „Onli-
29 ne muss das gleiche gelten wie Offline – nicht weniger, aber auch nicht mehr!“
30

31 Wir wollen:

- 32 • ein „Recht auf Internet“: der freie Zugang der Bürger zu dem Informati-
33 onsmedium Internet muss frei gewährleistet sein – dies gilt auch für
34 den Zugang im ländlichen Raum. Ebenso ist Menschen mit Behinde-
35 rung durch technische Unterstützung ein gleichwertiger Zugang zum
36 Internet möglich zu machen. Die Idee einer Bestrafung durch Internet-
37 Entzug, wie in manchen Rechtsordnungen vorgesehen, lehnen wir ab;
- 38 • dass Netzneutralität von privater und staatlicher Seite gewahrt wird;

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

- 1 • eine Neufassung des Telemediengesetzes: die Verantwortlichkeit des
2 Einzelnen für Handlungen Dritter im Internet muss klar geregelt und
3 auf das erforderliche und damit richtige Maß begrenzt werden;
- 4 • die Vorratsdatenspeicherung nach dem Urteil des Bundesverfassungs-
5 gerichts so weit wie möglich verhindern;
- 6 • rechtswidrige oder strafbare Inhalte, die über das Internet verbreitet
7 werden, löschen statt sperren;
- 8 • beim Jugendmedienschutz auf den Erwerb von Medienkompetenz und
9 die Unterstützung von Eltern, Schule und Gesellschaft setzen. Die Ein-
10 führung einer de-facto-Zensur z.B. durch Internetsperren - auch unter
11 dem Deckmantel des Jugendmedienschutzes - lehnen wir ab. Zu diesem
12 Zweck muss der bestehende Jugendmedienschutzstaatsvertrag grund-
13 legend überarbeitet werden;
- 14 • ELENA abschaffen. Hier werden in unverhältnismäßiger Weise Daten
15 aus dem Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis jedes Bürgers auf Vorrat
16 gespeichert, ohne dass absehbar ist, ob diese tatsächlich jemals benötigt
17 werden;
- 18 • ein „Recht auf Anonymität“ im Internet. So, wie wir auch in der realen
19 Welt eine permanente Überwachung ablehnen, sollte auch eine ständige
20 Verfolgbarkeit der Schritte im Internet ausgeschlossen sein;
- 21 • die Anhäufung von Datenpools durch private Unternehmen kritisch
22 hinterfragen. Wir Liberalen treten dafür ein, die Erfassung und Nut-
23 zung fremder Daten grundsätzlich von einer vorherigen Zustimmung
24 des Betroffenen abhängig zu machen. Eine finanzielle Beteiligung des
25 Betroffenen ist dabei zu prüfen. Zudem sollten gewerbsmäßig im Ad-
26 resshandel tätige Unternehmen verpflichtet werden, die in ihrem Da-
27 tenpool enthaltenen Personen über die gespeicherten Informationen in
28 geeigneter Form zu informieren, um so einen etwaigen Widerspruch
29 gegen die Datennutzung zu ermöglichen;
- 30 • einen fairen Ausgleich zwischen den Rechten der Urheber und den Inte-
31 ressen der zahlenden Nutzer und der Allgemeinheit schaffen. Umfas-
32 sender und effizienter Schutz des geistigen Eigentums ist uns Liberalen
33 sehr wichtig. Ein ausgreifender Schutz des geistigen Eigentums kann
34 aber auch eine ausschließende und abschreckende Wirkung für Kunden
35 und Nutzer haben, so dass der Sinn und Zweck des Schutzes des geisti-
36 gen Eigentums in sein Gegenteil verkehrt wird. Auch rechtstreue Nutzer
37 legen Wert auf ein faires Verhältnis von Leistung und Gegenleistung.
38 Aus liberaler Sicht ist daher der in den letzten Urheberrechtsnovellen
39 beschrittene Weg der beständigen Ausweitung und Verschärfung, ins-
40 besondere durch extensive Straf-, Abmahn- und Bußgeldvorschriften,
41 kritisch zu hinterfragen. Der Schutz des geistigen Eigentums sollte

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

- 1 demgegenüber gewerbsmäßige Urheberrechtsverletzungen verstärkt in
2 den Blick nehmen, um so der unberechtigten Ausbeutung von fremden
3 Urheberrechten wirksam zu begegnen;
- 4 • kein Internetgesetzbuch. Die Idee einer umfassenden und abschließen-
5 den Kodifikation sämtlicher Lebenssachverhalte mit Bezug zum Inter-
6 net verkennt die Vielzahl der denkbaren Einsatzmöglichkeiten des
7 weltweiten Netzes. Um einer weiteren Überregulierung auch in diesem
8 Bereich vorzubeugen, sprechen wir uns daher gegen ein Internetgesetz-
9 buch und für spezifische gesetzgeberische Feinjustierungen aus, wo dies
10 erforderlich ist;
 - 11 • die Chancen der Optimierung von Verwaltungsabläufen im Rahmen ei-
12 ner Baden-Württembergischen E-Government-Strategie weiter nutzen
13 und ausbauen. Eine Zusammenführung der bei unterschiedlichen Ver-
14 waltungsträgern genutzten Dienstleistungen darf aber nicht zu einem
15 gläsernen Bürger führen;
 - 16 • weiterhin ein „Leben ohne Internet“ gewährleisten. Das Internet ist bei
17 vielen zum selbstverständlichen Teil des Berufsalltags und des Privatle-
18 bens geworden. Wir fördern deshalb Maßnahmen, Senioren und Kinder
19 beim Einstieg in das Internet-Medium zu unterstützen. Jedoch nutzen
20 nach wie vor auch Menschen auf Grund unterschiedlichster Motivatio-
21 nen das Internet und seine Möglichkeiten nicht. Die FDP respektiert
22 diesen Wunsch auf ein Leben ohne Internet.
- 23

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Gleichstellung voran bringen

2 Ohne die Gleichstellung von Frauen und Männern rücken Ziele wie nachhaltiges
3 Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt in
4 weite Ferne. Gleichstellungspolitik ist daher eine langfristige Investition in die
5 Zukunft. Dies geht aus dem Bericht der EU-Kommission zur Gleichstellung von
6 Frauen und Männern 2010 hervor.

7
8 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für Liberale eine Quer-
9 schnittsaufgabe. Die angemessene Beteiligung von Frauen in allen Bereichen ist
10 für Liberale unverzichtbar.

11
12 Wir wollen:

- 13 • Eine Personalentwicklung in der Landesverwaltung und bei Unterneh-
14 men mit Landesbeteiligung, die Frauen so lange gezielt fördert, bis
15 Frauen angemessen in Führungspositionen vertreten sind;
- 16 • Den Frauenanteil in Entscheidungsgremien der Landesregierung sowie
17 der vom Land zu benennenden Entscheidungsgremien wesentlich er-
18 höhen (vgl. § 9 Bundesgremienbesetzungsgesetz).
- 19 • Bei den enormen finanziellen Herausforderungen müssen im Vorfeld al-
20 le Ausgaben auf ihre Ziele und Wirkungen geprüft werden. Daher un-
21 terstützen wir ein konsequentes gender budgeting als verbindliche Vor-
22 gabe für die Haushaltsaufstellung des Landes. (vgl. Anhörung Finanz-
23 ausschuss 2009).

25 **Justiz / Inneres / Bürgerrechte**

- 26 • Verlässliche und sichere Finanzierungsgrundlagen für Frauen- und Kin-
27 derschutzzräume schaffen;
- 28 • Frauen und Kinder in Notsituationen besser schützen, insbesondere
29 durch die bedarfsgerechte Schaffung von Notfallplätzen in Frauen- und
30 Kinderschutzhäusern,
- 31 • die wichtige beratende, psychosoziale und nachsorgende Arbeit, die zu-
32 sätzlich von den Frauen- und Kinderschutzhäusern geleistet wird, auf
33 eine verlässliche und sichere Finanzierungsgrundlage stellen.
- 34 • Frauen wirksam vor Zwangsheirat schützen;
- 35 • Mädchen und Frauen vor Genitalverstümmelung wirksam schützen.

37 **Familie**

- 38 • eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Angebote zur Kin-
39 derbetreuung); insbesondere bedarf es zusätzlicher Betreuungsmög-
40 lichkeiten auch für Kinder mit Behinderung;

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Recht und Freiheit

Liberales Rechts- und Innenpolitik

- 1 • eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (z.B. Angebote der Ta-
2 gespflege von Pflegebedürftigen); überwiegend Frauen übernehmen die
3 häusliche Pflege und benötigen Unterstützung, um Pflege und Beruf
4 miteinander verbinden zu können (vgl. Statistisches Landesamt: Fami-
5 lien in BaWü – Report 2-2009 „Familie und Pflege“).
- 6 • Frauen sind in hohem Maße von Altersarmut betroffen, da sie keine
7 durchgängige Erwerbsbiografie vorweisen können. Förderprogramme,
8 die sich speziell an Wiedereinsteigerinnen nach der Familienphase rich-
9 ten, sind daher ohne Altersgrenze auszuweisen; nur so können Frauen
10 eine eigene Altersvorsorge aufbauen;
- 11 • Gezielte Förderung und Unterstützung von Existenzgründerinnen;
- 12 • Weiterführung des Projektes „Frau und Beruf“
- 13

14 **Sport**

- 15 • von geförderten Verbänden die Erhöhung des Frauenanteils in Füh-
16 rungsgremien analog der DOSB-Satzung einfordern;
- 17 • bei den Medien eine breitere Berichterstattung anmahnen, welche die
18 Vielfalt des Sportgeschehens im Land besser widerspiegelt.
- 19

20 **Ehrenamt / bürgerschaftliches Engagement**

- 21 • Über 40 % aller Baden-Württemberger engagieren sich in ihrer Freizeit
22 für die Gesellschaft. Ehrenamtliches Engagement braucht nicht nur An-
23 erkennung, sondern auch entsprechende Rahmenbedingungen. Wir
24 wollen die Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt stärken.

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

1 Demokratische Rechte stärken

2 Das Landtagswahlrecht ist gründlich erneuert. Das Auszählverfahren nach
3 St.Lague/Schepers tritt an die Stelle des auch verfassungsrechtlich fragwürdi-
4 gen Verfahrens nach d´Hondt. Die Wahlkreisgröße weicht im Regelfall nicht um
5 mehr als 15% vom Durchschnitt ab. Für die Reihenfolge der Vergabe der Zwei-
6 mandate in den Regierungsbezirken ist der im Wahlkreis errungene Prozentan-
7 teil und nicht mehr die absolute Stimmenzahl maßgeblich. Die Chancengleich-
8 heit zwischen den Wahlkreisen ist damit deutlich gestärkt.

9 Wir werden:

- 10 • die in der Landesverfassung vorgesehene Möglichkeit des Volksbegeh-
11 rens und der Volksabstimmung ausbauen. Für das Zustandekommen
12 eines Volksbegehrens soll es künftig ausreichen, wenn es von mindes-
13 tens 10% der Wahlberechtigten gestellt wird. Ein zur Volksabstimmung
14 gestelltes Gesetz ist beschlossen, wenn es die Mehrheit der abgegebenen
15 gültigen Stimmen findet und diese Mehrheit mindestens 20% der
16 Stimmberechtigten ausmacht. Es bleibt dabei, dass über Abgabengeset-
17 ze, Besoldungsgesetze und das Staatshaushaltsgesetz keine Volksab-
18 stimmung stattfinden kann.
- 19 • das neue Landtagswahlrecht in Baden-Württemberg zu einer personali-
20 sierten Verhältniswahl mit zwei Stimmen weiterentwickeln. Mit der
21 Erststimme wird in jedem Wahlkreis nach dem Mehrheitsprinzip ein
22 Direktkandidat gewählt. Mit der Zweitstimme, die die relative Sitzver-
23 teilung im Landtag bestimmt, werden geschlossene Parteilisten gewählt.
- 24 • das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten mit
25 dauerhaftem Bleiberecht einführen, die sich seit mindestens fünf Jahren
26 rechtmäßig im Land aufhalten.
- 27 • darauf hinwirken, dass die Sitzzuteilung im kommunalen Bereich so-
28 wohl bei den Kommunalwahlen wie der Besetzung von kommunalen
29 Gremien statt nach dem d´Hondtschen Verfahren nach dem Verfahren
30 von St. Lague/Schepers berechnet wird und dass mit zwei Mitgliedern
31 auf kommunaler Ebene eine Fraktion gebildet werden kann,
- 32 • die Gemeindeordnung novellieren, sodass die Ortschaftsverfassung ge-
33 stärkt wird, die Ortsvorsteher ohne zusätzliche Mitwirkung des Ge-
34 meinderats vom Ortschaftsrat gewählt werden können und die unechte
35 Teilortswahl abgeschafft wird.
- 36 • das bürgerschaftliche Engagement auch in der Justiz weiter fördern.
37 Ehrenamtliche tragen - etwa als rechtliche Betreuer, Bewährungshelfer,

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011-2016*

Recht und Freiheit

Liberale Rechts- und Innenpolitik

- 1 Schöffen, Zeugenbegleiter oder im Justizvollzug - in erheblichen Maße
- 2 zur hohen Qualität der Rechtspflege in Baden-Württemberg bei.
- 3 • die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen für die Über-
- 4 nahme eines Ehrenamts weiter verbessern, etwa durch Einführung ei-
- 5 ner erweiterten Steuerfreiheit für Aufwandsentschädigungen oder Haf-
- 6 tungserleichterungen für ehrenamtlich tätige Vereinsmitglieder.
- 7

Verlässliche Rahmenbedingungen: Liberale Landwirtschaftspolitik und Ländliche Räume

1 Ländlicher Raum und Landwirtschaft

2 Die Entwicklung zwischen den **Ländlichen Räumen** und den Ballungsräu-
3 men erfolgte in Baden-Württemberg lange sehr ausgeglichen. Seit Jahren ist
4 allerdings auch hier ein Trend zu den Ballungsräumen unübersehbar. Doch
5 nach wie vor können rund zwei Drittel der Fläche Baden-Württembergs den
6 Ländlichen Räumen zugerechnet werden und große Teile der Bevölkerung füh-
7 len sich mit dem Ländlichen Raum heimatlich verbunden.

8 Für die baden-württembergische FDP ist und bleibt eine ausgewogene Entwick-
9 lung zwischen ländlichen Räumen und Ballungsräumen ein wichtiges politi-
10 sches Ziel. Dadurch sollen nicht gleiche, aber gleichwertige Lebensverhältnisse
11 in Stadt und Land erreicht werden.

12 Die weitere positive Entwicklung der ländlichen Räume erfordert eine intakte
13 Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Bildung, Freizeitangebote und Kultur.
14 Nur wenn diese Infrastruktur erhalten und entsprechend den veränderten Be-
15 dürfnissen angepasst wird, bleibt der ländliche Raum auch in Zukunft als
16 Wohnort und als Standort für gewerbliche Investitionen attraktiv.

17 Politik für den Ländlichen Raum betrifft somit mehr oder weniger alle Politikbe-
18 reiche. Ressortübergreifende Zusammenarbeit ist deshalb zwingend erforder-
19 lich.

20 Die FDP fordert im Einzelnen für den Ländlichen Raum:

- 21 • Wohnortnahe Schulversorgung, soweit dadurch nicht die Qualität des
22 Unterrichts leidet.
- 23 • Aufrechterhaltung des öffentlichen Nahverkehrs. Vor allem in dünner
24 besiedelten Ländlichen Räumen ist es sinnvoll, verstärkt Sammeltaxis,
25 die nach Bedarf gerufen werden können, anstelle von Linienbussen ein-
26 zusetzen.
- 27 • Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wobei hier Tagesmüttern
28 eine große Bedeutung zukommt.
- 29 • Gerade im ländlichen Raum wollen wir die Ausweitung der Breitband-
30 versorgung vorantreiben, denn der ländliche Raum darf kein schwarzes
31 Loch für technischen Fortschritt sein.

32
33 Die **Landwirtschaft** bildet zusammen mit den ihr vor- und nachgelagerten
34 Bereichen einen Wirtschaftssektor in dem ca. 10% der Arbeitskräfte beschäftigt
35 sind, schwerpunktmäßig in den ländlichen Räumen.

36 Die Aufgaben der Landwirtschaft gehen jedoch weit über ihre wirtschaftliche
37 Bedeutung hinaus: Die Landwirtschaft sorgt für die Offenhaltung und Pflege

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011-2016*

*Unsere
Grundsätze*

Verlässliche Rahmenbedingungen: Liberale Landwirtschaftspolitik und Ländliche Räume

1 unserer vielfältigen Kulturlandschaft und sie unterstützt zunehmend durch ex-
2 tensive Wirtschaftsweise den Erhalt seltener Arten und Biotope.

3 • Die FDP Baden-Württemberg unterstützt eine unternehmerische, mit-
4 telstandsfreundliche und nachhaltige Agrarpolitik. Deshalb setzt sich
5 die FDP für faire Wettbewerbsbedingungen ein. Dies beinhaltet eine 1:1-
6 Umsetzung von EU-Richtlinien, um weitere Wettbewerbsverzerrungen
7 und überflüssige Bürokratie zu verhindern. Mit den Steuerentlastungen
8 beim Agrardiesel wird dies erreicht und zudem das zentrale agrarpoliti-
9 sche Versprechen der FDP dauerhaft umgesetzt. Auch zukünftig ist die
10 FDP der Garant dafür, dass Wettbewerbsverzerrungen und damit zu-
11 sätzliche Belastungen für die heimischen Landwirte durch eine höhere
12 Besteuerung beim Agrardiesel verhindert werden.

13 • Bei der Reform der Europäischen Agrarpolitik für den 7-Jahres-
14 Zeitraum ab 2013 muss eine starke erste Säule grundsätzlich erhalten
15 bleiben. Sollte eine Umschichtung in die zweite Säule nicht zu verhin-
16 dern sein, ist das zu nutzen, um den landesspezifischen Besonderheiten
17 stärker Rechnung zu tragen. Zusätzlich setzt sich die FDP Baden-
18 Württemberg dafür ein, die Reform der Europäischen Agrarpolitik für
19 eine deutliche Vereinfachung und Entbürokratisierung zu nutzen. Ins-
20 besondere die umfangreichen Auflagen durch Cross-Compliance müs-
21 sen auf das Wesentliche zurückgeschnitten werden, um die Bürokratie-
22 lasten für die Landwirte deutlich zu verringern.

23 • Die FDP Baden-Württemberg begrüßt, dass die Steuern für Biokraft-
24 stoffe von der Bundesregierung nicht erhöht wurden und bis 2012 auf
25 dem Niveau von 18 Cent je Liter konstant gehalten werden. Diese öko-
26 logisch und ökonomisch sinnvolle Stärkung der Biokraftstoffe ist ein
27 wichtiger Beitrag für eine höhere Wertschöpfung im ländlichen Raum.
28 Von dieser klimapolitisch sinnvollen Maßnahme profitieren Landwirte
29 und mittelständische Unternehmer.

30 • Insbesondere für Baden-Württemberg ist das sogenannte Grünlandpro-
31 gramm der christlich-liberalen Bundesregierung ein wichtiger Beitrag
32 zum Klimaschutz und zur Stärkung der heimischen Milchbauern. Damit
33 haben wir einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der milchviehhalt-
34 tenden Betriebe in der Krise geleistet und die Milchwirtschaft als Rück-
35 grat des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg gestärkt. Die gestie-
36 genen Milchpreise bestätigen die Richtigkeit liberaler Agrarpolitik.

37 • Mit den Novellen des Bundeswaldgesetzes und des Weingesetzes hat die
38 christlich-liberale Bundesregierung deutliche Verbesserungen für die
39 heimischen Waldbesitzer und Winzer durchgesetzt. Mit diesem agrar-

*Unsere Ziele
2011-2016*

Verlässliche Rahmenbedingungen: Liberale Landwirtschaftspolitik und Ländliche Räume

- 1 politischen Maßnahmenbündel hat die FDP wieder Planungssicherheit
2 und Verlässlichkeit für die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft
3 hergestellt.
- 4 • Die Landwirtschaft und der Weinbau prägen die Kulturlandschaften in
5 Baden-Württemberg, Deren Erhalt ist Ziel einer ausgewogenen Agrar-
6 politik. Wir treten deshalb für die Beibehaltung der bestehenden An-
7 bauregelungen im Weinbau auf EU-Ebene ein.
 - 8 • Für den Steillagenweinbau unterstützt die FDP Baden-Württemberg die
9 Schaffung spezieller geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.). Durch
10 die Einrichtung der g.U. „Baden Steillage“ und „Württemberg Steillage“
11 haben nicht nur die Winzer an Kaiserstuhl und Neckartal, sondern alle
12 Steillagenwinzer in den beiden bestimmten Anbaugebieten Baden-
13 Württembergs eine Chance, über die Einbeziehung der Marktseite klare
14 Produktprofile zu etablieren.
 - 15 • Die FDP BW will, dass die von der EU und dem Bund geförderten Maß-
16 nahmen in Anspruch genommen und im Rahmen der vorgegebenen
17 Möglichkeiten auf die Bedürfnisse des Landes zugeschnitten werden:
 - 18 • Die relativ klein strukturierte Landwirtschaft in Baden-Württemberg
19 hinkt bei den Unternehmen sowie im Vermarktungsbereich den Ver-
20 hältnissen in andern europäischen Ländern nach wie vor hinterher. Zur
21 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit muss die einzelbetriebliche In-
22 vestitionsförderung erhalten werden. Dabei ist das Programm auf inno-
23 vative Entwicklungsschritte im Tierhaltungsbereich sowie im Garten-
24 und Obstsektor zu beschränken. Maßnahmen zur Energieeinsparung
25 und zur Risikoabwehr sind besonders zu unterstützen. Die Eröffnung
26 neuer Tätigkeitsfelder (Diversifikation) ist weiterhin förderwürdig und
27 trägt zur Stärkung des ländlichen Raumes bei. Jungunternehmern sind
28 verbesserte Konditionen zu gewähren. Die Förderung investiver Maß-
29 nahmen ist in einem Programm und in einem Zuständigkeitsbereich zu
30 vollziehen, damit Bürokratieabbau endlich erreicht werden kann.
 - 31 • Die Förderpraxis im Bereich der Flurneuordnung ist den neuen techni-
32 schen Möglichkeiten anzupassen und in der Regel auf Verfahren zur
33 Verbesserung und Einrichtung von Infrastrukturmaßnahmen zu be-
34 schränken. Durch den Einsatz von Sensortechnik und GPS sind Mög-
35 lichkeiten der gemeinsamen Flurbewirtschaftung zu nutzen. Traditio-
36 nelle, staatlich organisierte Zusammenlegungsverfahren werden zu-
37 nehmend überflüssig.
 - 38 • Der Ausbildungsstand der baden-württembergischen Landwirte ermög-
39 licht gute Zukunftsperspektiven, auch für junge Unternehmer. Das Aus-

Verlässliche Rahmenbedingungen: Liberale Landwirtschaftspolitik und Ländliche Räume

- 1 bildungsniveau ist zu halten und weiter zu entwickeln, sowohl im aka-
2 demischen wie im nichtakademischen Bereich. Die Privatisierung der
3 Beratung im ökonomischen und vertieften produktionstechnischen Be-
4 reich in Form von Beratungsdiensten hat sich bewährt. Die Berater
5 können auf die staatlichen Kompetenzzentren in den jeweiligen Produk-
6 tionsbereichen zurückgreifen.
- 7 • Seltene Arten und Biotope existieren vor allem auf extensiv bewirtschaf-
8 teten landwirtschaftlichen Flächen, die für eine landwirtschaftliche
9 Nutzung wenig interessant sind. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die
10 ökologisch ausgerichtete Bewirtschaftung dieser Flächen über das Pro-
11 gramm MEKA auch künftig sichergestellt wird. In besonderen Fällen
12 sind Landschaftspflegeverträge abzuschließen.
 - 13 • In stark benachteiligten Gebieten wird die Offenhaltung ökologisch
14 wertvoller Landschaften immer schwieriger. Die Ausgleichszulage ist
15 deshalb auf diese Gebiete zu konzentrieren.
 - 16 • Der Streuobstbau genießt wegen seiner ökologischen Bedeutung hohe
17 politische Beachtung. Ihm ist jedoch auf Grund der Marktsituation die
18 wirtschaftliche Basis entzogen. 70 – 80% der Bestände werden nicht
19 mehr gepflegt und sind am Zusammenbrechen. Durch regionale und
20 von den Kommunen unterstützte Schwerpunktmaßnahmen können teil-
21 weise Verbesserungen erreicht werden. Die Erhaltungs- und Sanie-
22 rungsmaßnahmen in den Streuobstbeständen sind dringend als Aus-
23 gleichsmaßnahme im Rahmen des Ökokontos anzuerkennen.
 - 24 • Die FDP hat die Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung
25 vorangetrieben und sich für den Tierschutz eingesetzt. Das inzwischen
26 erreichte Niveau beim Tierschutz ist in Baden-Württemberg sehr hoch.
27 Derzeit wird kein neuer Handlungsbedarf gesehen und zur Planungssi-
28 cherheit der tierhaltenden Betriebe dürfen nicht im Jahresrhythmus
29 neue Regelungen geschaffen werden. Gleichwohl ist ein ständiges Über-
30 prüfen des bestehenden rechtlichen Rahmens an neue gesellschaftliche
31 Anforderungen im Interesse des Tierschutzes notwendig
 - 32 • Eines der größten Probleme der Landwirtschaft ist die starke Belastung
33 durch Bürokratie. Deshalb ist neben einer Entbürokratisierung der Eu-
34 ropäischen Agrarpolitik zusätzlich eine Vereinfachung bei der Abwick-
35 lung der EU-Programme unbedingt erforderlich. Schließlich sind die
36 Vorschriften zur Handhabung von Pflanzenschutz- und Tierarzneimit-
37 teln, unter strenger Beachtung des Verbraucherschutzes, deutlich zu
38 vereinfachen.

1 Verbraucherchutz

2 Verbraucherpolitik ist die Wirtschaftspolitik des kleinen Mannes und ein wichtiges Bürgerrecht. Verbraucherschutz ist mehr als das Verhältnis vom Bürger zum Staat. Es betrifft in vielerlei Facetten das Verhältnis der Bürger zu Unternehmen. Aufgabe des Verbraucherschutzes ist es dabei, das Informationsgleichgewicht zwischen Unternehmen (Anbietern) und den Verbrauchern auszubalancieren. Angesichts globalisierter Märkte und eines wachsenden Produktangebots wird die Situation für die Verbraucher dabei zusehends unübersichtlicher. Ob beim Kauf von Lebensmitteln, beim Surfen im Internet, im Personenverkehr oder beim Abschluss von Finanzdienstleistungen, in fast allen Lebenssituationen sind Bürgerinnen und Bürger unmittelbar als Verbraucher betroffen.

13 Wir setzen auf eine Stärkung des Menschen am Markt und nicht auf den Schutz vor dem Markt. Unser Leitbild ist geprägt vom Gedanken des mündigen und eigenverantwortlichen Marktteilnehmers. Wir trauen den Verbrauchern etwas zu. Mündige Verbraucher wollen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern wünschen bessere Informationen und mehr Wissen über Produkte.

18 Wir Liberale setzen auf effizienten Verbraucherschutz. Das bedeutet einerseits Verbraucherschutz durch Gefahrenabwehr und andererseits Verbraucherschutz durch mehr Transparenz, bessere Informationen und einfachere Rechtsdurchsetzung. Dies gilt sowohl für den wirtschaftlichen, den finanziellen, den rechtlichen und den gesundheitlichen Verbraucherschutz.

23 Wir wollen:

- 24 • Die FDP setzt sich auch weiterhin für eine Förderung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg auf dem zurzeit hohen Niveau ein. Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg leistet durch ihre Beratungsarbeit für die Verbraucherinnen und Verbraucher wertvolle Unterstützung. Die Verbraucherzentrale ist bedeutender Informationsgeber und eine wichtige Einrichtung, um im Sinne der Verbraucher auf Missstände und Abzocke aufmerksam zu machen und diese gegebenenfalls abstellen zu können.
- 32 • Darüber hinaus unterstützt die FDP die Arbeit der Verbraucherkommission Baden-Württemberg als weitere wichtige Säule zur Evaluierung verbraucherspezifischer Problemlagen, zur Schaffung von Transparenz und als Anlaufstelle für Verbraucherinformationen. Die Verbraucherkommission hat aufgrund ihrer Expertise bewiesen, dass sie sowohl den

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011-2016*

- 1 Verbrauchern als auch den politischen Entscheidungsträgern nützliche
2 Empfehlungen geben kann. Daher wollen wir die Arbeit der Verbrau-
3 cherkommission noch stärker mit der politischen Entscheidungsebene
4 verzahnen.
- 5 • Im Bereich der Ernährung- und Lebensmittelwirtschaft setzt die FDP
6 Baden-Württemberg statt auf Verbote und Verbraucherbevormundung
7 auf Transparenz und Prävention. Dazu ist eine effiziente und gut aus-
8 gestattete Lebensmittelkontrolle in Baden-Württemberg notwendig, die
9 statt wiederkehrenden und bei den Betrieben angekündigten Kontrollen
10 mehr auf nicht angekündigte und verdachtsbegründete Überprüfungen
11 setzt. Bei gesicherten Untersuchungsergebnissen wird Baden-
12 Württemberg Vorreiter sein und im Rahmen des Verbraucherinformati-
13 onsgesetzes durch proaktive Veröffentlichung "Ross und Reiter" nen-
14 nen.
 - 15 • Baden-Württemberger sind mobil. Deshalb setzt sich die FDP Baden-
16 Württemberg für eine Verbesserung der Fahrgastreue bei Bahn- und
17 Flugreisen ein. Mit Kostenerstattungen von 25 % bei Verspätungen ab
18 30 Minuten und von 50 % bei Verspätungen ab 60 Minuten setzen wir
19 einen deutlichen Anreiz für mehr Pünktlichkeit im Nah- und Fernver-
20 kehr der Bahn.
 - 21 • Baden-Württemberg ist Musterland für ein funktionierendes 3-
22 gliedriges Bankensystem mit mittelständisch geprägten Banken und
23 Sparkassen sowie Bausparkassen und Volksbanken. Trotzdem haben
24 viele Baden-Württemberger in der Finanzkrise viel Geld verloren. Die
25 FDP Baden-Württemberg setzt sich für eine Stärkung des Anlegerschut-
26 zes ein. Dazu gehört eine Kennzeichnung von Finanzprodukten nach
27 einheitlichen Risikoklassen. Dadurch werden Anleger in die Lage ver-
28 setzt, die Risiken der ihnen angebotenen Finanzprodukte zu verstehen
29 und auf dieser Grundlage eine optimale Anlageentscheidung zu treffen.
30 Außerdem ist es notwendig, die Verbraucherbildung im Finanzbereich
31 zu stärken. Deshalb forcieren wir die Idee eines "Finanz-Führerscheins"
32 in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen in Baden-
33 Württemberg.
 - 34 • Verbraucher müssen vor Abzocke am Telefon und im Internet geschützt
35 werden. Darum unterstützt die FDP Baden-Württemberg das Vorhaben,
36 im Rahmen der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes kosten-
37 freie Warteschleifen vorzuschreiben. Servicehotlines dürfen erst dann
38 kostenpflichtig werden, wenn die Serviceleistung beginnt, d.h. eine Ver-
39 bindung mit dem Serviceberater hergestellt worden ist. Eine Warte-

- 1 schleife ist keine Serviceleistungen und darf den Verbraucher daher
2 nichts kosten. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass un-
3 erlaubter Telefonwerbung ein wirksamerer Riegel vorgeschoben wird.
- 4 • Wir wollen Transparenzlücken bei kostenpflichtigen Angeboten im In-
5 ternet schließen und der Abzocke einen Riegel vorschieben, indem wir
6 ein verpflichtendes Bestätigungsfeld bei Vertragsabschlüssen im Inter-
7 net (Button-Lösung) zur Pflicht machen. Betrügerische Abzocker ma-
8 chen sich die Anonymität des Internets mit undurchsichtigen Angebo-
9 ten und unverständlichen Geschäftsbedingungen zunehmend zu Nutze
10 und schädigen damit die Verbraucher und auch die seriösen Anbieter.
 - 11 • Das informationelle Grundrecht auf Selbstbestimmung muss auch in
12 sozialen Netzwerken geschützt werden. Leider haben Konzerne wie
13 Apple, Google und Facebook in der Vergangenheit bewiesen, dass sie es
14 mit dem Verbraucherschutz nicht sonderlich ernst nehmen. Bewe-
15 gungsdaten werden gespeichert, Urheberrechte eingeschränkt oder pri-
16 vate WLAN-Netze gescannt. Wir fordern daher von der Branche einen
17 verbraucher- und datenschutzrechtlichen Ehrenkodex. Andernfalls
18 droht die Gefahr des gläsernen Bürgers, dessen Daten unkontrolliert in
19 den Weiten des World Wide Webs umherschwirren.
 - 20 • Jeder, der persönliches Material zur Verfügung stellt, muss auch nach
21 dem Einstellen dieser Informationen in der Lage sein, darüber bestim-
22 men zu können, wie es genutzt wird. Es darf nicht sein, dass Betreiber
23 sozialer Netzwerke einfach darüber bestimmen, was mit den persönli-
24 chen Daten passiert. Dies muss den Nutzern selbst überlassen bleiben.
25 Eine Datenweitergabe darf nicht ohne das Einverständnis der Nutzer er-
26 folgen. Die FDP Baden-Württemberg wird im Bundesrat entsprechende
27 Initiativen zur Sicherstellung des Datenschutzes ergreifen.
 - 28 • Die FDP Baden-Württemberg unterstützt weiterhin Bestrebungen, den
29 Verbraucherschutz im Versorgungsbereich, beispielsweise durch intelli-
30 gente Stromzähler, zu verbessern.

31

Prinzip Verantwortung

Liberale Umwelt- und Energiepolitik

1 Der Mensch im Mittelpunkt

2 Liberale Umweltpolitik sichert die Lebensgrundlagen für heutige und künftige
3 Generationen. Dabei stellt die FDP den Menschen in den Mittelpunkt. Liberales
4 Leitbild ist eine nachhaltige, zukunftsverträgliche Entwicklung, die ökologische
5 Belastungen weiter reduziert und die Ressourcenproduktivität erhöht.

6 Liberale Umweltpolitik ist qualitativen Zielen verpflichtet, die ästhetische und
7 kulturelle Belange ebenso berücksichtigen wie die Schaffung eines gesunden
8 Lebensumfeldes. Eine intakte Umwelt dient der Lebensqualität des Menschen.
9 Daneben schützt eine ausgewogene Umweltpolitik auch Kulturlandschaft und
10 regionale Identitäten.

11 Die Umweltqualität hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verbessert.
12 Die Verschmutzung von Flüssen und Seen ist stark zurückgegangen, die Böden
13 werden weniger belastet als früher, die Qualität der Luft hat sich verbessert.
14 Dennoch ist Umweltschutz heute mehr denn je eine der wichtigsten Herausfor-
15 derungen der Politik.

16 Dabei haben sich allerdings die Schwerpunkte verändert – globale Probleme
17 haben zunehmend Auswirkung auf unsere Region und müssen auch auf Lan-
18 deseebene bekämpft werden. Der Klimawandel, die Erschöpfung natürlicher
19 Ressourcen und der Rückgang der Artenvielfalt sind nur einige Beispiele. Die
20 Lärmbelastung der Bevölkerung, die Feinstaubkonzentrationen in der Luft, die
21 Flächeninanspruchnahme, die zunehmenden Hochwassergefahren und die Vor-
22 sorge vor gesundheitlichen Risiken sind weitere Herausforderungen, vor denen
23 wir hier im Land in der Umweltpolitik stehen.

24 Diese Herausforderungen gehen zugleich mit neuen zeitlichen Dimensionen
25 einher. Neben eher kurzfristig und regional wirkenden Belastungen der Umwelt
26 gibt es globale Umweltgefahren, die langfristig wirken. Sie bedingen neue, in-
27 tegrierte Technologien und Produktionsweisen und neue, umweltfreundlichere
28 Produkte. Darüber hinaus sind Bewusstseinswandel und Verhaltensänderungen
29 im Zusammenspiel von Umwelt und menschlichen Nutzungen nötig.

30 Künftige Generationen, die in Baden-Württemberg leben, sollen die gleichen
31 Möglichkeiten vorfinden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Ihre Lebensqualität
32 soll mindestens so hoch sein wie unsere heutige. Dazu soll in allen Bereichen
33 gesellschaftlichen Handelns der Grundsatz des langfristigen Denkens stärker
34 verankert werden. Nachhaltige Produktions- und Konsumweisen erhalten Vor-
35 rang.

36 Die Integration gesellschaftlicher Akteure aus Umwelt, Wirtschaft, Gewerk-
37 schaften, Verbraucher, Kirchen, Vereine u.a. wird auch weiterhin ein tragendes
38 Prinzip unserer Umweltpolitik sein.

*Unsere
Grundsätze*

Prinzip Verantwortung

Libérale Umwelt- und Energiepolitik

1 Wir werden:

- 2 • die Umweltqualität in Baden-Württemberg kontinuierlich und nachhal-
3 tig verbessern. Die Belastungen der Umwelt sollen auf Dauer und nicht
4 nur kurzfristig weiter reduziert werden. Dabei gehen wir in den Berei-
5 chen Gebäudebestand, Verkehr, Produktionsbetriebe, die der direkten
6 Einflussnahme der Landesregierung unterliegen, mit gutem Beispiel
7 voran.
- 8 • den Anteil des Landes an der globalen Umweltbelastung insbesondere
9 in den Bereichen Ressourcenverbrauch und Treibhausgase weiter sen-
10 ken und den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen vermindern und
11 von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln.
- 12 • Umweltschutz dennoch so betreiben, dass er qualitatives Wachstum
13 und Beschäftigung fördert.

Unsere Ziele
2011 - 2016

Prinzip Verantwortung

Libérale Umwelt- und Energiepolitik

1 Umweltstandards und Klimaschutz

2 Die Umweltgesetzgebung wird zunehmend durch europäische Vorgaben ge-
3 prägt. In den letzten Jahren hat eine rasche und tiefgreifende Weiterentwick-
4 lung des europäischen Umweltschutzes stattgefunden, die insgesamt positiv zu
5 beurteilen ist. Voraussetzung für eine wirkungsvolle EU-Politik ist jedoch die
6 Harmonisierung der Umweltstandards im europäischen Binnenmarkt und eu-
7 ropaweit geltende Standards sowie eine effiziente Kontrolle über deren Einhal-
8 tung.

9 Trotz der gestiegenen Dominanz europäischer Vorgaben im Umweltschutz hat
10 das Land Baden-Württemberg die europäische Umweltpolitik nicht nur nach-
11 vollzogen, sondern auf EU-Ebene aktiv mitgestaltet. Wir werden unsere Vorstel-
12 lungen und Vorschläge für eine innovative und effektive Umweltpolitik weiter-
13 hin einbringen und dabei Anregungen und Wünsche von Bürgern und Wirt-
14 schaft einfließen lassen. Dabei wollen wir auch für den Umwelt- und Klima-
15 schutz die marktwirtschaftlichen Mechanismen nutzen, um Umweltziele kos-
16 tenoptimal zu erreichen.

17 Politische Schwerpunkte für den Klimaschutz auf Landesebene sind Maßnah-
18 men

- 19 • zur energetische Modernisierung von Gebäuden,
- 20 • zur umweltfreundlichen Mobilität,
- 21 • zur Verbesserung der Energieeffizienz in Industrie, Gewerbe und Haus-
22 halten,
- 23 • zur Energieeinsparung in Landesgebäuden,
- 24 • des kommunalen Klimaschutzes (insbesondere Lokale Agenda 21),
- 25 • zum Ausbau der erneuerbaren Energien sowie
- 26 • zur Kraft-Wärme-Kopplung.

27 Aus Klimaschutzgründen setzen wir uns auch für die Verlängerung der Laufzei-
28 ten der Kernkraftwerke ein. In gleichem Umfang sollen umweltbelastende fossi-
29 le Kraftwerke vom Netz genommen werden.

30 Die Liberalen unterstützen im Ziel das baden-württembergische Erneuerbare-
31 Wärme-Gesetz (EnWG), welches eine Erhöhung des Anteils der Ökoenergien an
32 der Wärmebereitstellung erreichen will. Denn nur durch Ausschöpfung der
33 Potenziale im Gebäudebereich durch Wärmedämmung und Einsatz von Erneuer-
34 baren Energien zur Wärmeerzeugung kann Deutschland auf lange Sicht seine
35 Klimaschutzziele erreichen.

36

*Unsere
Grundsätze*

Prinzip Verantwortung

Liberaler Umwelt- und Energiepolitik

1 Wir werden:

- 2 • die Umweltstandards im europäischen Binnenmarkt harmonisieren und
3 europaweit geltende Standards und effiziente Kontrollmechanismen für
4 deren Einhaltung schaffen,
- 5 • nicht einseitig die Gebäudeeigentümer mit den Kosten energetischer
6 Sanierungen belasten und setzen uns daher für eine Novellierung des
7 Mietrechtes ein, damit Investitionen nach dem EnWG verstärkt umlage-
8 fähig werden. Ziel ist es, die Belastung zwischen Vermieter und Mieter
9 fair zu teilen.

Unsere Ziele
2011 - 2016

Prinzip Verantwortung

Libérale Umwelt- und Energiepolitik

1 Umweltforschung und Umweltbildung

2 Die Umweltforschung ist ein wesentlicher Baustein einer zukunftssichernden
3 innovationsorientierten Umweltpolitik.

4 Innovative Umwelttechniken sind eine wesentliche Voraussetzung, um umwelt-
5 freundlich zu produzieren und nachhaltig zu wirtschaften. Ökoeffiziente Inno-
6 vationen und Umwelttechnologien tragen nicht nur zu Umweltentlastung bei,
7 sie fördern auch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Ein entscheidender
8 Faktor wird dabei die Ressourceneffizienz sein. Nur mit einem hohen Grad an
9 Ressourceneffizienz durch den Einsatz modernster Umwelt- und Prozesstechnik
10 lassen sich die Umweltbelastungen vom Wachstum entkoppeln.

11 Schlüsseltechnologien mit Querschnittsfunktionen, wie z.B. Mikro- und Nano-
12 technologie, Bionik oder Biotechnologie werden in Zukunft die moderne Um-
13 welttechnik verstärken. Bei der Erforschung und Entwicklung dieser Schlüssel-
14 technologien müssen daher von vornherein mögliche Nutzungspotenziale für
15 die Umwelttechnik beachtet und Synergien genutzt, aber auch deren mögliche
16 Risiken untersucht und aufgezeigt werden.

17 Die baden-württembergische Umwelttechnik nimmt weltweit eine Spitzenposi-
18 tion ein. Ziel ist es, die Marktposition baden-württembergischer Unternehmen
19 in diesem Zukunftsmarkt zu stärken.

20 Das Wissen um nachhaltige Entwicklung der Umwelt ist die Grundlage in der
21 Umweltpolitik. Umweltbildung sorgt für eine hohe Akzeptanz des Umweltschutz-
22 es bei Bürgerinnen und Bürgern. Wer über die Schönheit und Vielfalt
23 unserer natürlichen Lebensgrundlagen informiert ist und sie versteht, ist stär-
24 ker bereit, sich selbst umweltbewusst zu verhalten und aktiv für den Schutz der
25 Umwelt einzusetzen. Außerdem soll die intelligente Nutzung der Natur gestärkt
26 und gefördert werden.

27 Wir werden:

- 28 • die Energie- und Ressourcenproduktivität und damit die Wettbewerbs-
29 fähigkeit der deutschen Volkswirtschaft erhöhen und den Umweltschutz
30 damit als Antrieb für die Schaffung neuer, qualifizierter und sicherer
31 Arbeitsplätze nutzen.
- 32 • eine ambitionierte Umweltpolitik betreiben mit verantwortungsvoller
33 Entwicklung von Schlüsseltechnologien als Motor für die Entwicklung
34 und weltweite Vermarktung von Zukunftstechnologien.
- 35 • die schulische und außerschulische Umweltbildung stärken und das
36 Freiwillige Ökologische Jahr erweitern

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Prinzip Verantwortung

Liberaler Umwelt- und Energiepolitik

- 1 • die Umweltbildung schon im Vorschulalter beginnen. Auch in der Ju-
2 gend- und Erwachsenenbildung helfen entsprechende Angebote, das
3 Verständnis und die Akzeptanz von Umweltpolitik zu verbessern. Die
4 FDP sieht ehrenamtlich tätige Vereine und Verbände sowie Einzelpersonen
5 dabei als wertvolle Kooperationspartner an.
- 6 • die schulische Umweltbildung durch mehr Umweltprojekte im schuli-
7 schen und außerschulischen Bildungsbereich stärken. Außerschulische
8 Umweltbildungsarbeit in der Jugend- und Erwachsenenbildung sollte
9 stärker unterstützt. Das Freiwillige Ökologische Jahr sollte mit mehr
10 Plätzen ausgestattet werden.

Prinzip Verantwortung

Liberale Umwelt- und Energiepolitik

1 Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor

2 Der Umweltschutz ist zu einem wichtigen Job-Motor in Deutschland geworden.
3 Umwelttechnik und erneuerbare Energien sind wichtige Wachstumsmärkte, die
4 Arbeitsplätze schaffen. In Baden-Württemberg arbeiten immer mehr Menschen
5 im Umweltsektor. Mehr als 100.000 Arbeitsplätze im Land hängen vom Um-
6 weltschutz ab. Umweltschutzanforderungen sollen zum Innovationsmotor wer-
7 den, damit die Potenziale des Umweltschutzes für die Beschäftigung umfassend
8 genutzt werden.

9 Wir unterstützen freiwillige Ansätze im betrieblichen Umweltschutz. Wir sehen
10 in der europäischen Norm für betriebliches Umweltmanagement – EMAS – ein
11 hervorragendes Instrument, um auf der Ebene des einzelnen Unternehmens die
12 betriebliche Umweltschutzleistung kontinuierlich und systematisch zu verbessern. Das
13 Land honoriert die höhere Eigenverantwortung, die EMAS-validierte Unter-
14 nehmen übernehmen, durch Erleichterungen bei Berichtspflichten. Außerdem
15 wurden für diese Unternehmen die Gebühren für umweltrechtliche Genehmig-
16 ungsverfahren um 30% reduziert.

17 Umweltrechtliche Genehmigungsverfahren für kleine und mittlere Unterneh-
18 men finden auf kommunaler Ebene statt. Um auch diese Unternehmen zu errei-
19 chen, wollen wir uns dafür einsetzen, diese Gebührenvorteile auch auf die Ebe-
20 ne der Stadt- und Landkreise zu übertragen.

21 Wir werden

- 22 • die Absicht des Bundes unterstützen, das bislang zersplitterte Umwelt-
23 recht in einem Umweltgesetzbuch zusammenzufassen. Die Zielrichtung,
24 die verschiedenen Genehmigungsverfahren im Rahmen des Umweltge-
25 setzbuches durch eine integrierte Vorhabengenehmigung zu ersetzen
26 und damit zu Synergie- und Vereinfachungseffekten zu kommen.
- 27 • betrieblichen Umweltschutz durch Änderung der Gebührenvorschriften
28 auf kommunaler Ebene anerkennen.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Prinzip Verantwortung

Liberale Umwelt- und Energiepolitik

1 Naturschutz und Raumordnung

2 Die FDP sieht den Menschen als Bestandteil von Natur und Umwelt. Natur-
3 schutz kann nur erfolgreich sein, wenn er die Menschen einbezieht und nicht
4 ausgrenzt oder gar als Störenfriede aus der Natur verdrängt. Dabei sind wir in
5 Baden-Württemberg auf einem guten Weg. Mit dem naturschutzorientierten
6 Regionalentwicklungsprogramm PLENUM (Projekt des Landes zur Erhaltung
7 und Entwicklung von Natur und Umwelt) haben wir erfolgreiche Ansätze für
8 Partizipationsmodelle gesetzt. Das wollen wir weiterentwickeln.

9 Gleiches gilt für den Hochwasserschutz. Das Land Baden-Württemberg hat aus
10 Verpflichtung sowohl gegenüber dem Gemeinwohl als auch gegenüber den
11 Nachbarländern erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen, um das
12 Hochwasserrisiko weiter zu minimieren. Wir sehen aber auch die Grenzen der
13 unmittelbaren Belastbarkeit sowohl der von Baumaßnahmen betroffenen Bür-
14 ger als auch der Natur insbesondere durch künstliche Überflutungen von Fluss-
15 auen.

16 Naturschutz soll den schädlichen Einfluss des Menschen minimieren und eine
17 Balance der Artenvielfalt gewährleisten. Dabei müssen Fehlentwicklungen bei
18 Populationen korrigiert werden. Die FDP begrüßt daher die neue Kormoranver-
19 ordnung, mit deren Hilfe die Kormoranpopulation sinnvoll gemanagt wird.

20 Auch in Städten muss Naturerleben möglich sein. Daher ist uns Naturschutz in
21 der Stadt und die Erhaltung von innerstädtischen Grünzonen ein wichtiges An-
22 liegen.

23 Dabei ist die Flächenpolitik für die FDP ein umwelt-, raumordnungs- und städ-
24 tebaupolitischer Schwerpunkt. Baden-Württemberg weist unter den Ländern
25 die höchste Flächenproduktivität auf. Beim Verhältnis von Bruttoinlandspro-
26 dukt zu Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt Baden-Württemberg um mehr als
27 ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt.

28 Aufgrund der demographischen Entwicklung wird der Handlungsdruck, die
29 vorhandene Fläche noch effizienter zu nutzen, weiter zunehmen.

30 Wir werden:

- 31 • im Hinblick auf das reichhaltige Naturerbe dieses Landes eine neue
32 Partnerschaft zwischen Naturschutz, nachhaltiger Landwirtschaft und
33 umweltverträglichem Tourismus fördern.
- 34 • weiterhin das vorhandene planerische Instrumentarium sowie die Städ-
35 tebauförderung auf eine flächensparende Stadtentwicklung ausrichten,
36 um das Potenzial der Innenentwicklung noch besser zu nutzen.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Prinzip Verantwortung

Liberales Umwelt- und Energiepolitik

- 1 • regionale Gewerbeflächenpools und Maßnahmen der Flächenkartierung
2 unterstützen.
- 3 • im ländlichen Raum in kleinen Gemeinden die bisher bewährten In-
4 strumente des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum und der
5 Flurneuordnung in Kombination einsetzen. Enge und durch teilweise
6 alte Bausubstanz unattraktiv gewordene Ortslagen können durch ent-
7 sprechende Bodenordnung und Infrastrukturmaßnahmen aufgelockert
8 werden und eine Wiederbelebung erfahren.
- 9 • einen abgewogenen Hochwasserschutz, der das Hochwasserrisiko mi-
10 nimiert, ohne die durch Maßnahmen Betroffenen zu sehr zu belasten.
- 11 • die reichhaltige biologische Vielfalt im Land unter ausgewogener Balan-
12 ce der Arten erhalten.
- 13 • eine Änderung der Ausgleichsregelung für naturschutzrechtliche Ein-
14 griffsmaßnahmen, die die Erhaltungskosten für Streuobstwiesen als Er-
15 satzleistungen anerkennt und eine vorrangige Mittelverwendung von
16 Ersatzleistungen für konkrete Naturschutzprojekte vorsieht.
- 17 • im Rahmen einer effizienten Flächenpolitik die Inanspruchnahme un-
18 bebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke weiter zurückfüh-
19 ren und das Potenzial der Innenentwicklung verstärkt nutzen. Ein Maß-
20 nahmenschwerpunkt wird deshalb sein, die Innenentwicklung der
21 Kommunen zu stärken, um die Flächeninanspruchnahme im Außenbe-
22 reich zu bremsen und die Siedlungsstrukturen im Land dem veränder-
23 ten gesellschaftlichen Bedarf anzupassen.

Prinzip Verantwortung

Liberaler Umwelt- und Energiepolitik

1 Lärmschutz - Lebensqualität erhalten

2 Lärm belastet die Bürger direkt und schränkt die Lebensqualität ein.

3 Verkehrslärm auf Straße, Schiene und von Flugzeugen soll möglichst am Ort des
4 Entstehens vermieden werden. Streckenplanung und Umrüstung auf lärmarme
5 Technik stehen daher vor sekundären Lärmschutzmaßnahmen wie Schall-
6 schutzwänden und -fenstern.

7 Lärmschutz im Freizeitbereich kann nur durch intelligente Flächenplanung,
8 rechtlich klare Regelungen und gegenseitige Toleranz gewährleistet werden.

9 Wir wollen in Baden-Württemberg ein gesundes Lebensumfeld für die junge
10 und ältere Generation schaffen und erhalten. Lärmschutzpolitik muss letztlich
11 allen Bürgern die Freiräume geben, die sie für ein selbstbestimmtes Leben be-
12 nötigen. Bei der Planung lärmrelevanter Vorhaben sollten alle betroffenen Ak-
13 teure gleichrangig angehört und ihre Belange ausgewogen behandelt werden.

14 Wir werden

- 15 • die Lärmsanierung in den von übermäßiger Lärmbelastung betroffener
16 Gebiete der Städte und Gemeinden weiterhin landespolitisch vorrangig
17 behandeln. Dabei gilt „aktiver Lärmschutz vor passivem Lärmschutz“
- 18 • eine klare rechtliche Definition von Kindertagesstätten, Spielplätzen
19 und Bolzplätzen im Bundesimmissionsschutzrecht und eine baurechtliche
20 Privilegierung von Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten an-
21 streben. Wir setzen uns auf kommunaler Ebene für eine intelligente Flä-
22 chenplanung zur Entschärfung von Lärmproblematik im Freizeitbereich
23 ein.
- 24 • durch besseren Lärmschutz mehr Lebensqualität für Anwohner sowie
25 eine höhere Akzeptanz für den dringend notwendigen Ausbau unserer
26 Straßen- und Schienenwege erreichen. Wir wollen Lärm an der Quelle
27 bekämpfen und setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, bei Eisen-
28 bahn-Neubaustrecken den Schienenbonus zu streichen. Weiterhin set-
29 zen wir uns für lärmdifferenzierte Trassenpreise ein, um Anreize zu
30 schaffen, insbesondere alte Güterzüge technisch nachzurüsten und lei-
31 ser zu machen;
- 32 • uns weiterhin für eine einvernehmliche Lösung des seit mehr als vierzig
33 Jahre andauernden Fluglärmstreits am Oberrhein (Zürich-Kloten) ein-
34 setzen. Eine Einbindung der Bevölkerung durch Einsetzung einer Flug-
35 lärm-Kommission, wie es sie auch an deutschen Flughäfen gibt, halten
36 wir für sinnvoll, um einen konstruktiven Dialog in Gang zu setzen;

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Prinzip Verantwortung

Liberale Umwelt- und Energiepolitik

1 Für eine zukunftssichere Energiepolitik

2 Liberale Energiepolitik muss vom sinnvoll Machbaren geleitet sein und nicht
3 von Ideologien. Ein weltweit steigender Energieverbrauch, immer knapper wer-
4 dende Ressourcen und der Klimawandel sind dabei ihre Determinanten. Ein-
5 griffe des Staates – etwa zum Erreichen von ökonomischen oder ökologischen
6 Zielen – müssen marktkonform sein, d.h. stets Anreize für ein wirtschaftlich
7 vernünftiges Verhalten bewahren.

8
9 Die wichtigste Strategie, um die Versorgung Deutschlands mit Energie für die
10 Zukunft sicherzustellen, bleibt ein breiter Mix aus erneuerbarer Energie, Kern-
11 kraft, Öl, Kohle und Gas. Je größer die Vielfalt der Energieträger, Rohstoffliefer-
12 länder und Erzeugertechnologien, Transport und Speichertechnologien desto
13 sicherer und damit verlässlicher wird unsere Energieversorgung in der Zukunft
14 sein.

15
16 Mit dem Energiekonzept Baden-Württemberg 2020 wurden durch die
17 CDU/FDP-Landesregierung Ziele und Möglichkeiten eines ökologischen, wirt-
18 schaftlichen und sicheren Energiemix für Baden-Württemberg formuliert, die in
19 engem Zusammenwirken von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Politik
20 erreicht werden sollen.

21 Wir werden

- 22 • eine Energiepolitik betreiben, die dazu beiträgt, die Ziele des Energie-
23 wirtschaftsgesetzes zu erreichen: eine möglichst sichere, preisgünstige,
24 verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung
25 der Allgemeinheit mit Elektrizität, Wärme und Gas sicherzustellen;
- 26 • den Schwerpunkt landespolitischer Maßnahmen weiterhin auf die Un-
27 terstützung von Forschung und Entwicklung im Bereich regenerativer
28 Energien setzen, um damit die Grundlagen für einen langfristigen Über-
29 gang zu neuen Energieversorgungsstrukturen wie solaren Wasserstoff-
30 technologien oder E-Mobilität zu legen und zugleich den Wirtschafts-
31 standort Baden-Württemberg zu stärken und neue Exportmärkte zu er-
32 schließen. Hierzu wollen wir Forschung, Industrie und Mittelstand noch
33 stärker vernetzen; Wettbewerb und Transparenz auf den Strom- und
34 Gasmärkten weiter verbessern. Nur durch marktwirtschaftliche Impulse
35 auf der Nachfrageseite kann ein europaweit funktionierender Energie-
36 Binnenmarkt entstehen.
- 37 • Wettbewerb und Transparenz auf den Strom- und Gasmärkten weiter
38 verbessern, da nur durch marktwirtschaftliche Impulse auf der Nach-

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Prinzip Verantwortung

Liberaler Umwelt- und Energiepolitik

- 1 frageseite ein europaweit funktionierender Energie-Binnenmarkt ent-
2 stehen kann
- 3 • im Rahmen des Landesenergiekonzepts 2020 bis zum Jahr 2020 min-
4 destens 20 Prozent des Stroms, 16 Prozent der Wärme und 13 Prozent
5 der Primärenergie aus erneuerbaren Energiequellen gewinnen sowie die
6 Primärenergieproduktivität um 2 Prozent pro Jahr erhöhen und gleich-
7 zeitig den Primärenergieverbrauch senken.
 - 8 • den positiven Trend beim Ausbau der erneuerbaren Energien beibehal-
9 ten und so einen erheblichen Beitrag des Landes zur Erreichung der
10 Energie- und Klimaschutzziele der Bundesregierung sicherstellen
 - 11 • langfristig eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversor-
12 gung weitgehend mit erneuerbaren Energieträgern anstreben; dies ist
13 auch mit Blick auf das dort erkennbare enorme Wertschöpfungspotenti-
14 al gerade aus Sicht eines exportorientierten Landes nicht nur energie-
15 und umweltpolitisch, vielmehr auch technologiepolitisch geboten;
 - 16 • bis dahin einen ausgewogenen Energiemix aus fossilen Energieträgern,
17 Kernkraft und erneuerbaren Energien gewährleisten, der die Vor- und
18 Nachteile einzelner Energieträger hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Ver-
19 fügbarkeit und Umweltverträglichkeit ausgleicht. In diesem Zusam-
20 menhang stehen wir zur Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwer-
21 ke , da so eine vermehrte Nutzung fossiler Energieträger und damit eine
22 Gefährdung der nationalen Klimaschutzziele vermieden wird und Si-
23 cherheitsrisiken nicht in Nachbarländer transferiert werden. Durch die
24 vereinbarten zusätzlichen Abgaben der Kernkraftwerksbetreiber soll der
25 Übergang in ein regeneratives Zeitalter weiter vorangetrieben werden.
26 Die aus der Laufzeitverlängerung resultierenden zusätzlichen elektri-
27 schen Leistungen sollen primär die klimabelastenden fossilen Kraftwer-
28 ke ersetzen
 - 29 • bis 2020 den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung
30 von 10 Prozent auf 20 Prozent verdoppeln und so die Energieeffizienz
31 deutlich erhöhen;
 - 32 • dezentrale Strukturen der Energieerzeugung und -speicherung weiter
33 ausbauen, um langfristig noch höhere Anteile der erneuerbaren Ener-
34 gien und der Kraft-Wärme-Kopplung an der Energieerzeugung zu er-
35 reichen.
 - 36 • die Errichtung von Offshore-Windkraftanlagen und die Erforschung der
37 Offshore-Technologie, verstärkt fördern. Insbesondere wollen wir Maß-
38 nahmen zur Netzintegration solcher Anlagen unterstützen;

Prinzip Verantwortung

Liberaler Umwelt- und Energiepolitik

- 1 • die Nutzung der Windkraft auch innerhalb Baden-Württembergs weiter
2 ausbauen und, sollte es sich im Rahmen des fortlaufenden Monitorings
3 zum Landesenergiekonzept erweisen, dass dies mit dem derzeitigen
4 Landesplanungsgesetz nicht gelingen wird, auch dieses anpassen;
- 5 • Investitionen in den Kraftwerksstandort Baden-Württemberg, in den
6 Ausbau der Stromnetze und in Speichermöglichkeiten unterstützen,
7 damit auch zukünftig eine wirtschaftliche Stromversorgung des Landes
8 gewährleistet werden kann.
- 9 • alle Anstrengungen unternehmen, um durch Energiesparen, eine ratio-
10 nellere Energienutzung und den Einsatz regenerativer Energieträger die
11 Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu mindern. Hierzu wollen
12 wir die Information der Verbraucher und die Anreize zu rationeller
13 Energienutzung weiter verbessern.
- 14 • auch im Bereich der Elektrizitätsversorgung alle Anstrengungen unter-
15 nehmen, um Energie einzusparen und rationeller zu nutzen, um so die
16 Entwicklung des Stromverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum zu
17 entkoppeln.
- 18 • die Anstrengungen zur energetischen Sanierung und Modernisierung
19 des Altbaubestands in Abstimmung zwischen Bund und Ländern weiter
20 verstärken, da hier die größten Potentiale liegen, Kohlendioxidemissio-
21 nen zu vermeiden.
- 22 • bei den Liegenschaften des Landes die energetische Sanierung voran-
23 treiben und dabei auch auf innovative Finanzierungsformen wie Public
24 Private Partnership zurückgreifen.

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Libérale Verkehrspolitik

1 Wettbewerb sichert Mobilität

2 Wir bekennen uns zu einer ideologiefreien Verkehrspolitik, die sich ihrer Ver-
3 antwortung für Gesellschaft und Umwelt bewusst ist. Die mobile Bürgergesell-
4 schaft braucht alle Verkehrsträger und –angebote und muss offen sein für neue
5 Entwicklungen und moderne Technologien. Liberale Verkehrspolitik bezieht
6 alle Verkehrsträger und Verkehrsmittel gleichermaßen in eine optimale Konzep-
7 tion ein und spielt sie nicht gegeneinander aus.

8 Mobilität und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sind das Rückgrat
9 einer prosperierenden Volkswirtschaft. Sie sind Voraussetzung für die Wettbe-
10 werbsfähigkeit unserer Regionen und für die hohe Lebensqualität der Bürgerin-
11 nen und Bürger. Sie gewinnen durch die voranschreitende globale Verflechtung
12 der Märkte stetig an Bedeutung. Bürger und Wirtschaft brauchen Bewegungs-
13 freiheit, Entscheidungsoptionen und Verlässlichkeit, um zukünftigen Heraus-
14 forderungen gerecht werden zu können.

15 Die kürzlich erfolgte Zusammenlegung des bisher im Innenministerium ange-
16 siedelten Verkehrsbereichs mit dem Umweltministerium stellt für die Ver-
17 kehrspolitik keine optimale Lösung dar. Wirtschaft und Verkehr bilden eine
18 systemische Einheit, daher streben wir eine Integration des Politikbereichs Ver-
19 kehr in das Wirtschaftsministerium an.

20 Der große Investitionsbedarf im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zeigt, dass in
21 der Finanzierung des Verkehrs neue Wege gegangen werden müssen. Ziel muss
22 es sein, für alle Verkehrsträger eine stabile und verlässliche Finanzierungs-
23 grundlage zu schaffen, die weit weniger abhängig von der Entwicklung der öf-
24 fentlichen Haushalte ist als heute. Dazu braucht es einen gerechten und nach-
25 vollziehbaren Wettbewerbsrahmen.

26 Wir wollen

- 27 • die externen Kosten jedem Verkehrsträger verursachergerecht zuwei-
28 sen. Damit wird Kostenwahrheit erreicht, die zu einem fairen Wettbe-
29 werb zwischen den Verkehrsträgern und zu einer Verlagerung des Ver-
30 kehrs führen wird.
- 31 • seit langem die Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur auf eine andere
32 Grundlage stellen und setzen uns deshalb für die Einführung einer Nut-
33 zerfinanzierung durch eine Pkw-Maut ein, die die konjunkturenfallige
34 Steuerfinanzierung weitestgehend ersetzt. Es darf dabei nicht zu einer
35 Zusatzbelastung für die Bürgerinnen und Bürger kommen. Langfristig
36 streben wir einen von öffentlichen Haushalten unabhängigen, geschlos-
37 senen Finanzierungskreislauf Straße an.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Liberaler Verkehrspolitik

- 1 • trotz der schwierigen Haushaltslage eine langfristig stabile Finanzierung
2 des öffentlichen Verkehrs anstreben. Die dem Land Baden-
3 Württemberg zufließenden Regionalisierungsmittel müssen künftig
4 vollständig und ausschließlich für Maßnahmen zur Förderung des
5 ÖPNV eingesetzt werden.
- 6 • das Gesetz zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden
7 bedarfsgerecht weiterentwickeln, um bestmöglich auf konkrete Bedürf-
8 nisse der Kommunen eingehen zu können.
- 9 • einen fairen, intermodalen Wettbewerb zu harmonisierten Bedingungen
10 zwischen etablierten und neuen Marktteilnehmern im Verkehr. Die Ge-
11 fahr missbräuchlicher Marktmacht ist durch effektive Regulierung und
12 Kostentransparenz zu bändigen.
- 13 • darauf hinwirken, dass bei EU-weiten Ausschreibungen von Verkehrs-
14 dienstleistungen im Wettbewerb die erwarteten Leistungen zwar ein-
15 deutig spezifiziert werden, die Umsetzung in marktfähige Produkte je-
16 doch der unternehmerischen Kreativität des Anbieters überlassen
17 bleibt.
- 18 • einen fairen Angebotswettbewerb im ÖPNV im ländlichen Raum durch-
19 setzen, um dem Bürger attraktive Alternativen zum eigenen Pkw aufzu-
20 zeigen. Um Rechtsicherheit für die Genehmigungsbehörden, Aufgaben-
21 träger und Verkehrsunternehmen zu schaffen, werden wir uns auf Bun-
22 desebene für eine rasche Novellierung des Personenbeförderungsgeset-
23 zes nach europarechtlichen Vorgaben einsetzen.

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Liberaler Verkehrspolitik

1 Die Zukunft des Straßenverkehrs

2 Ein gut ausgebautes, leistungsfähiges Straßennetz ist für Baden-Württemberg
3 als wirtschaftsstarke Region und Transitland im Herzen Europas essentiell
4 wichtig. Um im Wettbewerb der Standorte Schritt halten zu können, müssen
5 Lücken im Netz rasch geschlossen und das vorhandene Netz in seiner Substanz
6 nachhaltig erhalten und bedarfsorientiert ausgebaut werden. In der Vergangen-
7 heit hat unser Land zu wenig von Investitionen des Bundes in das Fernstraßen-
8 netz profitiert.

9 Ein wichtiges Anliegen ist die Sicherheit im Straßenverkehr. Auch wenn die
10 Zahl der Unfälle mit Personenschaden kontinuierlich zurückgeht, bleibt politi-
11 scher Handlungsbedarf.

12 Wir werden

- 13 • uns dafür einsetzen, dass der Bund einen „Ausbau Südwest“ in seinen
14 Investitionsplanungen für die nächsten Jahre verankert und sich mehr
15 als in der Vergangenheit seiner Infrastrukturverantwortung für Baden-
16 Württemberg stellt. Nur so können dringend erforderliche Ausbaumaß-
17 nahmen wie z. B. die A5 (Ausbau südlich Offenburgs), die A6 (Ausbau
18 zwischen Weinsberger Kreuz und Crailsheim), die A8 (Enztalquerung
19 bei Pforzheim, Alaufstieg zwischen Gruibingen und Hohenstadt) sowie
20 die A81 (Ausbau zwischen Sindelfingen und Ehningen) zeitnah realisiert
21 werden
- 22 • die bislang als verkehrsträgerübergreifende Finanzierungsgesellschaft
23 für Straße, Schiene und Wasserstraße gestaltete VIFG (Verkehrsinfra-
24 strukturfinanzierungsgesellschaft) zu einer Bundesfernstraßengesell-
25 schaft weiterentwickeln. Dieser Gesellschaft werden Planung, Bau, Er-
26 haltung und Betrieb sowie Finanzierung der für den Fernverkehr rele-
27 vanten Bundesautobahnen und Bundesstraßen übertragen.
- 28 • das Angebot an LKW-Parkplätzen an den Fernverkehrsstraßen verbes-
29 sern. Dazu gehören mehr Stellplätze, ausreichende Aus- und Einfädel-
30 spuren und Telematiklösungen, um die Lkw-Fahrer über freie Stellplät-
31 ze zu informieren;
- 32 • die Mittel für den Landesstraßenbau anhaltend auf ein höheres Niveau
33 steigern. Damit können zukünftig vermehrt notwendige Ortsumfahrun-
34 gen zügig verwirklicht werden. Bedarfsgerechte Erhaltung und Unter-
35 haltung der Landesstraßen sind, auch aus Rücksicht auf nachfolgende
36 Generationen vorrangig zu finanzieren.
- 37 • vor einem Ausbau der Straßeninfrastruktur immer die Überlegung stel-
38 len, ob durch Einsatz moderner Telematiklösungen die Leistungsfähig-

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Liberaler Verkehrspolitik

- 1 keit der Verkehrsinfrastruktur nicht so weit verbessert werden kann,
2 dass ein Ausbau gar nicht erst notwendig wird.
- 3 • Verkehrswege und Verkehrsgeschehen so gestalten und steuern, dass
4 Unfälle und Behinderungen weiter zurückgehen und – wo immer mög-
5 lich – vermieden oder gemildert werden.
- 6 • Projekte zur Verkehrserziehung wie den Fußgängerführerschein für
7 Kinder im Vorschulalter und die Ausbildung zum Fahrradführerschein
8 für Schulkinder der 4.Klassenstufe weiter fördern.
- 9 • die Schaffung attraktiver Alternativangebote für junge Menschen wie
10 z.B. Disco- und Nachtbusse, um Verkehre vom motorisierten Individu-
11 alverkehr auf weniger unfallgefährdete Verkehrsträger zu verlagern.

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Libérale Verkehrspolitik

1 Die Zukunft des Schienenverkehrs

2 Die Infrastruktur des Schienenverkehrs erweist sich in Baden-Württemberg zu-
3 nehmend als wachstumslimitierender Engpass. Sowohl aus Sicht des Personen-
4 verkehrs als auch des Güterverkehrs sind Aus- und Neubauten von Strecken
5 dringend geboten, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene im Wettbewerb der
6 Verkehrsträger sicherzustellen.

7 Wir werden

- 8 • werden die Neuordnung des Eisenbahnknotens Stuttgart durch Umges-
9 taltung des alten Kopfbahnhofs in einen modernen Durchgangsbahnhof
10 sowie den Neubau der Schnellfahrstrecke zwischen Wendlingen und
11 Ulm realisieren. Das Votum für Stuttgart 21 und für die Neubaustrecke
12 nach Ulm ist die wichtigste verkehrspolitische Weichenstellung seit
13 Gründung unseres Landes. Bahn und Bund werden allein im Rahmen
14 dieses Projektes bis zum Jahr 2020 über 4,5 Milliarden Euro in Baden-
15 Württembergs Schieneninfrastruktur investieren. Durch die Umwand-
16 lung des alten Kopfbahnhofs in einen modernen, unterirdischen Durch-
17 gangsbahnhof kann Stuttgart besser in das europäische Schienennetz
18 der Zukunft einbezogen werden. Die Magistralen Paris-Budapest und
19 Amsterdam-Sizilien werden dann nicht mehr durch einen unzeitgemä-
20 ßen Kopfbahnhof in unserer Landeshauptstadt unterbrochen, sondern
21 Stuttgart und das ganze Land rücken durch kürzere Reisezeiten näher
22 an zentrale Wirtschaftsräume in Nord, Süd, Ost und West. Auch der ge-
23 samte Regionalverkehr wird leistungsfähiger und bequemer: Durch die
24 neue Anbindung des Flughafens Stuttgart rücken Innenstadt, Flughafen
25 und Messegelände näher zusammen. Aus dem ganzen Land werden der
26 Ballungsraum Stuttgart und der Flughafen schneller und bequemer zu
27 erreichen sein. Aufgrund der verbesserten Erreichbarkeit vieler Regio-
28 nen durch Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm wird
29 ein dauerhafter Wertschöpfungszuwachs von landesweit rund 500 Mil-
30 lionen Euro pro Jahr prognostiziert.
- 31 • den menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn in An-
32 lehnung an den Entwurf der „Bürgertrasse“ unterstützen. Sollten Bund
33 und Bahn ihre Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger nicht in
34 ausreichendem Maße wahrnehmen, sind wir bereit, Landesmittel für ei-
35 ne Verbesserung des Lärmschutzes bereitzustellen. Wegen des wirt-
36 schaftlichen Eigeninteresses der Bahn an diesem Projekt und seiner eu-
37 ropäischen Bedeutung lehnen wir jedoch eine Beteiligung an den Stre-
38 ckenbaukosten ab.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Liberaler Verkehrspolitik

- 1 • die weiteren Zulaufstrecken zu den neuen alpenquerenden Schienen-
2 strecken (Gäubahn, Südbahn) in der Schweiz zügig ausbauen.
- 3 • durch den Ausbau der Strecke von Appenweier nach Kehl/Straßburg
4 und die Wiederinbetriebnahme der Verbindung Müllheim-Mulhouse
5 verbesserte Nah- und Fernverkehrsverbindungen nach Frankreich
6 schaffen und Freiburg an das französische TGV-Netz anschließen.
- 7 • eine rasche Realisierung der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim mit
8 Anbindung ausschließlich über den Hauptbahnhof Mannheim anstre-
9 ben. Die Fernverkehrsanknüpfung des Knotens Mannheim und damit des
10 Rhein-Neckar-Raumes muss beim Ausbau des stark überlasteten Korri-
11 dors erhalten bleiben und langfristig gesichert werden.
- 12 • den Verdichtungsraum Reutlingen-Tübingen und das Oberzentrum
13 Heilbronn besser mit dem Fernverkehrsnetz verknüpfen.
- 14 • die Elektrifizierungsoffensive vorantreiben, um den Anteil der elektri-
15 schen Traktion im Personen- und Güterverkehr weiter steigern zu kön-
16 nen und damit die Leistungsfähigkeit des Netzes zu erhöhen und die
17 Emissionen weiter zu verringern.
- 18 • das Vorhaben der Bundesregierung, in Zukunft Buslinienfernverkehr
19 zuzulassen, positiv begleiten, um attraktive Fernverbindungen zu er-
20 möglichen. Die Regionen Baden-Württembergs, die in den vergangenen
21 Jahren ihre Fernverkehrshalte der Bahn verloren haben, werden von
22 dieser Neuregelung besonders profitieren.

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Liberaler Verkehrspolitik

1 Die Zukunft des Luftverkehrs

2 Baden-Württemberg verfügt über leistungsfähige Flughäfen, deren Ziel es sein
3 muss, ihre Marktposition neben den deutschen und europäischen Großflughä-
4 fen zu stärken. Das Land hat die Aufgabe, dafür optimale Rahmenbedingungen
5 zu schaffen.

6 Wir wollen

- 7 • eine langfristig orientierte Luftverkehrspolitik, die sich am Gesamtbild
8 der Verkehrsströme und auch an den Entwicklungen jenseits der Lan-
9 desgrenzen orientiert.
- 10 • für den Landesflughafen Stuttgart den Schwerpunkt auf ein qualitatives
11 Wachstum setzen und sehen deshalb keine Notwendigkeit für eine zwei-
12 te Start- und Landebahn.
- 13 • im Rahmen eines landesweiten Luftverkehrskonzepts den Flughafen
14 Karlsruhe/Baden-Baden ertüchtigen. Dazu brauchen wir einen direkten
15 Anschluss an die nahe A5, eine verbesserte Nahverkehrsanbindung mit
16 Bus und Stadtbahn sowie eine direkte Schienenanbindung an die Rhein-
17 talbahn.

18

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Liberales Verkehrspolitik

1 Weiterentwicklung des ÖPNV

2 Als Teil der Daseinsvorsorge und Garantie individueller Mobilität ist der öffent-
3 liche Personennahverkehrs eine zentrale Gestaltungsaufgabe der Landespolitik.
4 Baden-Württemberg verfügt flächendeckend über ein hervorragendes Nahver-
5 kehrssystem, dass bedarfsgerecht weiterentwickelt werden muss.

6
7 Wir wollen:

- 8 • Pünktlichkeit, Sauberkeit und Sicherheit als Qualitätsmerkmale des
9 ÖPNV systematisch verbessern und stabilisieren sowie die Angebote
10 bedarfsgerechter, effizienter und kostengünstiger gestalten, um zusätz-
11 liche Kundenpotentiale zu erschließen;
- 12 • die Tarife im öffentlichen Verkehr auf allen Ebenen durch einheitliche
13 Preissysteme und gemeinsame Angebote aller Anbieter vereinfachen
14 und transparenter zu gestalten, sowie elektronische Abrechnungssys-
15 teme (eTicketing) landesweit kompatibel einführen;
- 16 • Zusammenschlüsse von Verkehrsverbänden zu größeren Einheiten (wie
17 in Ostwürttemberg, Franken und Neckar-Alb-Donau geschehen) wei-
18 terhin positiv begleiten;
- 19 • Grenzüberschreitende Verkehrskooperationen noch stärker fördern.
20 Dies gilt insbesondere auch für den Ausbau internationaler Kooperatio-
21 nen mit der Schweiz und Frankreich in den entsprechenden Regionen;
- 22 • die Intensivierung der Maßnahmen für barrierefreien Zugang und Nut-
23 zung des ÖPNV, damit in ihrer Mobilität eingeschränkten Bürgerinnen
24 und Bürgern die gleichberechtigte Teilhabe am mobilen Leben möglich
25 wird;
- 26 • das erfolgreiche Karlsruher Modell der Regionalstadtbahnen auch in
27 anderen Oberzentren wie z. B. Reutlingen/Tübingen zur Verbesserung
28 des regionalen Nahverkehrs einführen;
- 29 • im ländlichen Raum im Hinblick auf die demographische Entwicklung
30 und die knappen Finanzmittel verstärkt neue Formen des ÖPNV ein-
31 richten. Dazu müssen flexible Bedarfsverkehre (z. B. Rufbus) weiter
32 fortentwickelt und - soweit erforderlich - die rechtlichen Rahmenbedin-
33 gungen (z. B. im Konzessions- oder Abgeltungsrecht) entsprechend wei-
34 terentwickelt und angepasst werden;
- 35 • lokale Bürgerbusverkehre als urliberale Aktivitäten von Bürgern für
36 Bürger sind ausbauen und z.B. mittels der landesseitigen Fahrzeugför-
37 derung unterstützen.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Libérale Verkehrspolitik

1 Güterverkehr

2 Güterverkehr ist das Rückgrat der produzierenden arbeitsteiligen Wirtschaft.
3 Als Folge der weiter fortschreitenden Globalisierung werden die durchschnittlichen
4 Transportweiten und auch das Volumen des Güterverkehrs weiter zunehmen.
5

6

7 Wir wollen:

- 8 • eine Entlastung der Straßen durch eine vermehrte Nutzung von Schiff
9 und Bahn erreichen. Dazu muss bei der Planung zukünftiger Gewerbe-
10 ansiedlungen eine gute Verknüpfung mit Schienenverkehr und Binnen-
11 schifffahrt verstärkt berücksichtigt werden;
- 12 • das Netz der Terminals für den bimodalen bzw. trimodalen kombinier-
13 ten Verkehr weiter- entwickeln und den Ausbau von Güterverteilter-
14 ren in Randlagen für den Umschlag von Fernverkehr (Straße, Schiene,
15 Wasser) auf Verteilerfahrzeuge engagiert vorantreiben;
- 16 • im Hinblick auf die bisherigen Modellversuche mit sogenannten „Giga-
17 linern“ die externen Kosten, die eine Zulassung insbesondere hinsicht-
18 lich der Verkehrssicherheit und der Abnutzung unserer Verkehrsinfra-
19 struktur verursachen würden, genau analysieren.

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Liberaler Verkehrspolitik

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 Umweltgerechte und nachhaltige Mobilität

2 Das Spannungsfeld zwischen der wirtschaftlich und gesellschaftlich sehr hohen
3 Bedeutung des Verkehrs und den teilweise erheblichen Umweltwirkungen auf
4 der anderen Seite wird von der Landespolitik schon seit Jahrzehnten sehr ernst
5 genommen. Grundlegendes Ziel einer modernen Verkehrspolitik muss die mög-
6 lichst umweltverträgliche Sicherung gesellschaftlich notwendiger Mobilität sein.

7

8 Wir wollen:

- 9 • die Bildung von Fahrgemeinschaften durch die verstärkte Einrichtung
10 von Zustiege-Parkanlagen sowie durch die vorrangige Benutzung von
11 Parkplätzen auf Werksgeländen fördern und Anreize schaffen, um MIV-
12 Nutzer speziell im Berufs- und Ausbildungspendler zu einer vermehrten
13 Nutzung des ÖPNV zu bewegen. Dazu ist auch ein weiterer Ausbau von
14 Park & Ride-Anlagen zu fördern;
- 15 • die kombinierten Angebote von ÖPNV-Betrieben und Car-Sharing-
16 Anbietern fortentwickeln und z. B. durch die Bereitstellung besonderer
17 Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge vorantreiben;
- 18 • den Radverkehr als ökologische und gesunde Alternative zum Autover-
19 kehr stärken und zunehmend auf die Bedürfnisse von Berufspendlern
20 ausrichten. Wir setzen zudem auf ein landesweites Radwegkonzept,
21 welches auch die großen Chancen des Radtourismus berücksichtigt. Zu
22 diesem Zweck wollen wir auch den konstruktiven Dialog im Landes-
23 bündnis ProRad fortsetzen und vertiefen;
- 24 • zur Verringerung des Flächenverbrauchs für Verkehrszwecke den Rück-
25 bau alter Straßenzüge im Umfeld neu trassierter Straßen sowie die Re-
26 naturierung nicht mehr betriebsnotwendiger Verkehrsflächen aller an-
27 deren Verkehrsträger;
- 28 • Anreize für den Ersatz fossiler Kraftstoffe durch regenerative Energie-
29 träger im Verkehrsbereich verstärken sowie eine Verringerung der Ab-
30 gas- und Lärmbelastung im Straßenverkehr durch Einsatz moderner
31 Fahrzeug- und Informationstechnik;
- 32 • keine kleinräumigen Fahrverbote zur Feinstaubreduzierung. Stattdes-
33 sen sind großflächige Maßnahmen zur Verringerung der Feinstaubbe-
34 lastung zu befürworten. Daher wollen wir die LKW-Maut zu einer
35 schadstoff-, orts- und zeitabhängigen Maut weiterentwickeln, die auch
36 die Feinstaubbelastung berücksichtigt. Desweiteren sind Dieselfahrzeu-
37 ge mit moderner Technologie (z. B. Partikelfilter, Harnstoffeinsprit-
38 zung, Bluetec) zu fördern und Anreize zur Gewichtsreduktion bei neuen
39 PKW zu schaffen;

Verkehrswege als Rückgrat der Wirtschaft

Liberaler Verkehrspolitik

- 1 • durch besseren Lärmschutz mehr Lebensqualität für Anwohner sowie
2 eine höhere Akzeptanz für den dringend notwendigen Ausbau unserer
3 Straßen- und Schienenwege erreichen. Wir wollen Lärm an der Quelle
4 bekämpfen und setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, bei Eisen-
5 bahn-Neubaustrecken den Schienenbonus zu streichen. Weiterhin set-
6 zen wir uns für lärm-differenzierte Trassenpreise ein, um Anreize zu
7 schaffen, insbesondere alte Güterzüge technisch nachzurüsten und lei-
8 ser zu machen;
- 9 • uns weiterhin für eine einvernehmliche Lösung des seit mehr als vierzig
10 Jahre andauernden Fluglärmstreits am Oberrhein (Zürich-Kloten) ein-
11 setzen. Eine Einbindung der Bevölkerung durch Einsetzung einer Flug-
12 lärm-Kommission, wie es sie auch an deutschen Flughäfen gibt, halten
13 wir für sinnvoll, um einen konstruktiven Dialog in Gang zu setzen;
- 14 • die Gleichbehandlung aller Verkehrsträger bei der Mineralölsteuer und
15 der CO₂-Reduktion. Die Einführung einer Besteuerung von Flugbe-
16 triebsstoffen und die Verpflichtung zur CO₂-Minderung sind weltweit,
17 mindestens aber europaweit geboten.

18

Der liberale Staat bleibt vital - durch solide Staatsfinanzen

1 Den Haushalt konsolidieren -

2 Generationengerechtigkeit erreichen

3

4 Nach einer sehr positiven Entwicklung in den Jahren 2006 und 2007 hatten
5 sich in der zweiten Jahreshälfte 2008 infolge der weltweiten Finanzmarkt- und
6 Wirtschaftskrise auch in Baden-Württemberg die Perspektiven wirtschaftlicher
7 Entwicklung dramatisch verschlechtert. Das Jahr 2009 brachte einen Rückgang
8 der Wirtschaftsleistung, wie ihn die Bundesrepublik Deutschland und insbeson-
9 dere das Land Baden-Württemberg noch nicht erlebt hatte. Anders als erwartet
10 aber erholte sich die Wirtschaft 2010 sehr schnell, ein Wachstum von etwa 5%
11 signalisiert eine rasch zurückgewonnene Stärke. Gleichwohl wird es noch dau-
12 ern, bis das Niveau des Jahres 2008 wieder erreicht ist.

13

14 Zwangsläufig schlägt sich diese Entwicklung auch in den Steuereinnahmen des
15 Landes nieder: Der Etat des Jahres 2009 konnte – trotz Steuermindereinnah-
16 men von mehr als zwei Milliarden € - wie im Jahr 2008 ohne neue Kredite aus-
17 geglichen werden, weil eine sparsame Haushaltsführung in den Jahren zuvor
18 zur Bildung von Rücklagen genutzt worden war. 2010 und 2011 aber war ähnli-
19 ches nicht mehr möglich: trotz großer Einsparanstrengungen sah der Doppel-
20 haushalt eine Nettokreditaufnahme von 2,6 Mrd. € (2010) bzw. 2,1 Mrd. €
21 (2011) vor. Das von der jüngsten Steuerschätzung prognostizierte Mehrauf-
22 kommen wird weit überwiegend dazu genutzt, die Neuverschuldung entspre-
23 chend abzusenken. Gleichwohl ist festzuhalten: Das Steueraufkommen des Lan-
24 des wie der Kommunen wird erst 2012 wieder das Niveau des Jahres 2008 er-
25 reichen; der Landeshaushalt konsolidiert sich nicht von selbst.

26

27 Erhebliche Konsolidierungsanstrengungen und ein hohes Maß an Haushaltsdis-
28 ziplin waren erforderlich, um 2008 und 2009 den Landeshaushalt ohne neue
29 Kredite ausgleichen zu können. Und dasselbe wird auch für die Zukunft gelten.
30 Dieser Prozess wird dadurch unterstützt, dass es mit der Föderalismuskommis-
31 sion II gelungen ist, Regelungen zur Begrenzung der Verschuldung von Bund
32 und Ländern (die sog. „Schuldenbremse“) ins Grundgesetz aufzunehmen.
33 Haushalte im Normalfall (also abgesehen von Katastrophen und schweren Re-
34 zessionen) ohne Kreditaufnahme ausgleichen zu müssen, wird für alle Länder
35 bis 2020 verbindlich.

36

37 Das Land Baden-Württemberg muss den Ehrgeiz haben, anderen Ländern vo-
38 ranzugehen und das Ziel der Neuverschuldung Null nicht erst 2020, sondern
39 deutlich früher wieder zu erreichen. 2012/13 wird es voraussichtlich noch nicht

*Unsere
Grundsätze*

Der liberale Staat bleibt vital - durch solide Staatsfinanzen

1 möglich sein, vollständig auf eine Nettokreditaufnahme zu verzichten. Der
2 Haushalt muss aber in diesen Jahren durch Konsolidierungsschritte in Milliar-
3 denhöhe wieder deutlich an das Ziel einer Neuverschuldung Null herangeführt
4 werden. Ab 2014/2015 muss dann gelten: Neuverschuldung Null; und – wie seit
5 2007 in der Landeshaushaltsordnung vorgesehen – kontinuierliche Tilgung der
6 in der Krise neu aufgenommenen Schulden.

7

8 Die Motive der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit erfordern es,
9 unsere Politik so zu gestalten, dass sie nicht dauerhaft zu Lasten künftiger Gene-
10 rationen geht. Gleichzeitig hat das Land den Beweis erbracht, dass eine solide
11 Haushaltspolitik und verstärkte Investitionen in Bildung und Betreuung sowie
12 Wissenschaft und Forschung kein Gegensatz sein müssen: Im Vergleich der
13 westdeutschen Flächenländer liegt Baden-Württemberg hier eindeutig vorn.

14

15 Hierzu haben auch Privatisierungserlöse erheblich beigetragen. Ohne die Libe-
16 ralen hätte es die Veräußerung der Landesanteile an der Energie Baden-
17 Württemberg oder der Gasversorgung Süddeutschland nicht gegeben. Aus die-
18 sen Erlösen aber speisen sich die Zukunftsoffensiven des Landes, mit denen
19 Milliarden in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und neue
20 Technologien investiert werden.

21

22 Wir wollen:

- 23 • möglichst rasch, spätestens aber mit dem Haushalt 21014/2015, wieder
24 das Ziel erreichen, die Haushalte des Landes ohne Neuverschuldung
25 ausgleichen zu können, und die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung,
26 in Zeiten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aufgenommene Kredi-
27 te innerhalb von sieben Jahren wieder zu tilgen, konsequent umsetzen.
- 28 • die im Grundgesetz niedergelegten Vorschriften zur Begrenzung der
29 Verschuldung der öffentlichen Hände („Schuldenbremse“) auch in der
30 Landesverfassung verankern und damit dem Kern der seit 2007 in der
31 Landeshaushaltsordnung enthaltenen Vorschriften Verfassungsrang
32 verleihen.
- 33 • den Übergang zu einem neuen, kaufmännischen Methoden folgenden
34 Haushalts- und Rechnungswesen, das es ermöglicht, mit jedem Haus-
35 halt eine Vermögensrechnung vorzulegen, die künftigen Belastungen
36 des Landeshaushalts (z.B. durch Pensionszahlungen) und den Werte-
37 verzehr des Landesvermögens zu erfassen und damit eine unmittelbar
38 aus dem Haushalt ablesbare Beschreibung der künftigen Verpflichtun-
39 gen und Gestaltungsspielräume des Landes zu erhalten. Darüber hinaus
40 muss in regelmäßigem Abstand durch externe Gutachter eine Generati-
41 onenbilanz zur Beurteilung der langfristigen Tragfähigkeit des Landes-
42 haushalts erstellt werden.

Unsere Ziele
2011 - 2016

Der liberale Staat bleibt vital - durch solide Staatsfinanzen

- 1 • eine tief greifende Aufgabenkritik, die sich nicht auf den Abbau klassi-
2 scher Subventionen beschränken darf. Nur so kann es gelingen, eine
3 weit reichende Ausgabenbegrenzung möglich zu machen und zugleich
4 neue Prioritäten setzen zu können. Sämtliche Leistungen des Landes
5 sind daraufhin zu überprüfen,
- 6 • wie die erbrachten Leistungen effizienter und kostengünstiger er-
7 bracht werden können;
- 8 • ob die erbrachten Leistungen darüber hinaus nicht bürgernäher er-
9 bracht werden können, wenn sie – selbstverständlich mit einer an-
10 gemessenen Finanzausstattung – auf die kommunale Ebene dele-
11 giert werden;
- 12 • ob etlichen Leistungen noch die Bedeutung zukommt, die man ih-
13 nen bei ihrer Einführung zugemessen hat, oder ob manche Leistun-
14 gen nicht einfach auch entfallen können – mehr Mut zu Prioritäten-
15 setzung
- 16 • und schließlich, ob etliche Leistungen nicht besser, effizienter und
17 kostengünstiger privat erbracht werden können – Vorrang von pri-
18 vater vor öffentlicher Erbringung von Leistungen, wo immer dies
19 sinnvoll möglich ist.
- 20 • den Anteil der Personalkosten am Landeshaushalt dauerhaft begrenzen.
21 Die für Qualitätsverbesserungen im Bildungsbereich auch in Zukunft
22 notwendigen zusätzlichen Stellen müssen aus den durch sinkende Schü-
23 llerzahlen frei werdenden Stellen bereit gestellt werden. Außerhalb der
24 Schwerpunktbereiche muss gelten, dass jährlich im Wege der Fluktuati-
25 on etwa 1% der Stellen nicht wieder besetzt wird. Nur so kann es gelin-
26 gen, den ständigen Anstieg der Versorgungsleistungen zumindest teil-
27 weise zu kompensieren.
- 28 • den erfolgreichen Kurs der Privatisierung von Landesbeteiligungen an
29 Unternehmen und anderem Landesvermögen fortsetzen und die Erlöse
30 wo immer möglich unmittelbar zur Verringerung der Verschuldung und
31 im Übrigen zur Schaffung von Stiftungskapital einsetzen. Dazu gehört
32 auch, dass sich das Land nach erfolgreicher Neustrukturierung der
33 LBBW aus der Trägerschaft dieser Bank zurückzieht.
- 34 • durch all diese Maßnahmen dafür sorgen, dass der Zuwachs der vom
35 Land autonom steuerbaren Ausgaben auf einen Korridor zwischen 1 und
36 2% beschränkt wird, weil nur so schnell genug eine ausreichender Kon-
37 solidierungserfolg erreicht werden kann.

Grundlagen modern denken

Demokratie entwickeln

*Unsere
Grundsätze*

1 Graswurzeldemokratie -

2 den Staat von unten aufbauen

3 Die Gemeinden bilden die Grundlage unseres demokratischen Systems. Vor Ort
4 beginnt die Demokratie, vor Ort kann bürgernah Politik gemacht werden. Unsere
5 Überzeugung ist: Was vor Ort erledigt werden kann, darf nicht auf Bundes- oder
6 Landesebene und auch nicht auf regionaler Ebene geregelt werden. Eine starke
7 kommunale Selbstverwaltung hat Vorrang.

8

9 In den letzten Jahren sind die Kommunen stärker als Bund und Länder von der
10 Finanzkrise der öffentlichen Haushalte betroffen. Sie haben durch die Übertra-
11 gung und Ausweitung von Aufgaben insbesondere durch Leistungsgesetze des
12 Bundes (z.B. bei der Grundsicherung, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und
13 der Hartz-IV-Gesetzgebung) zusätzliche finanzielle Lasten zu tragen. Aufgrund
14 veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen steigt der Jugendhilfeauf-
15 wand kontinuierlich an; und die Kosten eines bedarfsgerechten Ausbaus der Kin-
16 derbetreuungsangebote im Bereich der Kleinkind- und Ganztagsbetreuung tref-
17 fen ebenfalls vor allem die Kommunen.

18

19 Zugleich sind die Steuereinnahmen der Kommunen im Zuge der weltweiten Fi-
20 nanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit 2009 (insbesondere bei der Gewerbesteuer-
21 er) erheblich stärker zurückgegangen als die des Bundes und der Länder. Jetzt
22 allerdings zeichnet sich ab, dass das Steueraufkommen der Kommunen im Auf-
23 schwung auch wieder schneller anwächst als bei Bund und Land.

24

25 Bund und Länder müssen sicherstellen, dass den Kommunen eine Finanzausstat-
26 tung zur Verfügung steht, die sich nicht auf das zur Erfüllung der Pflichtaufgaben
27 der Kommunen erforderliche Maß beschränken darf, sondern der grundgesetzli-
28 chen Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in vollem Umfang Rechnung
29 trägt. Dies ist auch Aufgabe der Gemeindefinanzkommission, die die Bundesre-
30 gierung unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, der Länder und der
31 Wissenschaft einberufen hat.

32

33 Die 2007 mit einer Verfassungsänderung umgesetzte Vereinbarung zwischen
34 dem Land und den Kommunen über die Präzisierung und Erweiterung des Kon-
35 nexitätsprinzips bleibt ein herausragender Erfolg liberaler Politik. Es wurde er-
36 reicht, dass auch

- 37 • vom Land veranlasste nachträgliche Änderungen landesrechtlich übertra-
38 gener Aufgaben,

Grundlagen modern denken

Demokratie entwickeln

1 • die Übertragung neuer vom Land bisher nicht wahrgenommener Aufgaben
2 und

3 • eigene Anforderungen des Landes an die Erfüllung bestehender Aufgaben

4 in den Anwendungsbereich des Konnexitätsprinzips fallen und damit bei wesent-
5 lichen Mehrkosten zu einem finanziellen Ausgleich für die Kommunen führen.
6 Dasselbe gilt wenn das Land freiwillige Aufgaben der Gemeinden in Pflichtaufga-
7 ben umwandelt.

8

9 Die Politik fairer Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen schlug
10 sich auch in Vereinbarungen über den Ausbau von Bildung & Betreuung, beim
11 sukzessiven Ausbau von Ganztagschulen, bei der Landesförderung für den Aus-
12 bau der Kleinkindbetreuung und bei der Verbesserung des Personalschlüssels in
13 der Kinderbetreuung nieder. Offene Konflikte zwischen dem Land und den
14 Kommunen konnten vermieden werden.

15

16 Mit der Im Sommer 2005 beschlossenen Novellierung der Gemeindeordnung
17 haben wir durchsetzen können, dass der Gegenstandsbereich von Bürgerbegeh-
18 ren und Bürgerentscheiden deutlich ausgeweitet worden ist; der mögliche Bür-
19 gerentscheide stark einschränkende seitherige Positivkatalog ist vollständig ent-
20 fallen. Zugleich wurde die Grenze, von der an ein Bürgerentscheid gültig zustan-
21 de gekommen ist, auf ein Zustimmungsquorum von 25% der Stimmberechtigten
22 abgesenkt.

23

24 Wir wollen:

25 • Die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben aus eigener Kraft
26 mit einer hinreichenden eigenen Finanzkraft zu bewältigen, und wollen
27 zu diesem Zweck eine aufkommensneutral ausgestaltete große Gemein-
28 definanzreform umsetzen, die die Gewerbesteuer abschafft und den
29 Kommunen stattdessen einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und
30 – in diesem Zusammenhang - ein eigenes Hebesatzrecht auf die Ein-
31 kommen- und Körperschaftsteuer gewährt. Dies bewirkt eine höhere
32 Stabilität der Einnahmen der Kommunen als sie die konjunkturanfällige
33 Gewerbesteuer leisten kann. Eine Ausdehnung der Gewerbesteuer auf
34 weitere Berufsgruppen wie die Freien Berufe oder eine Ausdehnung der
35 Besteuerungsgrundlagen auf weitere gewinnunabhängige Bestandteile
36 wird es mit uns nicht geben. Das eigenständige kommunale Hebesatz-
37 recht auf Steuern, die sämtliche Bürger und die Wirtschaft betreffen
38 wird, trägt zu einer größeren Bürgernähe in der kommunalen Entschei-
39 dungsfindung bei.

40 • gewährleisten, dass die den Kommunen mit der Hartz-IV-Gesetzgebung
41 zugesicherte Entlastung in einer Größenordnung von bundesweit 2,5

Unsere Ziele
2011 - 2016

Grundlagen modern denken

Demokratie entwickeln

- 1 Mrd. € und die Übernahme des Mehraufwands bei der Grundsicherung
2 im Alter durch den Bund auch tatsächlich erreicht wird, damit die
3 Kommunen die nötige Leistungskraft erhalten, um den notwendigen
4 Aufbau der Kinderbetreuungsangebote im Kleinkind- und Ganztagsbe-
5 reich sicherstellen zu können;
- 6 • die Mitfinanzierung des Landes beim Ausbau der Kleinkindbetreuung
7 auch dann sicherstellen, wenn sich zeigen sollte, dass ein Angebot für
8 durchschnittlich 34% der Kinder im Alter von unter drei Jahren den Be-
9 darf nach 2013 nicht hinreichend abdeckt.
 - 10 • dafür sorgen, dass die Kommunen vor einer Übertragung von Aufgaben
11 ohne einen angemessenen finanziellen Ausgleich auch gegenüber dem
12 Bund zuverlässig geschützt sind, und wollen dazu im Verhältnis des
13 Bundes zu den Kommunen einen ähnlich zuverlässigen Mechanismus
14 schaffen, wie ihn das in der Landesverfassung verankerte Konnexi-
15 tätsprinzip im Verhältnis von Land und Kommunen darstellt.
 - 16 • in den Finanzbeziehungen von Land und Kommunen weiterhin faire
17 Partnerschaft gewährleisten und mit den Kommunen einen zeitlich be-
18 fristeten Pakt zum Umgang mit den Folgen der Finanzmarkt- und Wirt-
19 schaftskrise und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte schließen.
- 20
- 21 Darüber hinaus wollen wir zur Stärkung der kommunalen Demokratie erreichen,
22 dass
- 23 • dass die Sitzzuteilung im kommunalen Bereich – sowohl bei den Kom-
24 munalwahlen wie der Besetzung von Gremien - statt nach dem d
25 ´Hondt´schen Verfahren nach dem Verfahren von St. Lague/Schepers
26 berechnet wird,
 - 27 • es ein kommunales Wahlrecht für Ausländer gibt, die sich seit mindes-
28 tens 5 Jahren rechtmäßig im Land aufhalten,
 - 29 • die Ortschaftsverfassung gestärkt wird, die Ortsvorsteher ohne zusätzli-
30 che Mitwirkung des Gemeinderats vom Ortschaftsrat gewählt werden
31 können und die unechte Teilortswahl abgeschafft wird,
 - 32 • mit zwei Mitgliedern auf kommunaler Ebene eine Fraktion gebildet
33 werden kann,

Grundlagen modern denken

Demokratie entwickeln

1 Der Idee des Wettbewerbsföderalismus 2 neuen Schwung verleihen

3 Deutschland verdankt seine kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen
4 Leistungen nicht bürokratischer und zentralistischer Einförmigkeit, sondern
5 einer Tradition staatlicher und kultureller Vielfalt.

6
7 Wir wollen erreichen, dass Politik in Deutschland wieder stärker auf der Aner-
8 kennung dieser Vielfalt, auf Eigenständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Wett-
9 bewerb beruht.

10
11 Deshalb treten wir dafür ein, dass der notwendige Prozess einer Renaissance des
12 Föderalismus fortgeführt wird; und wir wollen, dass der Föderalismus in
13 Deutschland zu einem Wettbewerbsföderalismus weiterentwickelt wird.

14
15 Trotz einzelner beachtlicher Erfolge, zum Beispiel bei der Verankerung der
16 Schuldenbremse im Grundgesetz, ist die Föderalismus-Reform auf vielen Feldern
17 stecken geblieben oder gar nicht erst in Angriff genommen worden, so bei der
18 eigenständigen Steuerhoheit aller staatlichen Ebenen, der Länderneugliederung
19 und dem Länderfinanzausgleich.

20
21 Der Bildungsföderalismus ist zu Unrecht in Verruf geraten. Die Kultusminister-
22 konferenz ist nicht Ausdruck eines lebendigen Föderalismus, sondern bürokrati-
23 scher Unbeweglichkeit. Der Wettbewerbsföderalismus ist zentralistischen Lösun-
24 gen weit überlegen: Zentralistische Lösungen vermeiden keine Fehler, sie immu-
25 nisieren nur dagegen, Fehler überhaupt als solche erkennen zu können.

26
27 Die Chance, die Eigenverantwortung der Länder zu stärken, die Chance, die Ver-
28 antwortung der Parlamente – der Parlamente der Länder wie des Bundestags –
29 zu stärken, und die Chance, den Föderalismus in Deutschland zu einem Wettbe-
30 werbsföderalismus weiterzuentwickeln, muss von neuem erarbeitet werden.

31
32 Wir wollen

- 33 • dass Politik in Deutschland wieder stärker auf der Anerkennung dieser
34 Vielfalt, auf Eigenständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Wettbewerb
35 beruht, und dazu den Föderalismus in Deutschland zu einem Wettbe-
36 werbsföderalismus weiterentwickeln;
- 37 • Mischfinanzierungen weiter abbauen, weil die Länder mit den entspre-
38 chenden Mitteln in Eigenverantwortung selbst bei sehr vielem besser die
39 notwendigen Prioritäten setzen können, und weil sie für diese eigenver-

*Unsere
Grundsätze*

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

Grundlagen modern denken

Demokratie entwickeln

1 antwortlich getroffenen Entscheidungen dann auch gegenüber den Bür-
2 gerinnen und Bürgern ihres Landes rechenschaftspflichtig sind.

3 • damit zugleich die Entscheidungskompetenz und Verantwortlichkeit des
4 Bundestags und der Länderparlamente stärken, Grauzonen der politi-
5 schen Entscheidungsfindung zurückdrängen und die Transparenz der
6 Entscheidungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger verbessern.

7 • jeder staatlichen Ebene, dem Bund, den Ländern und den Gemeinden,
8 eine eigene Steuerhoheit zuzuweisen.

9 • immer wieder Anstöße geben für eine Neugliederung der Länder. Wir set-
10 zen uns für eine Erleichterung des Neugliederungsverfahrens durch eine
11 Änderung von Artikel 29 GG ein, da neugliederungswillige Bundesländer
12 nicht an Verfahrenshürden scheitern dürfen.

13 • eine grundlegende Reform des Länderfinanzausgleichs mit einem niedri-
14 geren Ausgleichsniveau und geringeren Grenzbelastungen; denn die jet-
15 zige Form des Länderfinanzausgleichs führt zu Übernivellierungen,
16 schwächt – weil wettbewerbsfeindlich - die Wirtschaftskraft der Geber-
17 wie der Nehmerländer, und ist verfassungsrechtlich außerordentlich
18 fragwürdig. Baden-Württemberg hat in den Jahren seines Bestehens
19 mehr in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, als das Land insgesamt
20 Schulden aufgenommen hat. Aus all diesen Gründen ist es unabdingbar,
21 gemeinsam mit anderen Ländern Klage vor dem Bundesverfassungsge-
22 richt zu erheben; nur auf diesem Weg wird es möglich sein, eine grundle-
23 gende Reform des Finanzausgleichs zu erreichen.

24

25 Wir treten ein für echte Subsidiarität: Nur das soll auf Bundesebene geregelt
26 werden, was zwingend bundeseinheitlich geregelt sein muss. Subsidiarität bedeu-
27 tet immer auch Bürgerorientierung. Wir wollen deshalb auch nicht bei einer Er-
28 neuerung des Verhältnisses von Bund und Ländern stehen bleiben, sondern wol-
29 len die Ebene der Kommunen mit einbeziehen.

30

1 Baden-Württemberg in Europa

2 Das Engagement Baden-Württembergs für die europäische Idee und die Weiter-
3 entwicklung der Europäischen Union ist beispielhaft und zeigt eindrücklich, was
4 subnationale Akteure auf europäischer Ebene bewirken können. Als Land im
5 Herzen Europas hat die Landesregierung und der Landtag schon früh eine akti-
6 ve und gestaltende Rolle in Europa beansprucht. Diese Rolle gilt es zukünftig
7 noch weiter zu vertiefen und auszubauen.

8
9 Gleichwohl sehen wir uns auch in unserem Bundesland wachsender Europa-
10 skepsis gegenüber. Nicht erst die Griechenland-Krise hat gezeigt, wie schnell
11 Zweifel an der europäischen Einigung entstehen können. Ziel liberaler Europa-
12 politik muss es deshalb sein, einerseits für unser Land größtmöglichen Nutzen
13 aus dem gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum zu ziehen und dabei
14 andererseits den Blick auf die großen Errungenschaften der Europäischen Uni-
15 on, nämlich mehr als 50 Jahre Freiheit, Frieden und Wohlstand für den europä-
16 ischen Kontinent nicht zu verlieren.

17
18 Wir Liberale wissen: Unser Land kann nur erfolgreich sein, wenn wir weiter in
19 Frieden und Freiheit den Austausch mit europäischen Partnern im Rahmen der
20 EU pflegen und ausbauen. Dabei setzen wir auf offene Märkte und eine Vollen-
21 dung des europäischen Binnenmarktes. In der Globalisierung ist die EU wichti-
22 ger denn je - während der internationalen Finanzkrise konnte allein das ge-
23 meinsame Handeln der EU unsere Wirtschaft sichern. Auch die brennenden
24 Fragen Energiesicherheit, Rohstoffversorgung, Umwelt- und Klimaschutz,
25 Welthandel sowie innere und äußere Sicherheit können von Nationalstaaten
26 heute nicht mehr im Alleingang beantwortet werden.

27 Dies heißt jedoch nicht, dass wir alle Regelungen, die auf europäischer Ebene
28 getroffen werden, einfach hinnehmen sollten. Vielmehr gilt es darauf zu achten,
29 dass die Entscheidungen auf europäischer Ebene für alle Bürger nachvollziehbar
30 sind und nur dann in Brüssel getroffen werden, wenn diese nicht besser vor Ort
31 – auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene - gelöst werden können.
32 Europa darf nicht von oben nach unten verordnet, sondern muss von unten
33 nach oben aufgebaut werden. Wird dieses Prinzip nicht beachtet, wird die Ak-
34 zeptanz für die EU weiter sinken. In der vergangenen Legislaturperiode haben
35 wir deshalb europäisches Recht stets 1:1 in Landesrecht umgesetzt, ohne die
36 Rechtsakte als Vehikel für eigene strengere Regeln zu nutzen. Hierauf legen wir
37 auch zukünftig wert.

38 Als europäische Region mit gemeinsamen Grenzen zu Frankreich, der Schweiz
39 und Österreich muss unser Bundesland bei der grenzüberschreitenden Zusam-
40 menarbeit und bei der Bildung europäischer, regionaler Netzwerke auch weiter-

Im Herzen der Zukunft

*Unsere Ziele
2011 - 2016*

1 hin eine Pilotfunktion übernehmen. Die politisch Verantwortlichen müssen
2 dabei die Bürger und ihren Sachverstand stärker einbinden als bisher.

3

4 Wir wollen:

5 • die aktive und gestaltende Rolle Baden-Württembergs in Europa weiter
6 ausbauen und die Europakompetenz der Landesverwaltung und der
7 Kommunen weiter steigern;

8 • die bisher praktizierte 1:1-Umsetzung europäischen Rechts in Landes-
9 recht beibehalten;

10 • die Rolle des Landtags-Europaausschusses weiterentwickeln;

11 • dass diejenigen Regionen, die – wie Baden-Württemberg – bereits jetzt
12 zur Wettbewerbsfähigkeit der EU in einer globalisierten Welt in erhebli-
13 chem Umfang beitragen, auch weiterhin gezielt beim Ausbau ihrer
14 Kompetenzen, insbesondere in den Bereichen Innovation, Technologie-
15 transfer und Humankapital, Unterstützung und Impulse durch die EU-
16 Strukturpolitik (ESF und EFRE) für geeignete Projekte erhalten, um ih-
17 re Position im globalen Wettbewerb zu sichern und weiter ausbauen zu
18 können;

19 • uns für einen weiteren Ausbau des subsidiären Ansatzes der EU-
20 Strukturpolitik einsetzen, insbesondere für eine weitere Stärkung der
21 Rolle der Regionen, bzw. der Bundesländer in allen Phasen der Pro-
22 grammierung, Umsetzung und Evaluierung der Strukturpolitik;

23 • die bisherige gute Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn
24 wie auch unseren Partnerregionen weiter ausbauen und die Bildung von
25 Eurodistrikten weiter fördern;

26 • die Entwicklung einer europäischen Donaustrategie weiter vorantrei-
27 ben, um die Staaten und Regionen entlang der Donau enger und besser
28 miteinander zu verknüpfen;

29 • den herausragenden Erfolg unserer Forschungseinrichtungen und Un-
30 ternehmen bei der Mittelgewinnung aus dem Europäischen For-
31 schungsrahmenprogramm sichern und weiter steigern;

32 • den Mittelstand durch Erhöhung seiner Europafähigkeit weiter stärken.
33 Er soll noch besser als bisher von den Möglichkeiten des europäischen
34 Binnenmarktes profitieren;

35 • dort, wo Europa unangemessene Bürokratielasten für kleinere und mitt-
36 lere Unternehmen produziert, uns für deren Abschaffung einsetzen bzw.
37 die landesseitigen Unterstützungsstrukturen ausbauen.

1 Entwicklungszusammenarbeit

2 Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes versteht sich als Ergänzung der
3 Aktivitäten der deutschen Bundesregierung und der internationalen Organisati-
4 onen. Die Stärkung der Zivil- oder Bürgergesellschaft steht dabei im Mittel-
5 punkt. Die Verantwortung für die Gestaltung der globalen Zukunft soll hier und
6 in den Partnerländern von vielen Akteuren getragen werden. Um diese Ziele zu
7 erreichen, sollte das Land ergänzend bzw. komplementär mit durchaus eigenen
8 Akzenten tätig werden, auf neuen Feldern oder auf bisherigen sich verstärkt
9 engagieren. Der Erfolg von Reformen und Modernisierungen ist messbar in den
10 privaten Kapitalströmen; sie machen in einigen Ländern ein Vielfaches der öf-
11 fentlichen Hilfen aus. Investiert soll vorwiegend in Ländern mit politischer Sta-
12 bilität, Rechtssicherheit und marktwirtschaftlichen Strukturen werden.

13
14 Kernpunkte der Zusammenarbeit sind Verbesserungen im Bereich Bildung, Aus-
15 bildung, die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmensstrukturen
16 bei Verhinderung und Eindämmung von Korruption und Gewährleistung fairer
17 Handelsstrukturen.

18 Vor diesem Hintergrund ist die Trennung von „Wirtschaftspolitik“ und „Ent-
19 wicklungshilfe“ gerade für ein Exportland wie Baden-Württemberg überholt.
20 Traditionelle Entwicklungshilfe soll nur dort als Katastrophenhilfe erfolgen, wo
21 staatliche Strukturen nicht mehr oder kaum noch vorhanden sind oder Kriege
22 oder Naturkatastrophen Menschenleben bedrohen. Bei der Bekämpfung der
23 Wurzeln von Armut kann es nicht um Sozialtransfers und mehr Geld gehen,
24 sondern darum, Menschen mit ihren Potenzialen und Talenten Möglichkeiten
25 zu eröffnen, sich selbst zu helfen. Wirtschaftliche Entwicklung verbunden mit
26 dem Erstarren der Zivil- oder Bürgergesellschaft sind die besten Voraussetzun-
27 gen für die Reduzierung von Armut.

28
29 Der Privatwirtschaft in Baden-Württemberg kommt mit ihren starken internati-
30 onalen Beziehungen und vielfältigen Erfahrungen dabei eine besondere Rolle zu.
31 Mit seiner breit gefächerten Wirtschaft und seiner Hochschulvielfalt können wir
32 durch Kooperationen einen wesentlichen Beitrag in der Entwicklungszusam-
33 menarbeit leisten. Dies gilt besonders für die Bereiche der Berufsbildung und
34 Lehrerausbildung, der Gründung von Handwerk und mittelständischen Betrie-
35 ben und dem Aufbau von genossenschaftlichen Spar- und Kreditsystemen.

36 Dies setzt eine engere Kooperation zwischen dem Bund, den Ländern, den Kom-
37 munen, der Privatwirtschaft und ihren Organisationen, sowie auch mit den
38 kirchlichen Werken, den Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen nicht
39 nur auf Landes-, sondern vor allem auch auf Stadt- und Gemeindeebene voraus.

Baden-Württemberg: Partner in der einen Welt

1 Wir wollen:

2 • Neben dem Fortbestand der für Baden-Württemberg wichtigen Säule
3 Stiftung Entwicklungszusammenarbeit insbesondere baden-
4 württembergische Unternehmen und ihre Verbände dafür gewinnen,
5 am geplanten Bildungskonzept des Bundes beim Aufbau und Beratung
6 im Bereich der Entwicklungs- und Schwellenländer mitzuwirken.

7 • gemeinsam mit den Partnerländern landesspezifische und bedarfsori-
8 entierte Strategien für eine verbesserte Lehrerausbildung und Bil-
9 dungsverwaltung zu entwickeln, auch durch die verstärkte Freistel-
10 lung von Experten.

11 • die Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Entwicklungsländern
12 ausweiten, die durch Partnerschaften für die Entwicklung ihrer Län-
13 der entscheidendes know-how erhalten.

14 • dass zusammen mit der Wirtschaft Strategien entwickelt werden, wie
15 Vorurteile und Bedenken vor allem der mittelständischen Wirtschaft
16 überwunden werden können, sich stärker zu engagieren, vor allem
17 durch Beratung und Förderung im Hinblick auf PPP-Projekte.

18 • im Rahmen des Markterschließungsprogramms des Landes zusam-
19 men mit der Wirtschaft Themen identifizieren, wo eine Nachfrage zu
20 erwarten ist, z.B. im Bereich der Wassererschließung und –
21 aufbereitung, der Müllbeseitigung und –verwertung, in der Medizin-
22 technik oder im Bereich regenerativer Energien und Energieeinspa-
23 rungen.

24 • Industrie- und Handwerkskammern, aber auch Handwerkskammern
25 im Lande zu ermuntern, Partnerschaften mit Industrie- und Handels-
26 kammern in Entwicklungsländern einzugehen oder beim Aufbau sol-
27 cher, vor allem Handwerkskammern zu helfen.

28 • zusammen mit dem Bankensektor in Baden-Württemberg prüfen, in-
29 wie weit das bereits vorhandene Engagement ausgeweitet werden
30 kann, gerade durch Wissens- und Erfahrungstransfer. Dies dient der
31 Absicherung von Risiken von genossenschaftlichen Spar- und Kredit-
32 Modellen in wirtschaftlichen Partnerprojekten.

33 • die Entwicklung einer Tourismusstrategie zusammen mit den baden-
34 württembergischen Tourismusverbänden und dem Beherbergungsge-
35 werbe um Entwicklungsländern zu helfen, mit ihren natürlichen Res-

Unsere Ziele

2011 - 2016

Baden-Württemberg: Partner in der einen Welt

- 1 sources schonend und nachhaltig umzugehen und dabei die Entwick-
- 2 lung ihres Landes zu fördern.
- 3 • Datenbanken weiterentwickeln, um Kompetenzen zu bündeln oder zu
- 4 ergänzen und das Nebeneinander oder Nichtwissen bei Projekten in
- 5 den Partnerländern und Kommunen zu vermeiden.